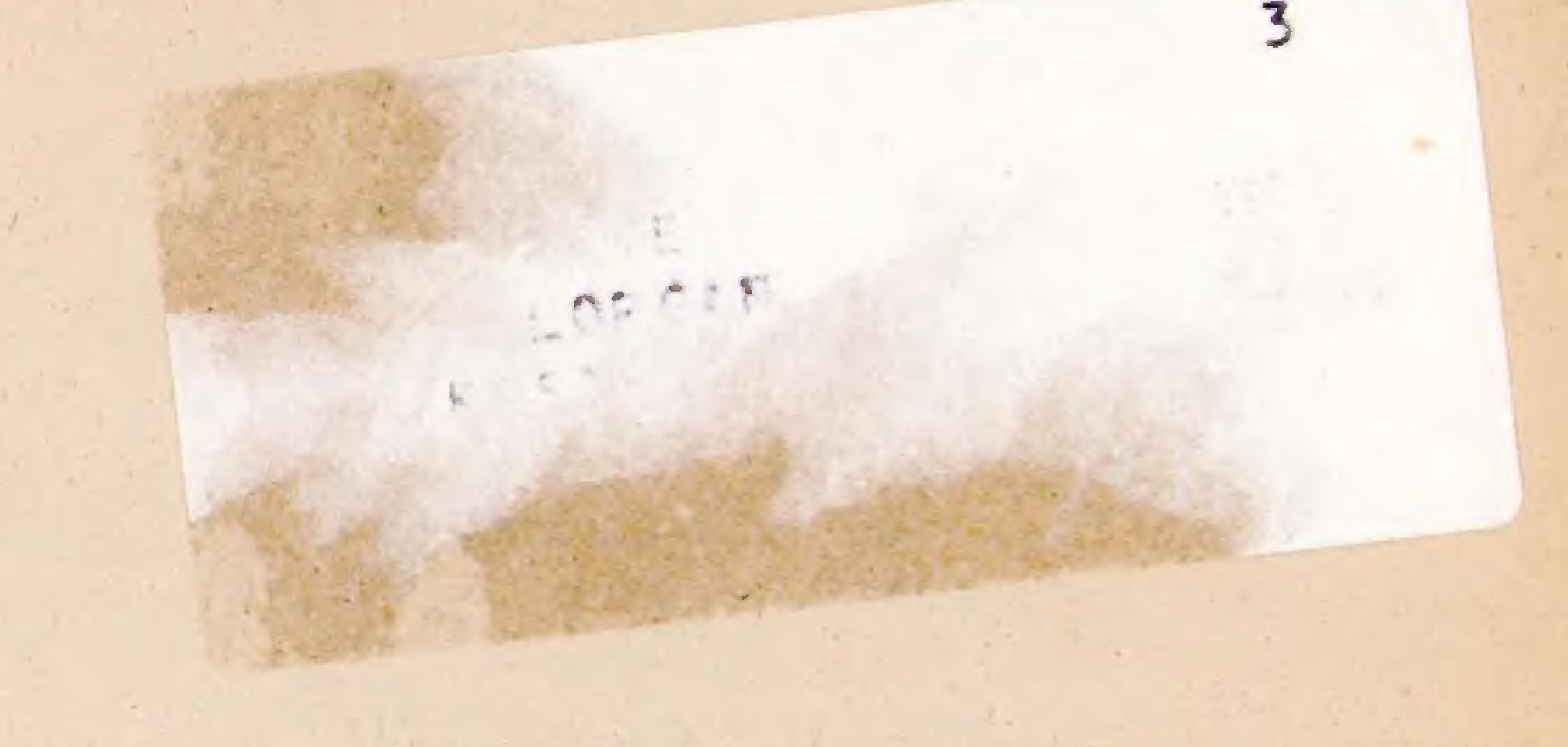
Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare



3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag.* nr. 198

Pflicht nachzukommen und die Opfer zu schützen, ermutigten die Singhalesen zu aller Art von Barbareien.

Am 19. August begannen die Unruhen auch in Colombo und verschlimmerten sich am 21. Als die Lage sich immer mehr zuspitzte, ließ sich die Regierung, die sich bis dahin blind und taub gestellt hatte, dazu herbei, eine Ausgangssperre anzuordnen, nachdem bereits großer Schaden angerichtet worden war. WeiterePlünderungen und Brandstiftungen ereigneten sich während des Ausgangsverbotes. Am 23. August befanden sich mehr als 10.000 Flüchtlinge in Colombo und 30.000 in Kandy, die in ihrer Mehrheit aus Teearbeitern von den Plantagen be-

ZUM AKW-PROGRAMM IN ÖSTERREICH

WIEN
13.Oktober

Aus Östereich bekommen wir folgende Mitteilung:

Die SPÖ hat auf der Vorstandssitzung beschlossen, das Atomenergieprogramm um jeden Preis durchzusetzen. Einzig die Endlagerung des Atommülls sei noch ungeklärt. Auf diese Weise will man uns offensichtlich über die auch nicht unbeträchtlichen Gefahren des AKW hinweg täuschen.

Es wird weiter unbeirrt an der Durchführung des Atompro-

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 199 15. OKTOBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

ID

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

EIN NEUER BUCHLADEN

DETMOLD Oktober 1977 „Seit dem 1. Oktober gibt es in Detmold/ Lippe einen linken Buchladen. Der Laden ist aus einem Büchertisch hervorgegangen, mit dem wir seit drei Jahren durch die Provinz gereist sind. Der Laden heißt „Buchladen Distel" vonwegen zäh, stachelig und kaum klein zu kriegen. Unser Laden ist nicht so groß und reichlich gefüllt wie die großen linken Läden. Einmal haben wir nicht genug Geld und zum anderen sind wir uns noch nicht so sicher, ob der Laden sich finanziell tragen kann. Auf jedenfall wird er wohl ein Treffpunkt, der hier bis jetzt fehlte. Außer dem Laden machen wir den Büchertisch weiter in Jugendzentren, auf Veranstaltungen und Festivals.

Hier in Detmold wollen wir besonders über den 88a und andere fortschreitende Zensurmaßnahmen informieren und dagegen was tun; aber das bleibt sicher nicht das Einzige.
Es gibt noch viel zu tun, bis der Sumpf für immer genug Wasser hat.

Unsere Adresse: Buchladen Distel
Sachsenstr. 14
4930 Detmold 1

OBERHESSISCHE PRESSE–EXTRABLATT

GETÜRKTE ZEITUNGEN WEITERHIN BELIEBT

MARBURG 11.Oktober Über anstehende Prozesse gegen Atomkraftwerksgegner und über die Ereignisse bei der Grohnde-Demonstration informierte ein getürktes (= nachgemacht/gefälschtes/vorgetäuschtes) Extrablatt der Oberhessischen Presse, das in Marburg verteilt wurde. In einem Brief heißt es:

„Liebe Leute!
Am Dienstag, den 11.10.77 haben wir in Marburg ein Extrablatt der OBERHESSISCHEN PRESSE als Hauswurfsendung verteilt ...
Wir haben die Form des Ex trablattes gewählt, weil wir meinen, daß der Inhalt nicht mehr ohne weiteres in öffentlichen Diskussionen vertreten werden kann (§ 88a etc.) Wir halten jedoch diese Art von Gegeninformation für wichtig, insbesondere wegen der laufenden Kriminalisierungen und der Versuche, die AKW-Bewegung in Gut und Böse zu spalten.

Außerdem hoffen wir, daß durch diese Aktion das Schweigen um die Sachverhalte durchbrochen wird auch dadurch, daß die Oberhessische Presse' sich im Distanzieren von eben diesem Extrablatt üben wird."

NEUES BLATT IN DER PROVINZ

WEDEMARK 4. Oktober *In der Wedemark gibt es seit Anfang des Jahres eine neue Zeitung. Zu der Zeitung schreiben die Macher:*

"Diese ZEITUNG ist eine 'andere' Zeitung, ein Forum von Bürgerinteressen. Sie wird in Eigeninitiative von jungen Leuten und Erwachsenen in ihrer Freizeit hergestellt. Sie stehen alle in Ausbildung oder Beruf. Die ZEITUNG FÜR DIE WEDEMARK arbeitet nicht gewinnorientiert, Abhängigkeiten z.Bsp. durch Anzeigen gibt es nicht.
Von der Idee eines Artikels bis zum Druck der ZEITUNG und dem Vertrieb wird alles von den Mitarbeitern selbst gemacht (anders wäre der geringe Preis nicht zu halten). Über Unterstützung aus der Bevölkerung freuen wir uns nicht nur, wir sind auch auf sie angewiesen und brauchen sie.

Wir wollen:
- Informationen geben, die von anderer Seite unter den Tisch gekehrt werden
- Hintergründe beleuchten
- mit Kritik nicht sparen, wenn nötig
- denjenigen unter uns eine Stimme geben, die sonst zu kurz kommen, z.Bsp. Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen
- mit unseren Lesern eng zusammenarbeiten, Ideen von IHNEN aufgreifen. Eine Möglichkeit dafür sind öffentliche Redaktionssitzungen oder auch Zuschriften, Artikel
- von den unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen der Bürger ausgehen und Betroffene zu Wort kommen lassen
- dabei der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt besondere Aufmerksamkeit schenken
- mit Bürgerinitiativen in Kontakt treten und
- keine Parteipolitik machen.

Herausgeber der ZEITUNG ist der Arbeitskreis Soziale und Politische Umwelt, bisher praktisch der Name für die Redaktion. Es sind von unserer Seite Bestrebungen im Gang, über das Projekt ZEITUNG hinaus den Arbeitskreis auszuweiten und auch in anderen Lebensbereichen aktiv zu werden. Wir werden unsere Leser über den Stand der Organisierung informieren. - Anfragen zur Mitarbeit, Informatio[n] Fotos und Ideen bitte an die Redaktion:

ZEITUNG FÜR DIE WEDEMARK
Am Husalsberg 2
- Scherenbostel -
3002 Wedemark 14

Auch ein Anruf genügt schon. Unsere Telefonnummer: *05130/88 99.*"

GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNG: FLUGBLÄTTER VON HOCHHÄUSERN

WIESBADEN *Ein Brief aus Wiesbaden:*

„Anläßlich der Busfahrpreiserhöhung des Mainz-Wiesbadener-Verkehrsverbundes (von 75 Pfennige auf eine Mark im Vorverkauf) warfen wir drei Tage nach der Erhöhung (Dienstag 3. Oktober) zusätzlich zum Verteilen in Briefkästen etwa 700 Flugblätter von zwei Kauf- und Parkhäusern über der zu dieser Zeit (17 Uhr) stark belebten Fußgängerzone ab.

Die Flugblätter trugen die Überschrift „Schwarzfahren tut Not" und enthielten eine kurze Erklärung sowie viele nützliche Tips zum Schwarzfahren, auf der Rückseite waren die Fotos von neun Kontrolleuren.

Der Erfolg dieses Abwurfs war durchschlagend und verblüffte uns selbst - die meisten Leute griffen nach den durch den herrschenden Wind herumtreibenden Flugblättern und lasen sie. Viele lachende Gesichter, viele Leute, die sich die Flugblätter in die Tasche steckten. Die extra herbeigeholten Kehrmaschinen der Stadtwerke hatten eine Stunde später kaum noch Arbeit..."

HERBSTFEST IN MÜNCHEN

MÜNCHEN 12.Oktober

Das KOLLEKTIV ROTE HILFE MÜNCHEN veranstaltet auch in diesem Jahr wieder ein Herbstfest, und zwar am 21.Oktober 1977 im Schwabinger Bräu, Leopoldstr. 82, dessen Reinerlös den Gefangenen zugute kommen soll (siehe auch schon ID 197).

Kontaktadresse: **Kollektiv Rote Hilfe München, im Stadtteilzentrum Milbertshofen,Nietzschestr. 7 b, 8 München 40**

Die Postanschrift für die Sachspenden lautet:
Peter Schult,Hauptpostlagernd, 8 München 2

Für Geldspenden:**Postscheckkonto 28 40 57 -809 (Helmut Strobl, Sonderkonto) beim Postscheckamt München.**

INTERNATIONALE KONFERENZ GEGEN BERUFSVERBOTE

OLDENBURG Oktober 1977

Einige Komitees gegen Berufsverbote aus Norddeutschland haben die folgende Presseerklärung abgegeben:

„Die Bürgerinitiativen und Aktionskomitees gegen Berufsverbote aus Aurich, Emden, Leer, Oldenburg begrüßen die Absicht, am 12. und 13. November eine Internationale Konferenz gegen Berufsverbote unter dem Thema „Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD" in Oldenburg durchzuführen. Sie rufen die demokratische Öffentlichkeit, Einzelpersönlichkeiten, Parteien und Gewerkschaften zu einer aktiven Teilnahme und Unterstützung dieser Konferenz auf.

Zu dieser Konferenz werden weit über 100 Gäste aus dem westeuropäischen Ausland (Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Skandinavien ...) erwartet. Das Ausland betrachtet mit Sorge die Einschränkung demokratischer Grundrechte in der BRD.

Vor Beginn der Konferenz wird eine Demonstration gegen die Berufsverbote in der Oldenburger Innenstadt durchgeführt, zu der bereits heute mit über 2000 Teilnehmern gerechnet wird.

Die Konferenz selbst wird mit einer Kundgebung in der Weser-Ems-Halle und einer Kulturveranstaltung am Samstagabend beginnen. Am Sonntag wird vorwiegend in Diskussions- und Arbeitsgruppen getagt werden. In Referaten und Diskussionsbeiträgen soll über die politische, juristische und wissenschaftliche Problematik der Berufsverbote diskutiert werden.

Neue Berufsverbote und Einstellungsverzögerungen im nordwest-niedersächsischen Raum bestätigen die Wichtigkeit einer solchen Konferenz. Sie widerlegen diejenigen, die die Existenz von Berufsverboten in der BRD bestreiten.

Die Konferenz wird zu einem neuen Höhepunkt in der internationalen und nationalen Bewegung gegen die Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte sein."

Aktionskomitee gegen Berufsverbote, Oldenburg
Asta der Carl von Ossietzky Universität, 29 Oldenburg
Ammerländer Heerstraße 67-69

„MEDIZIN IN DER 3. WELT"

Die neueste Nummer der „blätter des iz3w" (Informationszentrum 3. Welt) ist dem Schwerpunktthema „Medizin in der Dritten Welt" gewidmet. Kostet 2,50 DM.

Redaktionsadresse: **iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg**

DOKUMENTATION ZUR ERMORDUNG VON ELISABETH KÄSEMANN

FREIBURG 12. Oktober

Über die Ermordung von Elisabeth Käsemann durch die Repressionsorgane in Argentinien gibt es jetzt eine politische Dokumentation. Sie umfaßt einen Indizienbeweis gegen die offizielle Darstellung der argentinischen Behörden, eine Darstellung des Verhaltens der Bundesregierung der BRD und eine zusammenfassende Analyse. Die Dokumentation ist zu kaufen beim Buchladen

Jos Fritz, Wilhelmstraße 15, 7800 Freiburg.

INFORMATIONEN ÜBER LATEINAMERIKA

WESTBERLIN 11. Oktober

Die Redaktion der „Chile-Nachrichten" hat den Titel ihres Bulletins dem Inhalt angeglichen, und so heißt es jetzt LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN. Jetzt ist die Nummer 52 erschienen mit Beiträgen über Chile, Argentinien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Puerto Rico, Peru und die BRD. Außerdem gibt es eine neue Sondernummer der Redaktion über PERU. Sie kostet 6,-- DM, die normale Nummer 2,-- DM. Zu kriegen sind sie in linken Buchläden oder bei der Redaktion in Westberlin:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

ID - BIBLIOGRAPHIE ID - BIBLIOGRAPHIE- VIEH

ID - BIBLIOGRAPHIE WIE NOCH NIE BIBLIOGRAPHIE-ID

ID - BIBLIOGRAPHIE -- ID BIBLIOGRAPHIE -- ID - BIBL (?)

Ein ganzer Haufen neuer Bücher aus dem linken Publikationenmarkt hat uns erreicht. Vermutlich gibt es noch eine Reihe Verlage, die von unserer Büchersparte noch nichts oder zu wenig wissen; denen sei gesagt, daß wir so ziemlich jede Neuerscheinung aus linken Ecken und Sümpfen kurz vorzustellen bemüht sind. Rezensionsexemplar genügt, nähere Fragen beantwortet höflich und unpünktlich der Bibliothekar. (Der Buchmesse werden wir dadurch natürlich nicht Rang ablaufen oder sie ersetzen wollen).

Merve Verlag, Berlin ↙doll!

* Alice ist der Teufel. Praxis einer subversiven Kommunikation; Radio Alice (Bologna). Vom Kollektiv A/traverso, Vorwort von Felix Guattari. 8,00. Originalton Radio Alice in der Zeit vom 9.2. 76 – 12. 3. 77, als die Schließung des Senders durch die Bullen life ausgestrahlt wurde.

* Mikro-Politik des Wunsches, Félix Guattari, 7,00. 'Das Vorhaben besteht nicht darin, zwischen Psychologie und Marxismus als fertig vorliegenden Theorien eine Brücke zu schlagen.. Das Problem ist, neue theoretische und prak.tische Maschinen aufzustellen, die fähig sind, die alten Stratifikationen hinwegzufegen und die Bedingungen für eine neue Bewegung des Wunsches herzustellen.'
* Die unendliche Zirkulation des Begehrens; Hélène Cixous; 4,oo. Die Autorin lebt in Paris und arbeitet über 'weibliches Schreiben'
* Der Faden ist gerissen; Gilles Deleuze, Michel Foucault; 9,00. Aufsätze der beiden Intellektuellen, die für die Diskussionen der französischen Linken immer wichtiger werden.

Karin Kramer Verlag, Berlin

* Errico Malatesta, Gesammelte Schriften, Band 1 . Theorie und Praxis des Anarchismus. Anarchismus und Kommunismus. Über die Moral der Revolutionäre. Fabrikbesetzungen und bewaffnete Aufstände. Tageskämpfe. Kostet 15,00 Hrsg. von Elke Wehr und Bernd Kramer, Einleitung von Luigi Fabbri.
* Santiago Carrillo: Vom Stalinisten zum Eurokommunisten ? Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens, ihre Politik im Bürgerkrieg und heute; von Rudolf de Jong und vier anderen mit spanischen Namen; 8.80. Die Texte beziehen sich auf die in 'Spanien nach Franco' geäußerten Thesen und Behauptungen Carrillos.

Rotbuch Verlag, Berlin

* Uni-Angst und Uni-Bluff, Wie studieren und sich nicht verlieren; Wolf Wagner; 7,00. Hinweise für Erstsemester, die Angst vor dem klugen Gesicht,Uni-Kommunikation und ihre Folgen, Gebrauchswert des Studiums, wie sich wehren ?
* Wir warn die stärkste der Partein... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, 7,00 'Ehemalige' berichten über die verschiedene Formen von Realitätsverlust und politischer Unterdrückung, 'Leben für die Partei' und was das kostet.
* Arbeitskampf im Krisenalltag. Wie man sich wehrt und warum. Druckerstreik 76, Gewerkschaftliche Tarifpolitik, Rationalisierung und Gegenwehr, Volvo: aus der Freude eine Waffe machen, Kampf im Kleinbetrieb, u.a. Hrsg von Rainer Duhm / Ulrich Mückenberger. 8,00.
* Transportpaule oder wie man über den Hund kommt, Monolog; Paul Gratzik. Der Autor kommt aus der DDR, schreibt über Paule - ein Mann der auf mindestens 11 Hochzeiten und durch die DDR Gesellschaft tanzt. 10.00
* Roter Kalender 1978 gegen den grauen Alltag, 4,00. der bewährte Taschenkalender für jede linke Tasche. Mit einer kompletten Auflistung aller im Jahre 1978 zu erwartenden Tage und vielen Geschichten sowie einflußreichen Zeichnungen von Herrn Gerd Seyfried.

Verlag Andreas Achenbach, Lollar über Gießen

* Alf, Bruno Vogel, Roman, 16,80. Erschien erstmals 1929 in dem anarchistischen 'Asyverlag', hatte eine begeisterte Kritik und erlebte mehrere Auflagen; schildert die homoerotische Freundschaft von Alf und Felix zur Zeit des 1. Weltkrieg. Bruno Vogel schrieb für die Neuausgabe seines frühesten Werks das Nachwort.
* Pädagogik des Seins; Jesus Hernandez; 18.00 Paulo Freires praktische Theorie einer emanzipatorischen Erwachsenenbildung
* Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik, Wolfgang Jantzen, 18,00.

Neuer Verlag: Initiative Verlagsanstalt, Bernd Polke KG, Tübingen

* Kritisches Tagebuch. Erschienen ist Heft 1 einer buchähnlichen Zeitschrift für 6,00, Für Bürgerprotestbewegung und Neue Linke, Diskussionsforum über Politik, Ökologie, Wirtschaft, Recht, Geschichte und Zukunftsfragen. Thema: Atomstaat, Spätkapitalismus und die Bedrohung der Gesellschaft. Das weitere Verlagsprogramm gibts bei IVA,Pfleghofstr. 11, 74 Tübingen 1

ASTA der UNI Heidelberg

* Berufsverbote in der BRD - Berufsverbote in Westeuropa ? Dokumentation zum Ausbildungsverbot gegen Michael Empell; 4,00

Gegenbuchmesse - Katalog, edition treves

* Mit Selbstdarstellungen der Alternativ Verlage,

Irisiana Verlag, Kirchhosbach

* Bewußt fruchtbar sein. Von einer Landkommune zusammengestellte Berichte zu Fruchtbarkeit, Schwangerschaft Geburt, Empfängnisbestimmung, Frauengesundheit und natürliche Medizin. 18,00 bei: Wassermühlenfamilie, 3441 Kirchhosbach

Hanni Manni

heißt eine Zeitung aus Oerlinghausen mit dem Untertitel: Kritik der Ware Popmusik. Die beiden ersten Nummern befassen sich mit Punk-Rock, April Records, Platten Rezensionen u.v.a.m. Nach dem Eisler Motto: 'Wer nur etwas von Musik versteht, versteht auch davon nichts'. Adresse c/O Andy Ortmann, Postfach 251, 4811 Oerlinghausen.

Der Metzger, Duisburg

Die Nr 27 dieses literarischen Alternativmagazin ist erschienen, über Kappler, Neutronen, Beamtenleben, David Cooper... 2,00 c/0 Helmut Loeven, Finkenstr. 56, 41 Duisburg 1. Selbiger weist auch auf die HUT-Film Produktion hin. c/o Wolfgang Strähler, Paulusstr. 17 Duisburg. Dort gibt es zei Kurzfilme Super 8: Bonn Apart, über die Atmosphäre in der Bundeshauptstadt, und : Umleitung - Aufwärts, über Bundeswehr und Inneren Notstand. Beide von W. Strähler.

Medienladen, Hamburg

Hat eine Bänderliste/ Videothek herausggeben, in der alle verfügbaren Videobänder und Medienmaterialien verzeichnet sind. Nach Themenbereichen gegliedert. Dies, samt den Verleihbedingungen gibts im Medienladen, Rostockerstr. 25, 2 HH 1, Tel 246384.

Basis Film Verleih, Berlin

hat uns eineListe mit neuen Filmen zugeschickt, die aber irgendwo verlustig ging. Schade !

ooo

NOTIZEN ZU KALKAR

BLICK HINTER DIE KULISSEN

Goch 25.9. Ein Frankfurter schreibt:

Am 25. September - ein Tag nach Kalkar - wanderte ich durch das Städtchen Goch (ca. 10 km von Kalkar entfernt) in Richtung holländische Grenze. Im Ort fiel mir des öfteren ein Hinweisschild ‚Freie Universität' auf, dem ich dann auf meinem Weg einmal nachging. Diese ‚Freie Universität', ein relativ neuer Bau - 4 Geschosse hoch, entpuppte sich dann als eine Polizeischule, in deren Hof gerade etwa 150 Bullen - besser Polizeihochschüler - exerzierten.



“ Ich habe Angst“ “ Ich auch “ “ Ich trau mich nicht ” “ Ich auch nicht “

115 BUSSE AUS HOLLAND

Nimwegen 28.9. Mit Verzögerung auf dem Postwege erhielten wir noch einen Bericht aus Nimwegen in Holland. Darin steht im wesentlichen, daß eine Kolonne von 115 Bussen an der deutschen Grenze den üblichen Schikanen ausgesetzt wurde, die wir hier nicht noch einmal darstellen.

Unter den Demonstranten waren 3 Vertreter der holländischen Reichskammer (Arend Voortman, Leo Jansen und Bram van der Lek), die ihre Kollegen vom Deutschen Bundestag fragen: " Was ist das politische Urteil im Bundestag über das Auftreten von Verantwortlichen; was wird geschehen mit Fotos, Filmen und Namen von Demonstranten und Busfahrern, die registriert wurden, weil Sachen beschlagnahmt (wurden), und wie kommt Minister Hirsch dazu zu sagen, daß alles so ‚friedlich' gelaufen (ist), weil *die Polizei* so gut und taktisch aufgetreten (ist)? "

OFFENER BRIEF AN HIRSCH

Köln 6.10. Die BIMU (Bürgerinitiative für eine menschenwürdige Umwelt) protestiert in einem offenen Brief an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Hirsch, gegen die massiven Polizeieinsätze und Kontrollen im Zusammenhang mit der Demonstration in Kalkar.

TRECKERDEMONSTRATION IN BROKDORF

BROKDORF 12. Oktober Am 10. Oktober fand in Brokdorf eine friedliche Demonstration mit 100 Treckern und anderen landwirtschaftlichen Maschinen statt, zu der die „Aktionsgemeinschaft Bauern für Leben und Umwelt" aufgerufen hatte.
Ziel dieser Demonstration war es, auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg in Schleswig aufmerksam zu machen, das am 12. Oktober in letzter Instanz über den weiteren Baustop für das Atomkraftwerk Brokdorf verhandeln wird. „Eine mögliche Aufhebung des Baustops würde bedeuten, daß vor der eigentlichen Hauptverhandlung im großen Umfange vollendete Tatsachen geschaffen würden!", heißt es in dem Demonstrationsaufruf. Die Aktionsgemeinschaft will erst die Entscheidung des Verwaltungsgerichts abwarten, bevor sie erneut an die Öffentlichkeit tritt.

Kontaktadressen: **Christoph Lüschow, Großwisch, 221 Bahrenfleth, Tel.: 04824 / 946**

Reinhard Hink, Siethwende, 2211 Brokdorf, Tel.: 04858 / 363

Rolf Springer, 2211 Hochfeld/Wilster, Tel.: 04823 / 472

BAUAUFTRAG FÜR ATOMFESTUNGSZAUN IN WYHL ? !?

WYHL 13.Oktober Am Freitag, den 7.Oktober 77 berichtete die BZ (Badische Zeitung) über die Pressekonferenz einer Baufirma. Diese Firma sei beauftragt, bis zum 15.November einen ‚Schutzzaun' um das AKW-Gelände im Wyhler Wald zu errichten. Landesregierung und Kernkraftwerk Süd dementierten erwartungsgemäß sofort diese Meldung.

Vielleicht war diese BZ-Notiz ein Versuchsballon der Landesregierung, um die Stimmung am Kaiserstuhl zu testen — wobei die Landesregierung davon ausgeht,„daß am Kaiserstuhl die Luft (des Widerstandes) raus sei".
Vielleicht handelt es sich bei dieser Meldung auch nur um eine „Presseente" oder um einen etwas sonderbaren Scherz.

Aber in den letzten Monaten häufen sich die Anzeichen, daß Landesregierung und Badenwerk mit aller Kraft ihre Atompläne im Wyhler Wald verwirklichen wollen.

Die Kernkraftwerk Süd rechnet damit, daß der Spruch der Mannheimer Berufungsinstanz bereits im Frühjahr 78 zu erwarten ist — und daß er zu ihren Gunsten ausfallen wird.

Es ist also durchaus möglich, daß demnächst auf einmal 10 000 Polizisten im Wyhler Wald stehen und eine Baufirma „vorsorglich" einen „Schutzzaun" aufstellt! Wir sollten uns auf diese Möglichkeit einstellen und entsprechende Maßnahmen bereden.
Kontaktadresse: **Initiativgruppe KKW NEIN Freiburg c/o E.Hackstein, Hildastr. 7,7800 Freiburg**

WÄHLT „ATOMKRAFT – NEIN DANKE"

HAMELN Oktober 1977 *Die Wählergemeinschaft " Atomkraft - Nein danke!" schreibt:*

„Am 23. Oktober 1977 finden in Niedersachsen Kreistagswahlen statt. Im Landkreis Hameln-Pyrmont - das ist die Umgebung des AKW Grohnde - wird dazu die Wählergemeinschaft „Atomkraft - Nein danke" kandidieren.

Die Kandidaten sind:

Wahlbereich 1 (Bad Pyrmont)
Karin Kohrs (Lehrerin)
Uwe Dönges (Dekorateur)
Gabriele Babbel (Studentin)
Beate Babbel (Studentin)

Wahlbereich 2 (Emmerthal/Aerzen)
Klaus Tondok (Landwirt aus Grohnde)

Wahlbereich 3 (Coppenbrügge/Salzhemmendorf)
Helga Stender (Hausfrau aus Coppenbrügge)

Wahlbereich 4 (Hameln-Ost)
Anita Wahrmund (Hausfrau)

Wahlbereich 5 (Hameln-Nord)
kein Kandidat

Wahlbereich 6 (Hameln-West)
Heide von Bernstorff (Hausfrau)

Wahlbereich 7 (Bad Münder)
Oswald Siewert (Raumgestalter)

Wahlbereich 8 (Hessisch Oldendorf)
Klaus Zietz (Bundesbahnarbeiter)

Das Ziel der Kandidatur besteht nicht in erster Linie darin, Sitze im Kreistag zu bekommen - wenngleich die Chancen dafür nicht schlecht sind, weil es keine 5 %-Klausel bei den Kreistagswahlen gibt. Im wesentlichen geht es uns darum, AKW-Gegner, die bisher nicht aktiv waren, im Wahlkampf anzusprechen und in den Kampf gegen das AKW Grohnde einzubeziehen. Wir haben jetzt in Hameln ein Büro eingerichtet (Adresse: Papenstr. 2, 3250 Hameln, Tel. 05151/ 284 25). Für den Wahlkampf sind in allen Wahlbereichen Veranstaltungen geplant, mit Informationen zum Thema Atomenergie (gesundheitliche Gefahren, Arbeitsplätze, Export von Atomwaffentechnologie etc.).

Den Abschluß soll eine Großveranstaltung am 21.Oktober in der Weserberglandhalle in Hameln bilden.

Dieser Wahlkampf wird eine Menge Geld kosten. Allein die Erledigung der Formalitäten - um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden - haben einige hundert Mark verschlungen, für Formulare, Fahrtkosten, Telefon usw. Die Kosten, die jetzt für Veranstaltungen, Plakate, Flugblätter, Büro undundund auf uns zukommen, werden vermutlich zwischen 5 - 10.000 DM liegen.

Wir erhalten keine Wahlkampfspenden aus der Industrie. Wir haben auch keinen gut funktionierenden Parteiapparat, der für die Kandidaten den Wahlkampf erledigt. Wir sind allein auf die Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung angewiesen.

Spenden können auf das Konto Nr. 242 906-300, Sonderkonto Anita Wahrmund beim PSchA Hannover überwiesen werden."

Die Wählergemeinschaft hat außerdem eine Plattform erarbeitet:

Plattform der Wählergemeinschaft
ATOMKRAFT - NEIN DANKE !

Wer wir sind:

Wir sind Bürger des Landkreises Hameln-Pyrmont. Wir stellen uns - wie viele andere auch - gegen den Bau von Atomkraftwerken in Grohnde und anderswo.

Es stimmt nicht, daß Atomkraftwerke zur Deckung des Energiebedarfs nötig sind.

Es stimmt nicht, daß durch den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir befürchten, daß am Ende der Atompolitik der Polizeistaat steht, wie ihn bereits jetzt die Bevölkerung in Emmerthal erfahren hat. Wir stellen uns gegen den Export von Anlagen, die zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden können. Wir sind entsetzt, daß die faschistischen Militärdiktatoren in Brasilien und die Rassisten in Südafrika, die sich mit brutaler Gewalt über die elementaren politischen Rechte und sozialen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung hinwegsetzen, von der Bundesregierung mit der Technik zur Herstellung von Atombomben beliefert werden.

Wir sind überzeugt, daß nichts den Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen an irgendeinem Platz auf der Welt rechtfertigen kann, die die Menschheit über tausende von Jahren mit Verseuchung und Vernichtung bedrohen.

Wir haben nur ein Leben und nur eine Gesundheit. Die wollen wir schützen.

Aus all diesen Gründen sind wir gegen Atomkraftwerke in Grohnde und anderswo. Wir unternehmen alles, was der Stärkung und Verbreiterung des Widerstandes der Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken dient. Darin sind wir uns einig, unabhängig von allen sonstigen weltanschaulichen Überzeugungen und parteipolitischen Zielen. Wir lassen uns von niemandem bestechen und für fremde Zwecke vor den Karren spannen.

Wir gehören zu denjenigen, die wegen dieser Haltung von den Berufspolitikern und vom überwiegenden Teil der Presse, des Rundfunks und des Fernsehen als Chaoten und Terroristen verleumdet werden. Wir solidarisieren uns dennoch mit denen, die wegen ihrer Teilnahme an Bauplatzbesetzungsversuchen und Demonstrationen in Grohnde und anderswo als Kriminelle abgestempelt werden.

Warum wir kandidieren:

Wir sind einfache Leute. Die meisten von uns haben sich früher darauf beschränkt, am Wahltag ihre Stimme abzugeben. Im Widerstand gegen die Atompolitik haben wir gelernt, den Berufspolitikern und den verantwortlichen Parteien zu mißtrauen.

Wir sehen uns in diesem Mißtrauen täglich bestätigt. Zum Beispiel, wenn Herr Saacke (CDU-MdL, Landrat und Aufsichtsratsmitglied der Wesertal AG) sich weigert, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen und die dort versammelten Bürger voll Überheblichkeit als unmaßgeblich bezeichnet. Wir sehen uns in diesem Mißtrauen bestätigt, wenn Frau Traupe (SPD-MdB) - die Teilnahme an einer Informationsveranstaltung ablehnt, mit dem Argument, das sei vor den Kreistagswahlen nicht zweckmäßig. Wir sehen uns in diesem Mißtrauen bestätigt, wenn der Bundeshauptausschuß der FDP einen Genehmigungsstopp für Atomkraftwerke beschließt und der FDP-Innenminister Maihofer fünf Tage später gegen ein neues AKW keine Einwände hat. Wir sehen uns in diesem Mißtrauen bestätigt, wenn der SPD-Forschungsminister Matthöfer erklärt, der SPD-Parteitag im November dürfe keinen Genehmigungsstopp beschließen, damit die Bundesregierung sich davon nicht distanzieren muß!

Wir halten es für einen Hohn, wenn diese Politiker uns auffordern, bei einer solchen Sachlage in den demokratischen Parteien gegen Atomkraftwerke einzutreten.

Wir gehören zu denen, die die Regierung Staatsverdrossene nennt und die durch solche Täuschungsmanöver geschaffen wurden. Wir lassen uns nicht länger an der Nase herumführen. Wir kandidieren, um diesem Betrug eine Absage zu erteilen. Wir kandidieren, um den Widerstand gegen das Atomprogramm in den Städten und Gemeinden, in den Fabriken, in den Büros, auf dem Feld und auf den Straßen zu verstärken.

Zu lange schon haben sich die Kreistagsabgeordneten hinter dem Rücken der Bevölkerung als Zuträger der Atomindustrie betätigt, die den großen Gewinn machen wollen.

Wer hat uns gefragt, als es darum ging, ob sich die kreiseigene Wesertal AG am AKW Grohnde beteiligt?

Wer hat uns gefragt, als der Landkreis Hameln-Pyrmont trotz Baustopp die Genehmigung zur Errichtung einer Befestigungsanlage auf dem Kühlturmgelände erteilt hat und damit die Räumung des Anti-Atom-Dorfes eingeleitet hat?

Das muß anders werden! Wir werden denen, die sich bisher ungestört über Leben und Gesundheit der Bevölkerung im Kreistag hinwegsetzen konnten, auf die Finger schauen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Bevölkerung zu alarmieren und wir werden wachsam sein!

Die Berufspolitiker berufen sich bei Ihren Entscheidungen immer auf ihr Gewissen. Wir haben auch ein Gewissen. Wir werden uns aber unseren Wählern verantwortlich fühlen. Wir werden keine Entscheidungen hinter verschlossenen Türen treffen. Wir werden den Vorhang aufziehen, hinter dem sich der Kreistag verbirgt!

Um diese Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir Eure Stimmen und Eure Unterstützung. Wir werden keine Spenden von den reichen Nutznießern des Atomgeschäfts erhalten, wie CDU, SPD und FDP.

Tretet der Wählergemeinschaft "ATOMKRAFT - "ATOMKRAFT - NEIN DANKE!" bei!

Helft uns im Wahlkampf! Wählt uns!

Unterstützt den Widerstand gegen Atomkraftwerke in Grohnde und anderswo!"

Wählergemeinschaft "ATOMKRAFT - NEIN DANKE!"
Papenstr. 2
3250 Hameln

DIE BESETZTEN HOCHSPANNUNGSMASTEN WURDEN GERÄUMT

HEITEREN/ELSASS
12. Oktober

Am Mittwoch, den 5. Oktober, wurde der seit 30. März dieses Jahres besetzte Platz zu Füßen des noch nicht fertigestellten Mastes der Hochspannungsleitung AKW Fessenheim – Paris von der Polizei gewaltsam geräumt und von einem Arbeitskommando noch bis in die Nacht hinein fertigmontiert.

Im Einzelnen verlief die Räumung wie folgt:
Gegen 8.30 Uhr kam ein Arbeitskommando in Begleitung von 10 Gendarmen auf den Platz, auf dem 6 Besetzer anwesend waren. Die Besetzer versuchten mit den Arbeitern und Gendarmen zu diskutieren, was diese jedoch nicht hinderte, die Küche (sie war in einem auf dem Boden liegenden Querstück eingebaut) auszuräumen. Hierbei konnten sich zwei Besetzer heimlich entfernen und im Dorf Alarm schlagen. (Die im Freundschaftshaus eingebaute Sirene konnten sie, da sie in der Minderzahl waren, nicht anwerfen). Alsbald vergrößerte sich die Zahl der Besetzer auf 55. Als dann das Querstück von einem Kran auf einen LKW gehoben werden sollte – durch den Brand infolge des Anschlags vom 12. Juli (siehe auch ID 186) verzog sich dieses Teil derart, das es unbrauchbar geworden war –, setzten sich die Besetzer darauf und wurden 2 Meter in die Höhe gezogen. Nach 15 Min. wurden sie wieder runtergelassen und dann an Armen und Beinen von den Bullen, deren Potential sich um 4 Busse der Garde Mobile verstärkt hatte, vom Platz geschleift. Nachdem so der Platz gesäubert worden war, begannen die Arbeiten zur Fertigstellung des Mastes, die bis in die Nacht andauerten. Einem LKW mit den neuen Teilen wurde an verschiedenen Stellen die Zufahrt zum Gelände versperrt, indem sich die Leute vor die Räder legten. Er erreichte dann aber über den Akker doch sein Ziel.

Am Sonntagnachmittag, den 9.10. fand zu Füßen des nun fertiggestellten Mastes eine Versammlung der Besetzer statt. Ca. 500 Personen fanden sich im Laufe des Tages ein. Es wurde Bilanz gezogen, wobei herauskam, welch einen Erfolg die Aktion der Besetzung des Masts gebracht hatte: immerhin 6 Monate Platzbesetzung, wo man nicht einmal mit 3 Wochen gerechnet hatte – tausende (ca. 5000) von Besuchern – ein allgemeiner Treffpunkt und Mittelpunkt des elsässischen Widerstandes gegen AKW's.
Es gehe nun darum, sagte ein Sprecher der CSFR (Comite de Sauvegarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin) von dieser einen Flamme aus viele kleine Feuer anzünden, den Kampf zu verbreitern und mit Optimismus weiterzuführen. Es müssen auch neue Kampfformen gefunden werden, und jeder sei aufgerufen,das, was er für gut hält, zu tun. Sie könnten es auch nicht verurteilen, wenn der eine oder der andere Mast umfiele!
Die vorgeschlagenen Aktionen sollten unter der Forderung "Stillegung des AKW Fessenehim" geführt werden:
– selbständige Reduzierung der Stromrechnungen von EDF um 15%. Das ist der Anteil, der für die Kernenergie angezweigt wird,
– Heruntersetzung der Stärke (Kilowatt) der Zähler,
– Information der Bevölkerung über Tarifvergünstigung,
– Ausbau (mehrere Sendungen in der Woche) von "Radio verte Fessenheim", das bisher nur jeden Samstag um 19.45 Uhr auf 101 MHz MF/UKW sendet,
– Verringerung des eigenen Stromverbrauchs,
– Erkennungszeichen für alle Autofahrer mit der Margerite: die offene Hand mit ausgestreckten Fingern.

Die anwesenden beschlossen noch, den Platz nicht wieder zu besetzen, da dieser ja nun fertiggestellt und somit das ursprüngliche Ziel nicht mehr zu vertreten sei. Weiter wurde beschlossen, das Freundschaftshaus abzubauen (ein anderer Vorschlag war, es ein wenig in Richtung des Mastes zu verrücken und es dann anzuzünden) und es irgendwo aufzubewahren, weil es bestimmt und schon in Bälde wieder gebraucht werden wird.

Die Film- und Fotogruppe Freiburg teilt mit, daß es über die Mastbesetzungsaktion einen Super-8-Film und Dias gibt. Man kann sie über die Kontaktadresse **Karl-Heinz Koob, Haslacher Straße 80 , 7800 Freiburg** *bestellen.*

LIEDER GEGEN ATOMKRAFTWERKE

KÖLN
Oktober 1977

Lieder und Filme gegen Atomkraftwerke bietet der Verlag NEUE WELT, Werderstr. 23, 5 Köln 1 (Tel. 0221/520 373) an.
Die LP heißt: "Lieder gegen Atomkraftwerke". Es spielen und singen:

"De Likedelers" (Bremen), VSK Musikgruppe (Köln/Stuttgart), Arno Fries (Köln), Dirk & Michael (Hamburg), Claus-Peter Lieckfeld (Hamburg) und andere Kernkraftgegner mit neuen Anti-AKW-Liedern.

(Ein ausführliches Beiheft mit Noten und Texten aller Lieder, Erläuterungen und Kommentaren zum politischen Hintergrund gibt es dazu).

Die Filme:

"Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" von Nina Gladitz (1976) - "Mehr Atomkraftwerke" von Peer Mannstaedt (1976) - "Neu im Verleih: Grohnde 19.März 1977" von Fritz Poppenberg - "Ohu 7.Mai 1977" von der Initiativgruppe Atomgegner-Film München (1977)

Die LP erscheint Ende September und kostet 18 Mark. 1 Mark davon geht an den Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg zur Unterstützung von Prozessen gegen AKW-Gegner. Für Bürgerinitiativen bei Bestellungen ab 10 Ex. 30 % Rabatt.

WIE MAN BESCHÄFTIGTE IN DER ATOMINDUSTRIE FÜR DIE INTERESSEN DER FIRMA AUF DIE STRASSE BRINGT

BERGISCH-GLADBACH
3. Oktober

"Aus Anlaß der am 29. September d. J. in Bonn stattgefundenen Demonstration von Befürwortern der Atomenergie habe ich (ein ID-Leser, Anm. d. Red.) zusammengestellt, auf welche Weise Einfluß auf die Mitarbeiter der Firma Interatom – zu Teilnehmern aus anderen Firmen fehlen mir die notwendigen Kenntnisse – genommen wird, um sie im richtigen Maße und der gewünschten Richtung in Bewegung zu setzen. Nach Auskunft von Herrn Wolfgang Breyer, Mitarbeiter der Firma Interatom, gegenüber dem "Kölner Stadtanzeiger", sind viele Mitarbeiter verbittert, da ihrer Arbeit nicht das gewünschte oder erwartete Vertrauen aus der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Das ist kein Wunder, denn die Politik der Elektrizitätsunternehmen, auf die die Mitarbeiter keinen Einfluß haben, hat jedes noch vorhandene Vertrauen verspielt. Unfähig, diese Tatsache mit den aus Sorge um den Arbeitsplatz verklebten Augen noch zu erkennen und vom Betriebsrat, der eine solche Analyse zu liefern hatte, im Stich gelassen, sind sie um so leichter zu beeinflussen.

WIE FREI SIND "PRO KERNENERGIE"-DEMONSTRANTEN?

In seinem Buch "Modell Deutschland? Die BRD in der technologischen Krise" schreibt Frank Haenschke auf Seite 61 zu den von der NWK, der KWU und Interatom durchgeführten Gegendemonstrationen in Zusammenhang mit Brokdorf und folgendem:
"es irritiert, wenn die Elektrizitätsunternehmen ihre Mitarbeiter zu Gegendemonstrationen auf die Straße scheuchen."

In einem internen, nur für Mitarbeiter des mittleren und oberen Führungskreises gedachten Zirkular, in dem einige Mitarbeiter von Interatom versuchen, Herrn Haenschke am Zeug zu flicken, wird der zitierte Satz als Beispiel besonderer Bösartigkeit genannt. Die Verfasser des Zirkulars schreiben:
"Arbeitnehmer entschließen sich nicht etwa in demokratischer Abstimmung zu einer Demonstration für den Kraftwerksbau, sondern sie 'werden von den Elektrizitätsunternehmen auf die Straße gescheucht'."

Nur am Rande und mehr zum Vergnügen des Verfassers dieses Berichtes sei klargestellt, daß der in "demokratischer Abstimmung" gefaßte Beschluß einer Demonstration für den *Kernkraftwerksbau* galt. Soviel zur verbalen Verschleierungstaktik, die sich mittlerweile soweit entwickelt hat, daß man, in einem Flugblatt des Betriebsrates der Firma Interatom, durch welches zu einer Demonstration am 29.9. in Bonn aufgerufen wurde, "die sorglose Zukunft unserer Kinder und Enkel" sagt und den hemmungslosen Ausbau von Kernkraftwerken inclusive Schneller Brüter meint. Doch zurück zum Thema. Wie hat es denn ausgesehen mit der demokratischen Abstimmung? Wie ist es dann weitergegangen? Hier die Fakten:

Am 19.11.76 fanden bei Interatom Betriebsversammlungen statt, in denen festgestellt werden sollte, "ob eine große Mehrheit der Belegschaft die Auffassung von Betriebsrat und KTS (kerntechnische Gesellschaft, Anm. d. Verf.) teilt und sich im Rahmen einer Demonstration in der Öffentlichkeit beteiligen würde", dem "schiefen Bild in der Öffentlichkeit", entstanden dadurch, "daß eine Minderheit durch spektakuläre Aktionen die friedliche Nutzung der Kernenergie blockiert und damit der Bevölkerung schadet", wobei "tendenziöse Berichterstattung über diese Vorgänge und die Probleme der Kernenergie allgemein ... die Wirkungsmöglichkeiten dieser Minderheiten ... vergrößern", entgegenzutreten.

Nach längeren Vorträgen seitens Betriebsrat und Werbeabteilung der Firma — nur Insidern gelang es, die Personen auseinanderzuhalten, da man sie kannte — kam es dann zur Abstimmung darüber, wer sich an einer solchen Demonstration beteiligen würde. Selbstredend gab es weder Stimmzettel noch Wahlkabinen, eine solche bürokratische Prozedur wäre wohl auch abgelehnt worden. Es war eine open-hand-Abstimmung. Ca. 98% der Anwesenden entschieden sich dafür, für die Interessen des Kapitals auf die Straße zu gehen, ein Ergebnis, welches von den Vertretern der Geschäftsführung und zahlreich anwesenden Vorgesetzten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Man sollte den Mitarbeitern, die für die Demonstration gestimmt haben, auch wenn sie keine rechte Lust zur Teilnahme hatten, nicht gram sein. Es war die Zeit, da das abendliche Rätselraten über die neue Arbeitslosenquote nur um die Frage kreiste, in welchem Abstand von der Millionengrenze sich die Zahl diesmal bewegen mochte, 20 oder 30 oder gar 40% darüber.

Weiter ging es mit einer Unterschriftenaktion "pro Kernenergie", die so um den 15. Februar herum gestartet wurde. Da man mit der Art, eine Demonstration "pro Kernenergie" auf die Beine zu bringen, im Vorjahr gute Erfahrungen gesammelt hatte, hielt man neue Wege nicht für ratsam, zog es vor, auf bewährter Spur weiter voranzutappen. Entsprechend ging man vor. Nicht genug, daß Listen, in denen man seine Zustimmung zum vorgelegten Aufruf, wonach der Bau und der Betrieb von Kernkraftwerken zur Energieversorgung für ökonomisch erforderlich gehalten wurde und die Sicherheit als so groß angegeben wurde, daß keine unverantwortlichen Risiken für die Bevölkerung entstehen, durch Unterschrift bekunden konnte, für jedermann sichtbar im Büro des Betriebsrates ausgelegt wurden; Mitglieder des Betriebsrates liefen, eine für die Mitarbeiter völlig ungewohnte Aktivität entfaltend mit Unterschriftslisten von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, um denen, die den Weg zum Büro des Betriebsrats nicht machen wollten, sei es aus Desinteresse, sei es, daß sie mit dem Inhalt des Aufrufs nicht im gewünschten Optimismus übereinstimmten, um weitere Unterschriften zu ergattern und notfalls mangelnder Überzeugung auf direktem Wege nachzuhelfen. Denn wer mochte sich schon weigern, wenn Kollegen und - auch das ist vorgekommen - Vorgesetzte zusahen, wie man mit dem Entschluß rang, ob man nun oder ob man nicht. War doch auf der Betriebsversammlung nur wenige Tage vor Beginn der Aktion von einem Vertreter der Geschäftsführung die Auffassung geäußert worden, man erwarte von denen, die nicht mit vollem Herzen bei der Sache wären, vielleicht sogar Zweifel an dem hegten, was die Firma als Ziel verfolge, die Einreichung der Kündigung. Da zweifelte man besser nicht, selbst wenn es nur dem Ansehen bei den lieben Kollegen schaden kann.

Den vorläufigen Höhepunkt in der Reihe Demokratischer Entscheidungen bildet die Demonstration, zu der der Betriebsrat der Firma Interatom im September dieses Jahres aufgerufen hatte und zu der am 29. September einige tausend Befürworter der Atomenergie, davon allein ca. tausend der Firma Interatom, in Bonn zusammengefunden worden sind. Der Terminus klingt zwar komisch, aber anders läßt sich der Tatbestand nicht zusammenfassen. Spontane Demonstration, große Anfragen, ob man nicht endlich etwas unternehmen wollte oder ähnliches? Pfeifendeckel. Wieder wurden Listen in den Abteilungen herumgereicht, in die man sich eintragen sollte (schließlich war ja die notwendige Anzahl von Bussen zu ermitteln, nicht?). An der ersten Stelle der Name des Abteilungsleiters, so wanderten die Listen durch die Abteilungen, wieder für jedermann erkennbar, wer seine Mitfahrt erklärt hatte und wer nicht. Ganz offensichtlich wurden die Listen auf ihrem Laufweg von den Abteilungsleitern immer wieder kontrolliert, wurden im Einzelfall sogar nach Abschluß des Umlaufs an ihn retourniert. Jedenfalls benutzten einige Vorgesetzte die ihnen zugänglichen „Erkenntnisse", um Dissidenten ins Gewissen zu reden. Einige auf die freundschaftliche Tour (es wäre aber besser, sie gingen auch mit), andere schon etwas gröber (die Geschäftsführung wünscht, daß jeder mitgeht, soweit nicht dringende Gründe dagegen sprechen) bis hin zu der offenen Drohung, Nichtteilnahme könne sich nachteilig auf den weiteren beruflichen Werdegang des Betreffenden auswirken. Und da alles das immer noch nicht den gewünschten Totalerfolg hatte, beschallte man die Belegschaft während der Mittagspause in der Kantine mit der Aufforderung, noch nicht Gemeldete könnten sich weiterhin in Listen eintragen, die man seltsamerweise in einer Abteilung ausgelegt hatte, deren Leiter wegen seiner repressiven Personalführung seit über drei Jahren vom Betriebsrat bekämpft wird. Der Kopfstand war perfekt, wird doch dieser getreue Paladin des Kapitals genau Buch geführt haben.

Ganz offensichtlich sind solche Methoden aber notwendig, um Teile der Belegschaft davon zu überzeugen, man habe mit all dem, was die Firma Interatom so treibt, nur die „Sicherung unseres sozialen Besitzstandes, Erhaltung unserer Arbeitsplätze, weitere Humanisierung der Arbeitswelt, Weiterentwicklung fortschrittlicher Technologien und die sorglose Zukunft unserer Kinder und Enkel" im Auge. Denn als Anfang des Jahres 1976 Mitglieder des Deutschen Atomforums eine Unterschriftenak-

tion zugunsten der Atomindustrie starteten, war der Erfolg so mäßig, daß ein Vertreter der Geschäftsführung seine Enttäuschung darüber, daß nur knapp 300 Mitarbeiter den Aufruf unterstützt hatten, nicht verbergen konnte. Allerdings lief da nieman mit Listen durch die Gegend, vielmehr lagen die Unterlagen auf mehreren Stapeln in der Gegend herum, jeder konnte sich bedienen (oder es bleiben lassen), jeder konnte den Aufruf in Ruhe durchlesen und ihn dann unterschreiben, ohne daß ihm Kollegen oder Vorgesetzte über die Schulter blickten (oder den Aufruf in den Papierkorb werfen, wenn ihm die Aussagen unsinnig erschienen, was sie zum Teil waren). Mit der freiwilligen Überzeugung scheint es also so weit nicht her zu sein.

Damit bin ich am Schluß. Ob unter den geschilderten Bedingungen die Mitarbeiter der Elektrizitätsunternehmen zu Gegendemonstrationen auf die Straße gescheucht wurden, oder ob sie sich in demokratischer Abstimmung für eine Demonstration zugunsten des Baus von Kernkraftwerken entschieden haben, diese Frage zu beantworten sei dem Leser überlassen."

Vor einiger Zeit hat sich eine Arbeitsgemeinschaft "Bürgerinformation Kernenergie und Energieversorgung" etabliert, deren sozialer und gesellschaftlicher Standort nur schwer zu orten ist, wenn auch von unterschiedlichen Stellen vermutet wird, daß es sich hierbei um Gründungen von Seiten interessierter Kapitalistenkreise handelt. Als Beweis für diese Vermutung dient ein Aufruf, der von Mitgliedern dieser "BI KE + EV" seit einigen Tagen innerhalb der Firma "Interatom" verbreitet wird. Wer die Sache finanziert, ist aus dem Briefkopf des Aufrufs zu entnehmen. Auf Befragen gab der als "IA-Betriebsrat" firmierende Herr Dietrich, Vorsitzender der Firma Interatom zu, daß es sich nicht um eine Aktion des Betriebsrates, sondern um eine private Aktion handelt, die ohne entsprechenden Beschluß des Betriebsrates veröffentlicht worden ist. Im normalen Sprachgebrauch nennt man dergleichen Amtsmißbrauch. Vermutlich will man durch dieses Vorgehen die stark vorhandene Achtung der Mitarbeiter vor der Institution "Betriebsrat" ausnutzen. Die Unternehmensleitung hält sich seit Beginn der Kampagne vornehm zurück, vermutlich weil sie erkannt hat, daß von der Bevölkerung "solche Kampagnen mehr und mehr als Werbung der Energiewirtschaft in eigener Sache abgetan" (werden).

DOKUMENT

„INTERATOM
Bergisch Gladbach 1, den 27.9.77

ARBEITSGEMEINSCHAFT BÜRGERINFORMATION
KERNENERGIE + ENERGIEVERSORGUNG

Aufruf an alle Mitarbeiter!

Die Diskussion mit den Bürgern auf dem Informationsstand in Köln hat deutlich zu erkennen gegeben, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Kernenergie nicht ablehnend gegenübersteht. Es besteht allerdings ein überraschend hoher "Informationsbedarf", der offensichtlich durch die Öffentlichkeitsarbeit mit etablierten Methoden nicht gedeckt werden kann. Als sehr wirksames Mittel zur Befriedigung dieses Informationsbedürfnisses hat sich der Informationsstand erwiesen. Sein Erfolg beruht auf dem Zugriff zu allen Bevölkerungsschichten sowie dem Faktum, daß er durch seine Präsens ein auffallendes Gegengewicht zu den Aktionen der Kernenergiegegner in der Öffentlichkeit darstellt. Die Reaktionen aus der Bevölkerung haben die Notwendigkeit der Fortführung
rung dieser Aktion deutlich werden lassen. Hierzu bedürfen der Betriebsrat und die Geschäftsführungsstäbe jedoch der verstärkten aktiven Unterstützung durch die Mitarbeiter.

Die Arbeitsgemeinschaft BÜRGERINFORMATION KERNENERGIE + ENERGIEVERSORGUNG hat sich dieser Aufgabe gestellt und will
- die Betreuung des Informationsstandes übernehmen
- den Informationsstand zu einer permanenten Einrichtung machen
- mit dem Informationsstand alle größeren Städte in NRW beschicken
- alle Mitarbeiter anderer kerntechnischer Unternehmen zur aktiven Mitwirkung am Informationsstand bewegen
- andere Unternehmen des kerntechnischen Bereiches zum Unterhalt von ähnlichen Informationsständen bewegen
- Informationsmaterial für die Verwendung am Informationsstand aufbereiten.

Die Arbeitsgemeinschaft BI KE + EV ruft alle Mitarbeiter zur Mithilfe bei der Bewältigung dieser Aufgaben auf.

JEDER MITARBEITER WIRD GEBRAUCHT!

Neben der aktiven Arbeit am Stand, müssen die Vorbereitung und Sortierung des Informationsmaterials, der Auf- und Abbau des Stands, die Organisation der Veranstaltung etc. bewerkstelligt werden.

Interessierte Mitarbeiter werden gebeten, den anliegenden Meldeschein auszufüllen und per Hauspost an Frau Ratzel (9902) zu senden."

Unterschrieben ist der Aufruf von Dietrich (IA-Betriebsrat) und Krimminger (INB-Betriebsrat). Nochmal: Es handelt sich dabei um keine Aktion des Betreibsrates, sondern um eine private Aktion der beiden Herren.

KAMPAGNE GEGEN ATOMSTAAT

BREMEN *10. Oktober* — *Betr.: Ersuchen um Berichtigung, ID Nr. 197,vom 30.9.77, S. 6*

"Die gutgemeinte Mitteilung unter dem Titel "Kläger gegen AKW's" gesucht im ID Nr. 197, vom 30.9.77 wurde vom Druckfehlerteufel verunstaltet. Es sollte heißen:
"Eine Kampagne 'über den Rechtsweg' gegen den A t o m s t a a t (nicht Rechtsstaat) plant der Staatswissenschaftler Walther Soyka in Bremen, Wendtstr. 22, Institut für biologische Sicherheit. Er sammelt Unterschriften von Leuten, die gewillt sind, gegen die Betreibung und Errichtung von Atomspaltwerken und Plutoniumwerken in der BRD gerichtlich zu klagen.

Da die bisher erteilten atomrechtlichen Grundkonzeptgenehmigungen e r l i s t e t wurden und gegen das Grundgesetz verstoßen, sind sie n i c h t i g . Es gibt daher keine versäumte Klagefrist und auch keinen Wohnort, der zu weit weg von AKW's läge, so daß j e d e r seine Unterschrift als Kläger geben kann. Weil es um die genetische Unversehrtheit und unser Lebensrecht geht, sollte das Gerichtskostenrisiko niemand vom Klagen abhalten: die nach uns zur Welt Kommenden können sich heute noch nicht wehren. Solidarität auch mit den Ungeborenen. Mehr als 1000 Einzelprozesse wurden bereits begonnen; Klagevollmacht-Vordrucke gibt es bei:

Walter Soyka
Wendtstr. 22
28 Bremen "

JE ÖFTER ÜBER DEN FRIEDEN GESPROCHEN WIRD, DESTO NÄHER IST DER KRIEG

FRANKFURT 7. Oktober — *Aus „antimilitarismus information" (Postfach 4027, 6 Frankfurt 1), Heft 8 - 9, September 1977:*

„DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER NEUTRONENBOMBE

Die Anfänge der Entwicklung der Neutronenbombe (N-Bombe) reichen bis in die 50er Jahre zurück. Bereits damals erkannte man die militärischen und strategischen Nachteile der atomaren und thermonuklearen Waffen (H-und A-Bomben). Man wollte aus dem seit der Entwicklung der H-Bombe bekannten Prinzip der Neutronenstrahlung sog. „maßgeschneiderte (tailored) Nuklearwaffen" herstellen. 1958 referierten Edward Teller (gilt als Erfinder der H-Bombe) und Sam T. Cohen (Er-

finder der N-Bombe) vor einem geheimen Ausschuß des Kongresses über die Möglichkeit, eine Neutronenwaffe herzustellen; die Pläne fanden keine Resonanz. So wurde in den Strahlenforschungslabors „Lawrence Livermore" und in Los Alamos in aller Stille an der N-Bombe gebaut. Erst nach dem Scheitern des Atomteststoppabkommens mit der Sowjetunion im September 1961 konnte die bereits weit fortgeschrittene Entwicklung getestet werden. Der erste Test fand 1963 in den USA statt. Prominente Mitarbeiter waren der heutige US-Verteidigungsminister Harold Brown und der heutige Pentagon-Berater Herbert York. Nach der Regierungsübernahme durch die demokratische Partei 1961 erhielt auch die Weltöffentlichkeit erstmals Kenntnis von der N-Bombe: am 2.7.1961 veröffentlichte die New York Times eine Meldung über die Neutronenbombe; am 13.9.1961 folgte ein Artikel im Spiegel.

Ende der 60er Jahre wurde das Projekt W-63 (N-Bombe) wegen technischer Probleme zugunsten herkömmlicher Nuklearwaffen eingestellt. Erst nach dem Amtsantritt von Präsident Richard Nixon 1969 wurde das Projekt N-Bombe wieder aufgenommen und mit Hochdruck weiterentwickelt und serienreif gemacht. Einer der Hauptlobbyisten der N-Bombe war der damalige Verteidigungsminister J. Schlesinger. In den 70er Jahren setzte in den USA und Europa die Diskussion um die „Mininucs" ein, eine Untergruppe der Tactical Nuclear Weapons (TNW). Die N-Bombe ist eine Untergruppe der „Mininucs". 1974 setzte sich der deutsche General a.D. Graf Kielmannsegg für die Einbeziehung der „Mininucs" in das westdeutsche Verteidigungskonzept ein. In dieser Zeit begann auch die Einführung der „Lance"-Rakete, des potentiellen Trägers der N-Bombe, bei den US-Truppen in der BRD.

Inzwischen ist die N-Bombe zur Serienreife gediehen. Eine Veröffentlichung der Produktions- und Stationierungspläne war vom Pentagon jedoch nicht vorgesehen und kam nur durch eine Meldung in der „Washington Post" zustande. Journalisten hatten bei der Durchsicht des US-Haushalts für 1978 entdeckt, daß die Produktionskosten für die N-Bombe unter einem unverfänglichen Titel getarnt worden war: im Etat der „Energy Research and Development Administration" (ERDA) unter dem Titel „W 70 Mod 3 Lance Enhanced Radiation Warhead". Dort waren sie den Haushaltsprüfungen durch den Kongress entgangen.
Aus diesem Sachverhalt läßt sich entnehmen, daß die Herstellung und Stationierung der N-Bombe unter Ausschluß der Öffentlichkeit hätte vollzogen werden sollen.

Quelle: Spiegel 13.9.1961 und 18.7.1977, Jo Rodejohann, Anmerkungen zur Neutronenbombe, Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

ZUR WIRKUNGSWEISE DER NEUTRONENBOMBE

Bei der Neutronenbombe handelt es sich um eine taktische Nuklearwaffe (Tactical Nuclear Weapon = TNW), deren besondere Konstruktion sie zu einer verstärkten Stahlungswaffe macht (Enhanced Radiation Weapon = ERW). Im Prinzip ist die Neutronenbombe (N-Bombe) eine Wasserstoffbombe (H-Bombe), deren Wirkungsspektrum verändert wurde.

Die H-Bombe basiert auf dem Prinzip der Kernfusion, bei der Atomkerne des Schwerwasserstoffs Deuterium (D) mit Atomkernen des Schwerstwasserstoffs Tritium (T) unter Freisetzung hoher Energiemengen zu einem Heliumatom (Alpha-Teilchen) verschmolzen werden. Bei diesem Vorgang wird ein Neutron (elektrisch neutrales Teilchen) frei. Bei einer DT-Fusion werden pro entstehendem Heliumatom 17,6 MeV (Millionenelektronenvolt) freigesetzt, von denen 3,6 MeV als Bewegungsenergie auf das Alpha-Teilchen übertragen werden (Alpha-Strahlung). Die Alpha-Strahlung hat in der Luft eine Reichweite von einigen Zentimetern, in fester Materie jedoch nur von Millimetern, weshalb sie als „weiche" Strahlung bezeichnet wird, die für den Menschen ungefährlich ist. Die übrigen 14 MeV gehen als Bewegungsenergie auf das Neutron über und verleihen ihm eine Reichweite von mehreren hundert Metern. Deswegen gelten Neutronenstrahlen als die härtesten, d.h. gefährlichsten, die z.Z. erzeugbar sind. Die bei dem Fusionsvorgang freiwerdende Energie wird als Wärmeenergie und Neutronenstrahlung frei. Der Wirkungsradius der Hitze- und Druckwelle ist jedoch um vieles größer als der der Strahlen, weshalb die Zerstörungskraft der H-Bombe aus der Druck- und Hitzewelle und der daraus resultierenden Sogwelle besteht.

Die A-Bombe

Um jedoch überhaupt eine Kernfusion in Gang zu setzen, bedarf es enorm hoher Temperaturen (mehrere Mio Grad C). Der z.Z. einzig mögliche Weg, solche Temperaturen zu erzeugen, ist die Kernspaltung. Dazu benötigt man das Uranisotop U 235 oder Plutonium Pu 239, die als schwere Atome die Eigenschaft haben, mit der Zeit zu zerfallen. Der Zerfall kann durch Zuführung von Anregungsenergie beschleunigt werden. Diese ist z.B. dann ausreichend zugeführt, wenn von den Isotopen eine bestimmte Masse zusammenkommt, die genug Energie enthält, die Spaltung der Atome anzuregen (kritische Masse). Bei U 235 und Pu 239 sind dies einige Kilogramm.
In der A-Bombe werden z.B. zwei Uranklumpen, deren Masse jeweils unter der „kritischen" liegt, schußartig miteinander vereint. Innerhalb einer millionstel Sekunde setzt aufgrund der plötzlich vorhandenen Anregungsenergie die Kernspaltung ein: einige Uranatome brechen auseinander, wodurch Energie und Neutronen frei werden, die wiederum andere Atome spalten usw. (Kettenreaktion). Dieser Vorgang läuft explosionsartig ab. Bei der Explosion von 1 kg U 235 entstehen im Zentrum der Explosion etwa 14 Mio Grad C; die Spaltung von 1 g U 235 setzt Energie frei, die der Sprengkraft von 20 t TNT entspricht.

Um die H-Bombe zu zünden, ist ein Atomzünder notwendig, der aufgrund der zur Ingangsetzung der Kernfusion geforderten Temperaturen allein eine Sprengkraft von 20.000 t TNT hat. So ist es zu erklären, daß die Sprengkraft der H-Bomben zu etwa 50% aus der Sprengkraft ihres Zünders (A-Bombe) resultiert und radioaktiven Fallout hat, obwohl bei der Kernfusion an sich keine Radioaktivität anfällt.

Die N-Bombe

Aus diesem Grunde wurde das Wirkungsspektrum der H-Bombe verändert:
- der Zünder wurde so konstruiert, daß er nur einen geringen Anteil an der Sprengkraft der Bombe hat, und
- durch eine besondere Ummantelung der N-Bombe wurde erreicht, daß sich Druck und Hitze nicht mehr so stark ausbreiten, die Neutronenstrahlung jedoch weiterhin. Während der Radius der Druck- und Hitzewelle bisher z.B. 3.000 m betrug und der der Neutronenstrahlung 1.000 m, so beträgt bei der Neutronenbombe der Radius der Druck- und Hitzewelle nur noch 300 m und der der Neutronenstrahlung weiterhin 1.000 m, so daß die Zerstörungskraft der N-Bombe nicht mehr von der Druck- und Hitzewelle herrührt, sondern von der Neutronenstrahlung. Auch die bei der Zündung anfallende Radioaktivität wurde reduziert.

Die Wirkung auf den Menschen

Die Wirkungsweise der Neutronenstrahlung ergibt sich aus der Beschaffenheit des Mikrokosmos. Neutronen können nur durch direktes Auftreffen auf Atomkerne in ihrer Bewegung gestoppt werden. Während in Beton, Holz, Stahl usw. die Atomkerne so weit auseinanderliegen, daß die Wahrscheinlichkeit, von einem Neutron getroffen zu werden, relativ gering ist, liegt sie bei organischen Zellverbänden sehr viel höher. Dies trifft besonders auf die sehr zellreichen inneren Organe und das Nervensystem der Menschen und Tiere zu. Trifft ein Neutron

dort auf einen Atomkern, so wird dieser aus seinem Atomverband gerissen, das Molekül zerfällt. Die Zellen verlieren ihre Festigkeit, werden weich und breiig und können ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Der Körper zerfällt nach und nach. Je nach Strahlendosis dauert dieser Prozeß zwischen einigen Minuten und mehreren Tagen. Die Symptome sind je nach Strahlendosis: Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, punkt- und flächenförmige Blutungen, Fieber, Entzündungen, Haarausfall, Appetitlosigkeit, Gewichtsverlust, Unpäßlichkeit, Halsschmerzen und eine starke Anfälligkeit für Infektionen noch lange Zeit nach der „Bestrahlung".
Durch Neutronenbestrahlung werden manche Atome „aktiviert", d.h. es entsteht sog. Sekundärradioaktivität, die ebenso gefährlich ist, wie die Radioaktivität, die z.B. bei der Kernspaltung entsteht.

Quellen: FR 12.7. Spiegel 18.5. Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl., 1971 Jo Rodejohann, Anmerkungen zur Neutronenbombe, Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

ENTWICKLUNG EINER NEUEN GENERATION VON FLÄCHENWAFFEN

Bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn wird z.Z. im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums an einer neuen Generation von Flächenwaffen gearbeitet (1). „Flächenfeuer bezeichnet ein Verfahren zur Bekämpfung feindlicher Ziele, bei dem eine definierte Fläche mit Feuer zu dem Zweck abgedeckt wird, eine möglichst große Anzahl der in dieser Fläche vorhandenen Zielelemente zu vernichten oder Bewegungen der Zielelemente ... unmöglich zu machen..." (2) „Da bei einem Flächenziel die genaue Lage der Einzelziele unbekannt ist und die Aufschlagpunkte der Munition zufällig verteilt sind, ist es erforderlich, das Ziel gleichmäßig mit einer statistisch zu ermittelnden Munitionsmenge zu belegen, um eine vorgegebene Ausfallrate (=Trefferzahl d.Red.) zu erreichen." (2) Während bisher z.B. 1.000 Sprengsätze in einer Bombe ins Ziel getragen wurden und dort zerstreut wurden, d.h. ihre Ziel zufällig fanden, soll die in der Entwicklung befindliche neue Generation der Flächenwaffen bei geringerem Munitionsaufwand die gleiche „Zielausfallsrate" erzielen. Bisher wurden mit relativ großem Aufwand Flächenbrände entfacht, Splitterbomben gegen Infanterie geworfen oder eine Vielzahl von Raketen gegen Panzer abgeschossen (Stalinorgel). Heute wird an einem Raketensystem gearbeitet, dessen Gefechtsköpfe Tochterraketen mit Suchköpfen (Endphasenleinkung) enthalten. „In einer gewissen Höhe über dem Ziel werden die Tochterraketen definiert ausgestoßen. Aus der ballistischen Streuung der Einzelraketen, der Streuung des mittleren Treffpunktes und der Verteilung und Streuung der Tochterraketen ergibt sich eine abgedeckte Fläche, aus der jeder einzelne Suchkopf eine von Öffnungswinkel und Ausstoßhöhe abhängige Kreisfläche absucht und das darin enthaltene Ziel erfaßt." (2) Dieses System soll zunächst in die Kampfflugzeuge MRCA und Pahntom eingebaut werden, kann durch geringe Modifizierungen aber auch von anderen Waffen verschossen werden, z.B. Panzerabwehrhubschrauber, Panzer- und Feldhaubitze 155 mm u.a. (2).

Quellen: (1) Welt 22.7.77 (2) Wehrtechnik 7/77 S. 93ff



Bald können Sie auch in unseren Flüssen schön WARM baden!

Ihr KKW
Kernig·Kraftvoll·Wagemutig

FÜNFTES TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE

WESTBERLIN 11.Oktober — Am 7..8..9.Oktober fand in Westberlin das fünfte Treffen der Alternativpresse statt. Es waren etwa 100 Zeitungsmacher(innen) da, weit weniger als erwartet. Das Treffen verlief mal wieder diffus, die Diskussionen waren unstrukturiert. Ein Bericht über die Veranstaltung will uns nicht gelingen — wir werden uns bemühen, das Problem dieses „Verbundes" in Rundbriefen an die Betroffenen grundsätzlicher zu behandeln (hoffentlich ist das keine leere Versprechung). Zum Berliner Treffen steht u. a. im ID-Tagebuch:

„Jutta berichtet aus Berlin, daß sie dort Leute aus der näheren Umgebung kennengelernt hat — aus Mainz und Wiesbaden!

Wiedermal dominierten die Zeitungen ID, Info-Bug, BLATT, wobei an den Bedürfnissen der meisten anderen Zeitungen vorbeidiskutiert wurde., z.B. über das alte Problem 'Scene-Zeitung — Volksblatt'. Die von weither angereisten Tagungsteilnehmer fühlten sich übergangen und sind's wohl auch, haben aber auch kein erkennbares eigenes Interesse formuliert und wenn, sind sie damit nicht durchgekommen.

Eine Untergruppe diskutierte über die Notwendigkeit einer überregionalen aktuellen Mediums (Tageszeitung). Sie will die Alternativpresse anregen, sich in Artikeln in den nächsten zwei Monaten mit diesem Problem auseinanderzusetzen, um Ende November/Anfang Dezember ein Wochenendseminar über dieses Thema durchführen zu können.
Kontaktadresse für inhaltliche Beiträge und technische Informationen:

Büro RA Christian Ströbele
Meierottostr. 1
1000 Berlin 15

Das abschließende Sonntagsplenum gab bekannt:
a) das Treffen wird kritisiert
b) das Info-BUG fährt in Gestalt eines seiner Vertreter einem Kritiker übers Maul und erklärt, daß seine eigene Konzeption die Beste sei.
c) es werden regionale Treffen vorgeschlagen.

Fest steht jedenfalls:
1. Der Pflasterstrand (Frankfurter Spontizeitung) sammelt Material über Ermittlungen/Prozesse gegen Alternativzeitungen u.a. für das Russell-Tribunal.
2. Das nächste Treffen sollte nach unserer (einige ID'ler) Meinung eher ein großes Fest mit vielen Initiativen und weniger Anspruch werden (stattfinden wird es im Januar 78 in Essen).
3. Die Volksblätter sind, bis auf Hagen und Essen, zu Hause geblieben.
4. Jeder darf weiterhin behaupten, daß die eigene Linie die geradeste sei.

Die Adressenliste der Alternativzeitungen erscheint erst nächste Woche!

INDIANER SPRECHEN

BERLIN 13.Oktober — Am Montag, den 10.Oktober, fand in Berlin eine Informationsveranstaltung süd- und nordamerikanischer Indianer statt, die erst vor kurzem durch ihre interventionistischen Bestrebungen bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf auf sich aufmerksam machten. Wichtigste Themen waren dabei die Zwangssterilisationen an indianischen Frauen, der Landraub in Form

von Verkleinerungen der indianischen Reservationsgebiete sowie die fortschreitende Ausbeutung der Bodenschätze (Uran, Eisenerz, Kohle, Gas, Öl, Silber, Gold) in den Reservationen.

Die Indianer betonten ihre Eigenständigkeit durch ihre traditionelle Kleidung; die Irokesen hatten ihre US-Pässe zu Hause gelassen und ihre eigenen der Föderation der sechs irokesischen Nationen benutzt. Der Indianerführer Russel Means ist bei seiner Rückreise in die USA wegen Paßvergehens festgenommen worden und sitzt noch in Haft; für seine Freilassung wurden Unterschriften gesammelt.

Ein aktueller Punkt bei den südamerikanischen Indianern: durch die politischen Verhältnisse in Südafrika und Namibia sollen deutsche Grundbesitzer nach Bolivien ausgesiedelt werden. 15.000 sollen bereits übersiedelt sein. Die BRD hat ein Hilfsprogramm von 15 Mio. bereitgestellt, diese Zahlung jedoch nicht bestätigt. Für das bolivianische Volk bedeutet dies eine Transplantation des Apartheidsystems.

Für die Nordamerikaner sprach Clyde Bellecourt als Vertreter der AIM (American Indian Movement). Er benannte die Ziele des indianischen Kampfes als das Überleben ihrer Kultur und der Einhaltung der Verträge mit der amerikanischen Regierung. Eine große Rolle spielt dabei das Erziehungssystem. 1972 wurden hierzu die „Survival Schools" gegründet, die zum Ziel haben, die indianischen Traditionen zu wahren und der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Dazu werden die Sprachen der einzelnen Stämme gelehrt, die kulturellen Bräuche der eingeborenen Indianer gepflegt, das Wertsystem des Teilens und der Gemeinsamkeit neu belebt. Zur Zielsetzung der Survival Schools:

„...Das erste Konzept für ein Programm war ein sogenanntes ‚Überlebensprogramm', d.h. man lehrte Überlebenstechniken in einer Gesellschaft, in der Minderheiten beständig diskriminiert werden, indem die nichtherrschende kulturelle Identität heruntergemacht wird.... Die Survival School sieht folgendes als ihre Ziele an:

1. Den Schülern ein Selbstbewußtsein und ein positives Selbstverständnis zu vermitteln durch Verwirklichung des Einzelnen und die Bewußtmachung ihres indianischen kulturellen Hintergrundes.
2. Die Vermittlung von grundlegenden akademischen Fähigkeiten, die notwendig sind, um sein eigenes Leben kontrollieren zu können; Vorbereitung auf die zukünftige Ausbildung und Beruf.
3. Das Verständnis für indianische Rechte und gegenwärtige indianische Probleme zu vergrößern.
4. Die indianischen Schüler darauf vorbereiten, den wechselnden Bedürfnissen ihrer Leute gerecht zu werden.
5. Die Eltern in den Erziehungsprozessen mit einzubeziehen, und zwar als Lehrer und Schüler.
6. Die Teilnahme an Entwicklungen, Ausführungen und Bestimmungen auf Gebieten, die die indianische Erziehung betreffen.

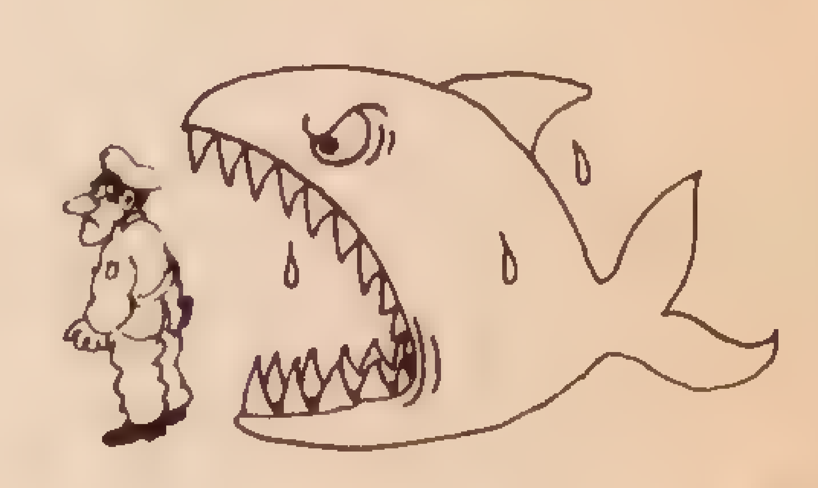
Die ‚Survival School' ist eine alternative Schule; obwohl wir nicht Teil des öffentlichen Schulsystems sind, arbeiten wir doch mit ihm zusammen und haben dessen volle Unterstützung. Den größten Teil des Lehrkörpers stellen die Indianer selbst. (...)Alle haben Erfahrung im Umgang mit Kindern. Sie haben mit Kindern gearbeitet, die als ‚Problemkinder' und ‚unerziehbar' galten — Kinder, die keiner wollte. Der gesamte Lehrkörper — Indianer wie Nichtindianer — wurde nach bestimmten Gesichtspunkten ausgesucht.Sie müssen Erfahrung im Umgang mit Kindern haben, deren Probleme im öffentlichen Schulsystem nicht bewältigt werden konnten. Eine andere Grundlage für die Auswahl ist ihre Fähigkeit, Lehrpläne zu entwerfen und auszuführen, die wichtig für die Bedürfnisse indianischer Schüler sind, sowie besondere Kenntnisse im Umgang mit Problemen wie Armut, Diskriminierung, labile Elternhäuser, Jugendkriminalität, Alkohol- und Drogenmißbrauch... Die einzelnen Fächer sind nicht isoliert voneinander. Sie werden als Teil des Ganzen gelehrt, des Kreises, von dem das ganze Leben ein Teil ist..."

aus: Pogrom, Nr. 30/51, Indianer sprechen; Hrsg.Gesellschaft für bedrohte Völker.

Wichtige Prinzipien indianischer Lebensgemeinschaft beschreibt auch der Ottawa-Indianer W.Pelletier über die Kindheit in einem indianischen Dorf: „...Wie ich schon vorher erwähnt habe, gab es in diesen Gemeinschaften keinerlei vertikale Strukturen. Was in diesen Gemeinschaften bestand, war geteilte Macht.Trotz allem, was so erzählt wird, hatten wir eigentlich keine Häuptlinge, das heißt, Leute, die Vorgesetzte waren. Wir hatten die Medizinmänner, die weise Männer waren. Die anderen waren in besonderer Weise Führer. Sie waren nicht das, was wir heute als Anführer betrachten. Es war eine besondere Art von Führerschaft, und diese bestand darin, daß diese Menschen besondere Fähigkeiten hatten, vielleicht beim Fischen oder Jagen. Sie übernahmen die Führung an einem Tag und sie legten sie nieder, wenn die Arbeit getan war. Sie hatten nur so lange Macht, wie etwas getan wurde. Die Macht war abhängig von den Dingen, die jemand in der Gemeinschaft tat, und er gebrauchte die Macht nur für die Dinge, die er tun wollte und gab sie dann sofort an jemanden anderes ab, so daß die Führung in einer Gemeinschaft an einem Tag oder in einer Woche mehrmals wechseln konnte..."

Als langfristige Perspektive eines gemeinsamen Kampfes ist von den Indianern geplant, im April nächsten Jahres mit dem Modell ihrer ‚Survival Schools' nach Deutschland zu kommen.

Kontaktadresse: **Clyde Bellecourt**
Dir.Federation of Native Control ‚Survival School'
1209 — 4th Street South-East
Minneapolis, Minnesota, 55414
Phone 612 379 1550



„RAUS MIT DEN TERRORWAFFEN AUS UNSEREN HAUSHALTEN"

HAMBURG-ALTONA 13. Oktober *Von der Bürgerinitiative „Raus mit den Terrorwaffen aus unseren Haushalten" aus Hamburg—Altona erhielten wir folgende Erklärung:*

„Aufruf an alle Altonaer Bürger

Bürger! Hiermit fordern wir euch auf, eure Waffen bei der zuständigen Polizeidienststelle abzugeben oder aber gegen Aushändigung eines Waffenscheins registrieren zu lassen. Nach neuesten kriminalistischen Erkenntnissen gelten folgende Gegenstände als Waffen:

- Pfefferstreuer
- Zitronen und Zitronensaftfläschchen
- Eierbriketts
- Camping-Bratpfanne
- Spirituskocher
- Motorradhelme
- Skibrillen
- Schlapphüte
- Flaschen (nicht nur alkoholischen Inhalts)
- Kleingeld zum Telefonieren
- Schraubenzieher

- Verbandskästen
- Wagenheber
- Halstücher
- Augentropfen
- Melonen
- Kerzen
- Bauhelme
- Fahrradschlösser
- Fahnenstangen (z. B. HSV)
- Thermosflaschen
- Motoröldosen
- Tampons

Kurz und gut: Bürger, überprüft euren persönlichen Besitzstand auf weitere ähnliche Gegenstände, die in ähnlicher Weise die öffentliche Sicherheit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) gefährden könnten!

Die stets für Recht und Ordnung streitenden Behörden unseres Landes sahen sich am letzten Samstag zu dieser auf den ersten Blick vielleicht etwas ungewöhnlichen, in der Tat jedoch von einem tiefen Verantwortungsgefühl zeugenden Gesetzesauslegung gezwungen. Denn an diesem Tage hatten sich 50.000 ungewaschene Radikale mit den obigen Gegenständen ausgerüstet, um — derart vermummt und bis an die Zähne bewaffnet — unser aller Staatsgewalt anzugreifen und arglose Bürger zu terrorisieren. (...)

Was soll das?

All die Gegenstände, die wir aufgeführt haben, wurden bei zigtausend von Atomkraftwerksgegnern während gründlich vorbereiteter Polizeikontrollen beschlagnahmt. 50.000 Menschen haben am 24. September in Kalkar gegen den „Schnellen Brüter" demonstriert. Weitere 20.000 Menschen kamen nicht ans Ziel, weil sie allzu oft (bis zu sechs Mal) an Straßensperren gestoppt wurden.

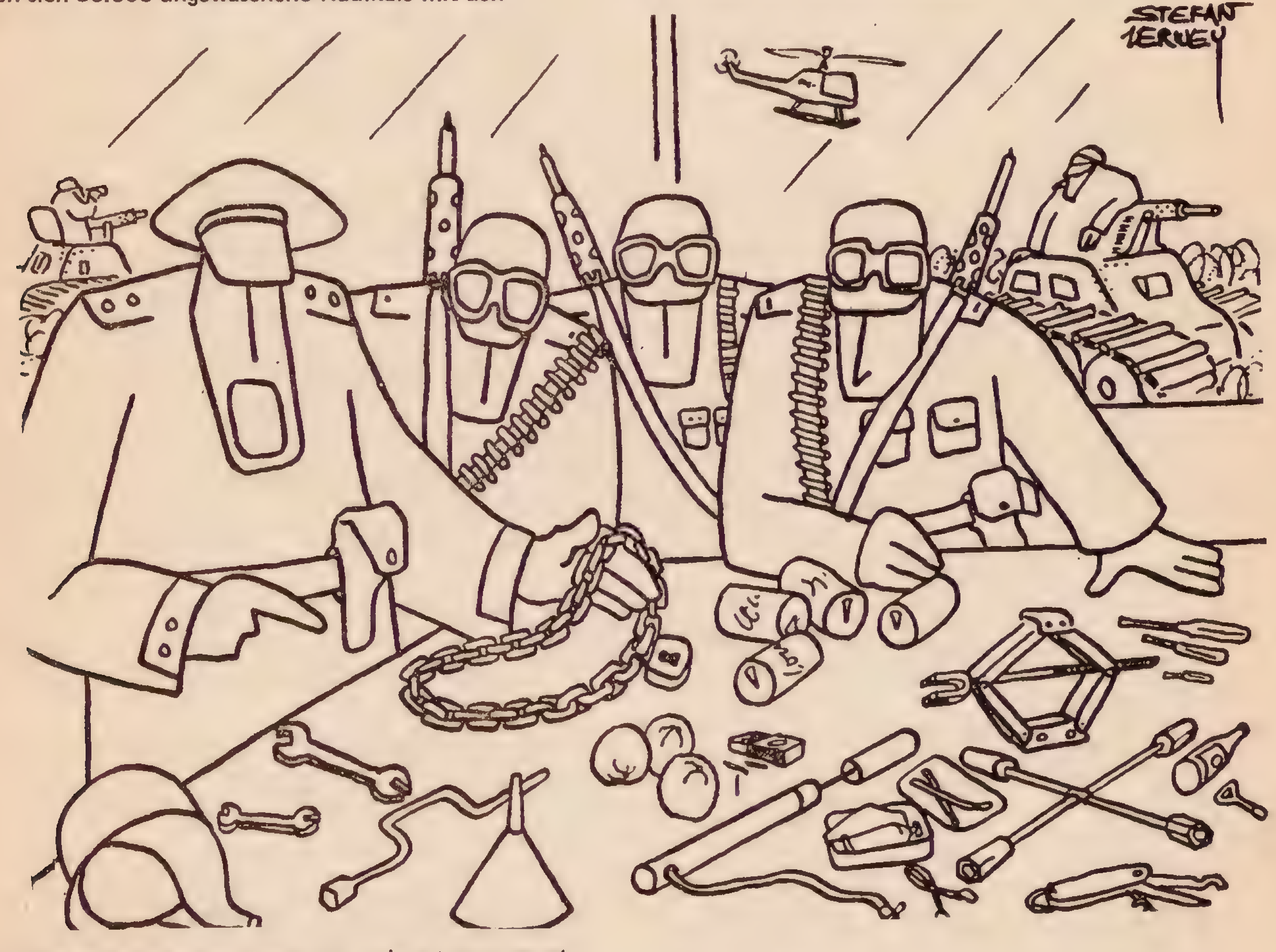
Hundertschaften von Polizei in Kampfausrüstung, bestückt mit Wasserwerfern, Panzerwagen und Tränengasbomben, hielten die Anreisenden absichtlich so lange auf, bis es ihnen nicht mehr möglich war, rechtzeitig nach Kalkar zu kommen. Sie mußten umkehren!

Zum Beispiel: ein Aufgebot von mehreren Hundert, mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten zwang sechs Busse aus Hamburg kurz vor Osnabrück zum Halten und hielt sie dort auf einem Autobahnparkplatz 9 (neun!) Stunden lang fest. In über 100 Städten der BRD wurden die Atomkraft-Gegner von insgesamt mehreren 10.000 Polizisten überfallen, oftmals zusammengeschlagen und vorübergehend verhaftet.

Warum dieser Terror?

Wieder einmal soll durch brutale Abschreckung verhindert werden, daß sich noch mehr Menschen unserer Bewegung anschließen, um sich gegen den Bau von Atomanlagen zu wehren nach dem Motto: Je größer die Schikane, um so kleiner der Widerstand ... Aber diese Rechnung geht nicht auf: wir lassen uns von der Regierung nichts vorschreiben. Wir wollen nach wie vor die Mittel und Wege selbst wählen, die uns — auch gegen Knüppel und Tränengas — helfen, wirksam weiterzumachen. Atomkraft: nein danke!

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
Stadtteilgruppe Altona-Ottensen



RUF' DOCH MAL AN ...

BAD SODEN
Oktober 77

In Bad Soden wird weiter nach den Schleyer-Entführern gefandet. Betroffene schreiben dazu:

„Vor genau einem Monat wurde eine Wohngemeinschaft im Haus Alleestr. 6 in Bad Soden durchsucht. Stichwort: Schleyer-Fahndung. Gestern nun, am 6.10. wurde das direkt daneben liegende Jazz- und Folklokal 'Guckkasten' in der Alleestr. 4 von einem ca. 35-köpfigen Polizeiaufgebot heimgesucht. (Gegen 22.30 Uhr). Die gesamte Straße war für jeden öffentlichen Verkehr gesperrt. Mehrere Mannschaftswagen waren rund um das Lokal geparkt. Der Eingang und auch der Nebeneingang wurden durch MP-bewaffnete Uniformierte abgeschirmt.

Im Lokal selbst ebenfalls schwer bewaffnete Polizei mit MPs sowie mehrere Zivilbeamte im abwechslungsarmen, und doch modischen BKA-Look.
Sie unterbrachen die gerade laufende Musikveranstaltung und führten bei sämtlichen anwesenden Gästen Personalkontrollen durch. Besucher, die sich gerade auf den Toiletten aufhielten, wurden an Ort und Stelle durchsucht.

Zunächst waren keinerlei Gründe für die Aktion in Erfahrung zu bringen. Es mochte sich auch so niemand recht als verantwortlich zeigen. Vielmehr bekam der Inhaber drei Telefonnummern angegeben, "wo er sich ja erkundigen könne". Er bekam bei keiner dieser Nummern die erhoffte Aufklärung. Proteste gegen die Maßnahmen wurden kommentarlos zurückgewiesen. Durchsuchungsbefehl – was wir schon ahnten – war Fehlanzeige.

Nach einiger Zeit bekam der Inhaber des 'Guckkasten' dann doch gesagt, worum es ginge. Nach einem anonymen Anruf bei der Polizei sei im Lokal ein Terrorist gesichtet worden. Und somit zeichnet sich eine neue Qualität des Denunziantentums ab: Nach dem Motto "Ruf' doch mal an" ist mittlerweile jeder dem Fahndungseifer der Polizei ausgeliefert.

Neu ist diese Methode nicht mehr: Vor kurzem mußte sich der Sohn des Schriftstellers Heinrich Böll eine Hausdurchsuchung eines 20-köpfigen Polizeiaufgebotes gefallen lassen. Veranlaßt wurde diese Aktion gleichfalls durch einen anonymen Anruf.

Die Reaktion der Besucher war durchweg gekennzeichnet von Unverständnis. Und vielleicht ist das der einzig positive Aspekt bei der Sache, nämlich, daß möglichst viele diese spezifische Weise von Öffentlichkeitsarbeit des BKA mitkriegen."

88 a K. O.

HANNOVER
Oktober 1977

Das Buchladenkollektiv Hannover schreibt:

„Heute hat das Buchladenkollektiv des Internationalismus-Buchladens Hannover die vorläufige Beschlagnahmung der Dokumentation „88 a in aktion oder wie man bücher verbrennt ohne sich die finger schmutzig zu machen" wieder aufgehoben: die nunmehr seit über einem halben Jahr verbotene Dokumentation über Staatsschutzaktionen gegen den linken Buchhandel kann ab sofort auch wieder im Internationalismus-Buchladen in der Königsworther Straße bezogen werden.

Das Vorgehen, Beschlagnahmeanordnungen eigenmächtig wieder aufzuheben, ist zweifelsohne unüblich. Wir haben uns zu diesem Schritt entschließen müssen, da von seiten der hannoverschen Staatsanwaltschaft keine ersichtlichen Anstrengungen unternommen worden sind, die gegen uns erhobenen Vorwürfe durch ein Gericht klären zu lassen: seit einem halben Jahr wandern die Akten zwischen der Staatsanwaltschaft Frankfurt und den hannoverschen Behörden hin und her, und niemand vermag Auskunft darüber zu geben, wer nun eigentlich für diese dubiose Beschlagnahmung zuständig ist.

Im März dieses Jahres beschlagnahmte ein ärgerlicher Polizeibeamter anläßlich einer Personenüberprüfung im Buchladen diese Dokumentation ohne Durchsuchungsbefehl und ohne amtsrichterliche Beschlagnahmeanordnung. Angeblich habe das BKA Wiesbaden die Beschlagnahme angeordnet. Solche schlicht verfassungsfeindlichen Aktionen der Exekutive gehören in Deutschland wieder einmal zur Tagesordnung. Die hannoversche Staasanwaltschaft lehnte es damals ab, eine Beschlagnahmeanordnung zu beantragen, ohne die Akten zu kennen: der Amtsrichter Klages hingegen entsprach dem Wunsch des Polizisten sofort: in der am Tag der Beschlagnahme erlassenen Anordnung ist bereits die Anzahl der beschlagnahmten Dokumentationen genannt.

Wir haben versucht, uns zu beschweren, doch unsere Beschwerde wurde vom Landgericht Hannover abgelehnt. Dafür hat das Gericht über unsere Gesinnung beschlossen: in der Begründung heißt es, die gesamte Dokumentation sei nur zu dem Zweck hergestellt und verbreitet worden, um die verbotene Zeitschrift 'Der Revolutionäre Zorn' wieder unters Volk zu bringen. Das rechtswidrige Vorgehen des Polizeibeamten und des Amtsrichters hingegen wurde mit keinem Wort gewürdigt. Deutschland, Deutschland über alles . . .

Seither haben wir nichts mehr gehört: die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat zwar dem Antrag unseres Rechtsanwalts auf Akteneinsicht zugestimmt, die überlassenen Akten aber waren unvollständig: es fehlten 10 Seiten, und aufgrund der von unserem Rechtsanwalt erhobenen Reklamationen schickten die Frankfurter drei weitere Aktenordner, in denen Fernschreiben gesammelt waren: zur Sache selbst und über den derzeitigen Ermittlungsstand hingegen war aus den gesamten Akten nichts zu erfahren.

Nun sind wir es müde, von staatsfreundlichen Behörden an der Wahrnehmung unserer verfassungsmäßigen Rechte gehindert zu werden. Wir sind gerne bereit, die gegen uns erhobenen Vorwürfe in einem ordentlichen Gerichtsverfahren klären zu lassen – auch im Hinblick darauf, daß wir aufgrund unserer Erfahrungen mit diesen deutschen Gerichten nicht mehr so ganz an deren Unabhängigkeit glauben können –, aber wir sind nicht willens, auf die Verbreitung einer Dokumentation über rechtsstaatliches Vorgehen so lange zu verzichten, wie dies die Schlampigkeit der in dieser Dokumentation beschriebenen Behörden uns vorschreiben will."

Kontaktadresse: **Buchladen, Königsworther Straße 19, Hannover**

WALLRAFF-FILM MUSS INS FERNSEHEN – SAGEN REDAKTEURE DES HR

FRANKFURT
11.Oktober

Der Redakteursausschuß des Hessischen Rundfunks hat sich für die Ausstrahlung des Wallraff-Films „Informationen aus dem Hinterland" im Fernsehen ausgesprochen und eine entsprechende Stellungnahme an den Intendanten des Hessischen Rundfunks, Werner Heß, geschickt. Die Stellungnahme wurde zumindest an zwei Orten, an denen der Wallraff-Film mit großer Resonanz gezeigt wurde, verlesen: bei der Internationalen Filmwoche in Mannheim und im Frankfurter Stadtteilkino Harmonie. Der Brief an Heß hat folgenden Wortlaut:

Hessischer Rundfunk
Redakteursausschuß

Frankfurt, 11.Oktober 77

An den Intendanten des
Hessischen Rundfunks
Herrn Werner Heß

im Hause

Betr.: Absetzung des Films „Informationen aus dem Hinterland" durch den Westdeutschen Rundfunk (WDR)

Sehr geehrter Herr Heß,

Der Schriftsteller Günther Wallraff hat vier Monate lang unter falschem Namen in der Redaktion der BILD-Zeitung gearbeitet,um die Praktiken dieses Blattes kennenzulernen und sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Der Regisseur Jörg Gförer hat im Auftrag des WDR einen Film über Wallraffs Tätigkeit bei BILD gemacht. Dieser Film wurde vom Schwedischen Fernsehen ausgestrahlt und wiederholt. Der WDR dagegen hat den Film kurzfristig aus dem Programm genommen.

Der Redakteursausschuß des Hessischen Rundfunks verurteilt diese erneute Einschränkung der Rundfunkfreiheit:

1. Es ist eine eindeutige Verletzung der Informationspflicht,wenn das Deutsche Fernsehen seinen Zuschauern vorhandene Informationen über die Praktiken der BILD-Zeitung vorenthält. Diese Zeitung ist in Verbreitung und Wirksamkeit das einflußreichste Presseorgan dieses Landes. Diese Zeitung verfälscht die Wirklichkeit; sie beteiligt sich derzeit auch in übler Weise an der Diffamierung kritischer Schriftsteller und Journalisten. Der Bürger der Bundesrepublik hat deshalb Anspruch darauf, von einem mindestens gleich wirksamen Medium über die Praktiken dieser Zeitung aufgeklärt zu werden.

2. Zu den sogenannten „qualitativen Gründen" für die Absetzung. Wir haben den Film noch nicht sehen können. Wir wissen aber aus unserer täglichen Praxis, wann die „Qualität" herhalten muß als Vorwand für die Absetzung, also praktisch für Zensur. Wenn zwei westliche Nachbarländer diesen Film ausstrahlen und wiederholen, kann er so schlecht nicht sein. Es ist noch kein Verantwortlicher im Deutschen Fernsehen auf die Idee gekommen, etwa amerikanische Serienschinken aus „qualitativen Gründen" abzusetzen.

3. Die als Absetzungsgrund aufgeführten „prinzipiellen journalistischen Bedenken" sind im WDR selbst umstritten — andernfalls wäre der Film gar nicht erst ins Programm gekommen. Wir halten in diesem Fall Wallraffs und Gförers journalistisches Vorgehen für legitim. Wie sonst hätte die Öffentlichkeit so konkrete Informationen über die Praktiken der BILD-Zeitung bekommen können?

4. Solange der Film wegen angeblich „rechtlicher Bedenken" der Fernsehöffentlichkeit vorenthalten wird, muß der Eindruck entstehen, daß der WDR vor der Macht des Springer-Konzerns kuscht. Schweden und Holland waren den Prozeßdrohungen des Hauses Springer ebenso ausgesetzt wie offenbar der WDR — und haben den Film dennoch gesendet. Dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen in der Bundesrepublik stünde diese Selbstverständlichkeit, die hierzulande bereits Mut genannt würde, gut an. Den immer heftiger werdenden Angriffen auf die Pressefreiheit muß der öffentlich-rechtliche Rundfunk entgegentreten, will er sich nicht selbst aufgeben.
Die öffentlich-rechtlichen Anstalten dürfen im Sinne ihres journalistischen Auftrages das Risiko eines Prozesses auch gegen das Haus Springer nicht scheuen, um das Recht des Zuschauers auf freie Information zu sichern.

Aus diesen Gründen bittet der Redakteursausschuß des Hessischen Rundfunks seinen Intendanten als den Vorsitzenden der ARD, sich beim WDR nachdrücklich für die Ausstrahlung des Films ‚INFORMATIONEN AUS DEM HINTERLAND' einzusetzen.
Sollten Sie damit keinen Erfolg haben, bittet der Redakteursausschuß, den Film als Beitrag des Hessischen Rundfunks ins ARD-Programm einzubringen, zumindest aber, ihn im Dritten Hessischen Fernsehprogramm auszustrahlen.

Der Zuschauer ist mündig genug, sich anhand der angebotenen Informationen ein eigenes Bild zu machen.

Für den Redakteursausschuß des Hessischen Rundfunks:

Peter Strauß	Wolf Lindner	Jürgen Kritz
HF-Abendstudio / Feature	Freie Mitarbeiter	FS - Kunst und Literatur

BUCH "IM NETZ DER JUSTIZ"

AUGSBURG 7. Oktober — *Erklärung des Verlages "Bernhard D'Alber" zur Beschlagnahmung seiner Buchmesse-Erstausgabe:*

"Kurz vor Beginn der Internationalen Buchmesse Frankfurt haben am 7. Oktober früh um 7 Uhr Augsburger Kriminalbeamte die gesamte Erstlings-Auflage des Buches "Im Netz der Justiz - praktiziertes Unrecht in der Bundesrepublik" beschlagnahmt.

Dem Autor D'Alber, der jüngst durch sein Gnadengesuch im Justizfall Brühne-Ferbach bekannt wurde, wird von Augsburger Ermittlungsrichtern vermutete Justizbeleidigung vorgeworfen.

Unter anderem ist auf Seite 215 des beschlagnahmten Buches in einer internationalen Statistik dargestellt, daß der freiheitliche Rechtsstaat Bundesrepublik den "Europarekord" der Gefangenen-Quote hält:
Mit 81 Eingesperrten auf je 100 000 Einwohner. In den Niederlanden liegt diese "Einsperr-Quote" der Justiz bei 22, in Norwegen bei 37, in Frankreich sind es 59 Häftlinge auf 100 000 Franzosen.

In der westlichen Hauptstadt Bonn der beiden deutschen Halbstaaten wurde bei Bürgerrecht-Tests sogar festgestellt, daß Einwohner schon wegen 5 DM verweigerten Autoparktributs mehrtägig in behördliche Erpressungshaft gezwungen werden. Beschlagnahmen an Menschen und Büchern durch künstliche Kriminalisierungsbehörden gelten bei Staatswissenschaftlern seit je als Amok-Symptom einer geistesgestörten Filzokratie.

Verlag Bernhard D'Alber
89 Augsburg 21
Roseggerstr. 3
Tel. 0821/ 345 182 "

VOR DEM DRUCK DEN RECHTSANWALT GEFRAGT

GÖTTINGEN 13. Oktober — Vor dem Druck einer Dokumentation des amtsenthobenen Göttinger AStA hat die Druckerei von einem Rechtsanwalt ein Gutachten anfertigen lassen. Sie hatte die Befürchtung, als „Terroristendruckerei" in die Hetze miteinbezogen zu werden und wollte sich absichern. Die beauftragte Kanzlei hat in sechs Fällen Änderungen vorgeschlagen, auf die die Herausgeber nicht eingegangen sind.

"Sehr geehrte Frau !

Nach § 88 a StGB ist auch die Herstellung von Druckschriften mit verfassungsfeindlicher Befürwortung von Straftaten strafbar.
In diesem Sinne habe ich Bedenken gegen den auf Seite 2 enthaltenen Satz: „ In kritischen Zeiten erfordert der Schutz der Verfassung den Bruch der Verfassung." Wenn auch möglicherweise diese Aufforderung nicht mit Gewalt oder Drohung verbunden ist, so könnte doch unter den gegenwärtigen kritischen Verhältnissen hierin die Aufforderung zum Hochverrat gegen den Bund oder gegen die Bundesrepublik erblickt werden. Ich habe diesen Satz auch mit dem Vorsitzenden einer hiesigen Strafkammer besprochen, der diesen Satz auch für bedenklich hält.
Sodann erachte ich auch die auf Seite 5 oben enthaltende Karikatur eines Richters für eine Verunglimpfung des Staates und seiner Organe (§90 a StGB).

Das gleiche ist anzunehmen, wenn auf Seite 17 von Frechheit der Landesregierung, von deren Hetz- und Abwürgepolitik gesprochen wird und schließlich auch auf Seite 19 von einem völlig haltlosen Willkürakt und Terrorurteilen.

Auch die Zitierung von KVV vom 19.9. enthält eine Verunglimpfung der Bundesregierung, wenn von dem künstlichen und verlogenen von der Schmidt-Regierung geschaffenen Klima die Rede ist, desgleichen von der politischen Unterdrückung in der BRD.

Auf Seite 21 ist weiterhin die Rede von der Gewalttätigkeit des herrschenden Systems.

Das auf Seite 23 wiedergegebene Urteil des Amtsgerichts Düsseldorf hält zwar das berüchtigte Buback-Flugblatt nicht für strafwidrig. Es ist aber nicht zu erkennen, ob dieses Urteil angefochten wurde und rechtskräftig ist.

Die gesamte Dokumentation versucht im übrigen, in sachlicher Weise gegen die Amtsenthebung des AStA Stellung zu beziehen. M.E. bestehen keine Bedenken gegen die Drucklegung, wenn die von mir oben zitierten Äußerungen und Karikaturen entfernt und damit ein völlig sachlicher Inhalt hergestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Landgerichtsrat a.D. als amtlich bestellter Vertreter des Rechtsanwalt. "

ZENSUR BEI DER „ZENSUR"

OLDENBURG
Oktober 1977

Die „Zensur" ist eine Schülerzeitung des Schulzentrums Alexanderstraße. Die Redaktion wurde im September von der Polizei heimgesucht. Innerhalb der Redaktion gibt es die vage Vermutung, daß ein Grund dafür Kleinanzeigen in einer der vergangenen Nummern waren. Diese waren von Lesern eingereicht und bezahlt worden. Z.B.: „Gestern abend, am 5.9., fiel uns der Schleyer von den Augen!" und ähnliches nicht sehr Originelles. Die Schüler schreiben zu der Durchsuchung u.a.:

„Am 22.9.77 wurde in die Redaktionsräume in der Georgstrasse eingebrochen.

Als einer unserer Redakteure gegen 14.30 Uhr zur Georgstrasse kam, fuhr ein PKW mit hoher Geschwindigkeit aus der Ausfahrt. Als der Redakteur die Räume betrat, konnte er feststellen, daß diese, besonders der Raum mit unseren Unterlagen, gründlich durchwühlt worden waren. Zeitungen lagen verstreut auf dem Fußboden, mehrere Rechnungen, unsere Post-Akte (u.a. mit Briefen anderer Schülerzeitungen), sowie die Liste mit unseren Adressen waren verschwunden. In den anderen Räumen waren die Heizkörper abgerückt, Regale durchwühlt und Verkleidungen von Nischen entfernt, die uns bis jetzt selbst unbekannt waren.

Uns ist unverständlich, warum überhaupt eingebrochen wurde, denn unsere Unterlagen stehen jedem zur Ansicht zur Verfügung. Deshalb werden wir die verbliebenen Unterlagen bei unserer Fete am 22.10. zeigen.

Folgende Umstände der Durchsuchung gaben uns zu denken:

1. Der vermutlich selbe Wagen, der aus der Ausfahrt kam (OL-LT 478), wurde direkt danach noch mehrmals in der Georgstraße gesehen. Seine Nummer wurde in ZENSUR 8 in der Rubrik „Vor diesen Autos wird gewarnt" veröffentlicht.
2. Am Abend vor der Durchsuchung erwähnte der Vermieter einem Redaktionsmitglied gegenüber, „daß die Polizei heute wieder da war".
3. Mehrere Redaktionsmitglieder gewannen den Eindruck, daß die Gebäude in der Georgstraße schon längere Zeit beobachtet wurden. Einige Redakteure fühlten sich auch beobachtet (z.B. vor und nach Redaktionssitzungen).

Selbstverständlich haben wir Anzeige wegen Einbruch und Diebstahl erstattet. Trotzdem bleibt uns dieser gemeine und hinterlistige Einbruch unverständlich. Wir können uns nicht vorstellen (nein, nein), wer uns auf diese Art mundtot machen will. Wir haben nichts zu verheimlichen und finden es daher besonders unfair, daß es Leute gibt, die mit solchen Mitteln gegen uns zu kämpfen versuchen. Zwar sind uns keine materiellen Werte abhanden gekommen, aber dafür Unterlagen, die für unsere Arbeit wichtig sind, u.a. auch die Liste mit unseren Adressen. Da wir nicht wissen, in wessen Händen sich die Liste jetzt befindet, sind wir natürlich beunruhigt und fühlen uns auch persönlich dadurch bedroht.

Dieser Einschüchterungsversuch hat nicht gewirkt. Wir werden unsere Zeitung weitermachen.

**Kontaktadresse: Schülerzeitung „Zensur"
c/o Claus Spitzer
Westersteder Str. 2, 2900 Oldenburg**

NOCH EINE SCHÜLERZEITUNG UNTER DRUCK

*DILLINGEN
Oktober 1977*

Dillinger Schüler haben ein Flugblatt gemacht, in dem sie beschreiben, wie ihre Schülerzeitung vernichtet wurde und wie Schüler unter Druck gesetzt werden, die sich dagegen wehren:

"Die "Zündschnur" war eine Dillinger Schülerzeitung. Nachdem sie sich u.a. kritisch mit Religion und Bundeswehr auseinandergesetzt hatte, wurde sie im Nov.'76 wegen "Verstoß gegen die allgemeine Schulordnung" von Brill (Direktor des Dillinger Gymnasiums) verboten. Um sich gegen diese und andere Unterdrückungsmaßnahmen in der Schule zu wehren, organisierten sich kritische Schüler in der Dillinger Schülerfront (DSF). Im März dieses Jahres hängten Schüler eine Wandzeitung ans Schwarze Brett der Schule. Sie beschäftigte sich
- mit dem Berufsverbot eines Lehrers, der am Dillinger Gymnasium unterrichtete; übrigens das erste offizielle Berufsverbot im Saarland.
- mit dem Verbot der "Zündschnur"
- mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit am Dillinger Gymnasium. Für die Kritik an einem Lehrer: "Sie manipulieren den Kurs permanent", gibt es einen schriftlichen Verweis.

- mit Psychoterror (Zitate der Schulleitung: "Stellen Sie ihre Untergrundtätigkeit ein, bei den letzten beiden Arbeiten haben Sie ja gesehen, daß ich Sie in der Hand habe."
  Keipke Oberstudienrat:"Wenn Sier mir Informationen über die DILLINGER SCHÜLERFRONT liefern, werde ich das entsprechend honorieren.") Alle Zitate sind durch Zeugen abgesichert.
- mit Prügelpaukern.

Unmittelbar nach dem Aufhängen der Zeitung wurde sie von der Schulleitung abgerissen und Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt! Die Zensur des schwarzen Brettes wurde verschärft, einige schwarze Bretter sogar entfernt (inzwischen, seit Donnerstag, dem 15.9. alle). Doch dabei bleibt die Schulleitung nicht stehen. In einem Brief an die SAARBRÜCKER ZEITUNG werden verleumderische Vorwürfe gegen Zündschnurredakteure und die Schülervertretung erhoben. ....

Die zunehmende Kritik der Schüler wurde mit wachsenden Unterdrückungsmaßnahmen des Schulapparates beantwortet. Dann kommt es zu einer wahren Schulstrafenwelle:
- Tadel für Zuspätkommen und mangelhafte Mitarbeit
- Verweise für Täuschungsversuche (sonst höchstens mit einer 6 geahndet), Fehlverhalten (trotz vom Lehrer anerkannter Entschuldigung) und kritische Meinungsäußerung.

Kurz vor den Sommerferien soll schließlich ein Schüler von der Schule fliegen. Eine von der Schülermitverwaltung einberufene Schülervollversammlung der Oberstufe will über Maßnahmen gegen diesen Rausschmiß diskutieren.

Diese Versammlung ist einer Reihe von Schikanen seitens der Schulleitung ausgesetzt. So wird die Aula, obwohl sie frei ist, nicht zur Verfügung gestellt. Die Versammlung findet in der Turnhalle statt. Lehrer am Eingang der Turnhalle beschimpfen eintretende Schüler. Demonstrativ zücken sie während der Vollversammlung ihre Notenbücher und vermerken Schüler, die sich kritisch äußern. Mit Zwischenrufen und Wortmeldungen stören sie die Versammlung. Geladene Referenten der Landesschülervertretung wurden erst aus der Turnhalle verwiesen, als dann die Versammlung auf den Schulhof verschoben wurde, auch von diesem. Inzwischen kommen mehrere von der Schulleitung angeforderte Polizisten an.

Trotz Angstmacherei kommt ein Beschluß der Schülerschaft der Oberstufe gegen diesen Rausschmiß endlich zustande. Um eine Gegenwehr der Schüler unmöglich zu machen, findet die Gesamtkonferenz, die den Rausschmiß endgültig beschließt, am letzten Tag vor den Ferien nach der Zeugnisvergabe statt. In einem Rundschreiben des Personalrates an sämtliche Klassen wird der gewählte Schülerrat nicht mehr als rechtmäßig anerkannt. Als die Schülervertretung nach den Ferien in ihren Raum will, bemerkt sie, daß die Schulleitung zwischenzeitlich das Türschloß ausgewechselt hat."

DILLINGER SCHÜLERFRONT

Kontaktadresse:

Sozialistische Basisgruppe Völklingen
c/o Frank Kramer
Postfach 1643
6620 Völklingen

EIN ANONYMER BRIEF UND EINIGE GEDANKEN DAZU

FREIBURG 12.Oktober

"Es ist die fast unlösbare Aufgabe, sich von der Macht der anderen und der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen zu lassen." (T.W.)

Als am Dienstag der anonyme Brief von 47 Freiburger Lehrern in der Redaktionspost lag, ist mir der Hut hochgegangen. Die Lehrer wehren sich (anonym) gegen ein Verbot des Liedes vom Baggerführer Willibald. Laut Anordnung von einem Oberschulamtstypen namens Göggel soll es im Unterricht nicht mehr gesungen werden dürfen.

Aber warum wehren sie sich anonym? Sicher, aus Angst. Nämlich davor, wie sie schreiben, kriminalisiert und als Terror-Sympathisanten eingestuft zu werden. Also gehen sie in die Illegalität und Anonymität und schreiben einen anonymen Brief. Damit sind sie aber spornstreichs da, wo sie eigentlich nicht hinwollten: Im Untergrund, im Sumpf. Sie machen aus dem (immer noch) legalen Protest gegen eine Amtsanordnung eine Nacht- und Nebel-Aktion.

47 Lehrer in einer Stadt sind nicht wenig, und wenn ich den Brief ernstnehme, muß ich glauben, daß es wirklich so viele waren. Und sie alle lassen sich ihre Rechte so einfach aus der Hand schlagen und kriminalisieren sich selber, liefern Argumente, daß sie das Tageslicht zu scheuen hätten und ähnliches mehr.
Unsere " demokratischen Rechte" werden immer mehr zur Farce durch reaktionäre Gesetze und die schleichende Inflation der Angst vor der Meinung von Nachbarn, Kollegen, Passanten, Vorgesetzen; die FDGO, auf die ein Lehrer zu schwören hat, ist mittlerweile arg zerfleddert. Aber dennoch meine ich, daß wir auf keinen Millimeter unserer Rechte freiwillig verzichten dürfen, wenn die Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstands nicht Lethargie und Ratlosigkeit weichen soll.

Die Hetzkampagne in den Massenmedien, die alle diejenigen trifft, die Widerstand leisten, gleich ob gegen AKWs, Notstandsgesetze, Kontaktsperre, Aushöhlung der Pressefreiheit, 88a, Zensur, Berufsverbote oder das Verbot von Liedern, mag für die Lehrer ein Grund gewesen sein, die Anonymität zu wählen. Allzu leicht werden Lehrer, Professoren, Autoren zu Sympathisanten des Terrors, zu Schreibtischtätern und Verführern der Jugend gestempelt. Wer sich nicht von der RAF und ihrer Politik distanziert, ist vorab verdächtig. Sich mit der RAF auseinanderzusetzen ist für Linke, Liberale, Demokraten, auch radikale Linke inhaltlich notwendig, dies jedoch nicht in der Form von "Ich habe damit beileibe nichts zu schaffen", denn die Verhaftungs- und Diskriminierungswelle , die über die Verteidiger der RAF-Gefangenen hereingebrochen ist, richtet sich nicht nur gegen diese, sondern läßt jeden mit einem Bein im Gefängnis stehen, der diese Gesellschaft kritisieren oder verändern will. Es ist m.E. eine Illusion, zu glauben, ohne die RAF-Strategie wäre alles anders. Für Notstandsgesetze, Diskriminierung von AKW–Gegnern und Berufsverbote war der Einfluß dieser Gruppe auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit unerheblich.

Schleyer/Ponto/Buback sind geeignet, die Atmosphäre des Rundschlags gegen jede linke oder kritische Politik jetzt und heute zu erzeugen, Differenzierungen nicht mehr zuzulassen und jeden Widerstand auf die Formel zu verkürzen, daß wer das Vertrauen in den Staat erschüttert, den Weg für Terror - also den bewaffneten Kampf in den Metropolen - vorbereitet.

Dieser Linkenhatz entgehen wir nicht, indem wir uns distanzieren und verstecken. Eine Inflation des Begriffs Terror wäre es, zu sagen, in Kalkar haben 50.000 Terroristen demonstriert, die sich durch ihre physische Anwesenheit zum Widerstand bekennen - wir sind alle Terroristen, weil wir Widerstand leisten. Wir sind Sympathisanten oder brave Bürger. Es soll suggeriert werden, daß es nur diese beiden Möglichkeiten gibt. Nachgedacht werden darf über diesen Staat weder laut noch leise, auch nicht anonym. Es ist bedenklich, wie leicht wir die Klischees der bürgerlichen Medien übernehmen: Terroristen und Sympathisanten. Daß die Szene der Sympathisanten mittlerweile vom Bischof Scharf bis zur Luise Rinser, von Jungdemokraten bis zu DKPlern gespannt wird, bedeutet eine Bedrohung, der zu begegnen ist, und zwar trotz inhaltlicher Differenzen gemeinsam und nicht anonym.
Angst ist legitim und verständlich. Nur wenn wir uns selbst der Angst so hilflos ausliefern und uns die Jacke anziehen, die die Reaktion gerade für uns häkelt, basteln wir mit an unserer eigenen Liquidierung. Ich stelle fest, wir sind keine Terroristen und auch nicht anonym. Und wir protestieren noch immer laut und deutlich gegen das Verbot von Liedern und vieles anderes mehr.

Der anonyme Brief kann der Beginn einer Diskussion sein, die auch über den ID laufen könnte, weil wir uns selbst damit herumschlagen, daß unsere Phantasie an Lähmungserscheinungen leidet(Vielleicht sollte man den Willibald nächstens summen).

Die Lehrer, denen wir auch über zwar nicht anonyme, aber doch informelle Wege unsere Bedenken haben zukommen lassen, meinten, sie wollten durch diesen anonymen Brief aufzeigen, wie beschissen die Situation mittlerweile ist. Gerade in Freiburg sei die Repression gegen die Lehrer besonders stark, etliche Leute seien vom Berufsverbot bedroht. Sie wollten mit dem Brief die Angst öffentlich machen.

Nachstehend der Brief:

OFFENER BRIEF AN DAS OBERSCHULAMT FREIBURG:

11.10.77 „Um es vorweg zu sagen: wir wählen diesen etwas ungewöhnlichen, indirekten Weg, Fragen an das Oberschulamt Freiburg zu stellen, weil wir - Lehrer/Lehrerinnen an verschieden Schulen Freiburgs - uns nicht mehr trauen, direkt zu fragen. Wir befürchten nämlich, daß schon Fragen einen sofort in eine bestimmte - die linke, linksextreme, linksradikale, Sympathisanten-, Extremisten- und Terroristen-Ecke drängen. Wie wir gehört haben, soll von Herrn Göggel, Oberschulamt Freiburg, angeordnet werden (oder wurde bereits), daß das Kinderlied "Der Baggerführer Willibald", das neben vielen anderen Liedern mit Beginn des neuen Schuljahres im Rahmen von rhytmischen Übungen gesungen wurde, im Unterricht der Orientierungsstufe der Staudinger Gesamtschule nicht mehr verwendet werden darf.

1. Frage: Stimmt das? Wenn ja, warum?
2. Frage: Gilt das "nur" für die Gesamtschule oder auch für andere Schulen?
3. Frage: Unseres Wissens bestimmt das Kultusministerium die Unterrichtinhalte und nicht das Oberschulamt. Auf welcher rechtlichen Grundlage steht die Entscheidung des Oberschulamtes, ob ein Lied gesungen werden darf oder nicht?
4. Frage: Die Anordnung, erteilt durch Herrn Göggel, wurde bislang der Schule nicht mitgeteilt, wohl aber dem Elternteil, der die Beschwerde gegen das Lied geführt hat, heißt es. Warum sind nicht die Schulleitung und die betroffenen Lehrer vorher befragt oder zumindest gleichzeitig informiert worden.

Da wir (leider) anonym bleiben (müssen), sind wir mutig und erklären, daß wir dieses Verbot als einen einschneidenden und beängstigenden Angriff auf die Freiheit der Information und Meinungsbildung verstehen.

Wir bitten Sie, nicht zu vergessen, uns zu antworten.

(47 Lehrer)

Dieser Brief ging an das Oberschulamt (speziell dessen Präsidenten, Prof. Kindler, und besagten Göggel), an das Kultusministerium (Herrn Piazolla), die GEW, Mitglieder des Landtags, den Stadtrat von Freiburg, die dpa, an den Schwarzwälder Boten, die Badische Zeitung, Päd. Extra, Freiburger Stadtzeitung, den Lokalanzeiger. Er soll eine Reaktion der Institutionen bewirken. Außerdem teilten Freiburger mit, daß es mittlerweile eine Initiative von Eltern gibt, die gegen die Liedzensur protestieren wollen.

Mittlerweile gibt es auch eine Äußerung des Landesschulamtes zu dem Verbot von "Willibald". In einem Brief, der auf den 26. September datiert und an die Leitung der integrierten und differenzierten Gesamtschule Freiburg-Haslach, S Staudinger Str. 10, gerichtet ist, aber erst jetzt bekannt wurde, heißt es:

" Betr. Musikunterricht der Jahrgangsstufe 5, verwendete Unterrichtsmaterialien.

Dem Oberschulamt Freiburg liegt eine Beschwerde von Elternseite darüber vor, daß beiliegender in seiner Zielrichtung sehr einseitiger Text im Musikunterricht der Jahrgangsstufe 5 an der Staudinger Schule verwendet wurde.

Die Schulleitung wird gebeten, diesen Sachverhalt zu prüfen und bis zum 30. Oktober 1977 hierher zu berichten, ob und in welchen Klassen der Text Verwendung gefunden hat. Gleichzeitig ist zu klären, ob er Bestandteil der von der Fachkommission Musik für den Unterricht entworfenen curricularen (Unterrichtseinheiten, Anm. d. Red.) Materialien ist. Das Oberschulamt, das die Verwendung eines Textes von so extremer Einseitigkeit an der Schule keineswegs billigen kann, ordnet für den Fall, daß dieser Text tatsächlich im Unterricht verwendet wird bzw. wurde, an, das ab sofort nicht mehr damit gearbeitet werden darf. Das Oberschulamt bittet, gleichzeitig mit dem Bericht alle in der Orientierungsstufe derzeit verwendeten Unterrichtsmaterialien, auch solche, die nicht von der Fachkommission erarbeitet worden sind, hierher vorzulegen. Göggel"

NOCH EIN ANONYMER TEXT

HAMBURG
Oktober 1977

„Endlich in eigener Sache.

Diese 5. Ausgabe soll auch die letzte sein. Mit ihr erklären wir alle vorherigen für null und nichtig: wer einen solchen Nullpunkt des Ausdrucks erreicht hatte, konnte nur verschwinden. Einen wirklich „neuen Anfang" kann es nur auf einer völlig anderen Ebene geben: der Ebene der Revolutionierung des alltäglichen Lebens. Durch das Ende der Schule und über dieses hinaus."

Mit dieser Bemerkung veröffentlichten wir den Text über „DAS ENDE DER SCHULE" und wir entliehen uns hierfür den Namen und Umschlag der Schülerzeitung „DIE LUPE", deren Herausgabe die Junge Union am Gymnasium St. Georgen, Hamburg, betreibt. Damit der von uns gewählte Rahmen der Aktion erhalten blieb, mußten wir allerdings vorher das gleichzeitige Erscheinen einer Sondernummer der „LUPE" zu den

Schulsprecherwahlen verhindern. Dieser Umstand, die angesagten Schulsprecherwahlen – ihr Termin fiel nur zufällig mit dem Zeitpunkt unserer Aktion zusammen – und die chronische Langeweile der architektonisch und pädagogisch modernisierten Schule bildeten das Klima für das anonyme Auftauchen unseres Textes, dessen Verteilung wir so organisiert hatten, daß die Akteure im Dunkeln blieben. Wie sich denken läßt, erregte dies die Gemüter der verschiedenen in der Schule heimischen Politikanten und Beamten. In konzertierter Aktion gingen sie vor: die Jagd auf das Pamphlet, das die Skandalösität der Wirklichkeit dieser Institution ausdrückt, wurde eröffnet, und sie bewies die Wirklichkeit des Skandals. Die Jagdgesellschaft von Jusus, JU-Pimpfen bis zu den Lehrern und dem Direktor beschlagnahmte die meisten der verteilten Exemplare. Sie zu besitzen war verboten. Schüler wurden verdächtigt. Verhöre wurden inszeniert. Die Polizei mußte sich in der Schule zeigen.

Allen Lehrern war der Text zugänglich, und unter einem Teil von ihnen konnte man eine 'klammheimliche' Zustimmung finden. Die Schüler, bei denen das Interesse wesentlich größer ist, verfügten anfangs nur über sehr wenige Exemplare, doch die Möglichkeiten, sich weitere zu verschaffen und die geheime Verteilung fortzusetzen, wurden bald entdeckt und genutzt.

Eine Woche später tauchte derselbe Text mit neuem Umschlag „ATLAS FÜR HAMBURGER SCHULEN" (Herausgeber: die Schulbehörde), an 12 weiteren Schulen in Hamburg Mitte auf. Wir hatten auch diesmal für eine völlig anonyme Verteilung gesorgt, die von Eingriffen seitens der Lehrer oder der Schulleitung ungestört unsere Kritik in die Hände der Schüler brachte. In derselben Art wird die Verbreitung des Textes an noch mehr Schulen in Kürze fortgesetzt; wir werden dies auch auf andere Bundesländer ausdehnen.

Die Kritik greift zu einem Zeitpunkt ein, an dem der Kampf um die Schulgesetzreform sich zwar radikalisiert hat, aber in der Gefahr ist, in einem Kampf um die Art der Verwaltung der Schule stecken zu bleiben. Demgegenüber haben wir die revolutionäre Perspektive aufgezeigt, für die nicht die Abschaffung „reaktionärer Schulgesetze", sondern das Ende der Schule die Minimalforderung ist. Die Kritik an der Schule hat sich lange genug im Grabenkrieg um „berechtigte Interessen", Reformmodelle und Ausnutzung anerkannter Rechte blockieren lassen. Sie kann heute einen Weg beschreiten, auf dem die Institutionen in ihrer Gesamtheit angegriffen wird.

Der Text ist über folgende Adresse zu beziehen:

Hälfte des Himmels, Schlüterstraße 79, 2000 Hamburg 13

Er kostet 1,-- DM un umfaßt 36 Seiten.

GESELLSCHAFT DER JAHRESZEITEN"

BUBACK - NACHRUF - BEREINIGUNG EINER DIENSTLICHEN ANGELEGENHEIT

OLDENBURG/ BRAUNSCHWEIG 11. Oktober

Die Oldenburger und Braunschweiger Professoren, die die Buback-Dokumentation herausgegeben haben, veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zu ihrer Unterschrift unter die Gesinnungserklärung des Prof. Pestel, Minister für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen.

Anzeige einer auferlegten Selbst-Anzeige

Hiermit geben wir bekannt, daß wir die folgende, von unserem Dienstvorgesetzten, dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Ing. Dr. h.c. Eduard Pestel verfaßte und von ihm der Öffentlichkeit übergebene Erklärung unterzeichnet haben:

"Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der niedersächsischen Landesregierung zur Herausgabe der Dokumentation "Buback - ein Nachruf" erkläre ich:

Mord oder Entführung oder überhaupt den Einsatz von Gewalt lehne ich in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat unter jeder Bedingung ab. Deshalb verurteile ich terroristische Handlungen und alle Versuche, diese zu rechtfertigen.
Ich bin mir bewußt, daß ich als Beamter eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staate habe. Diese fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Ich werde meiner politischen Treuepflicht nachkommen. Diese hat sich insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen zu bewähren, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift.
Ich distanziere mich in aller Form von dem Verfasser und dem Inhalt des sog. Buback-Nachrufs."

Der Minister hatte uns am 22.9.77 ultimativ aufgefordert, innerhalb einer Woche diesen Text zu unterzeichnen, da er "keine andere Möglichkeit" sehe, "die Angelegenheit zu bereinigen". Ausgenommen von der Aufforderung ist unser Kollege Peter Brückner, gegen den weitere Vorwürfe in die Ermittlungen einbezogen wurden, die sich auf seine Schrift "Die Mescalero-Affäre - ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur" (Prolit, PF 2969, 63 Gießen) sowie auf ein angebliches Interview mit einem niederländischen Sender, das inzwischen von Brückner und dem betreffenden Journalisten richtiggestellt wurde, beziehen.
Der Minister hat am 6.10.77 der Presse mitgeteilt, die Ermittlungen gegen uns würden eingestellt, und die Erklärung zusammen mit der Stellungnahme unserer Verteidiger hierzu veröffentlicht.

I.

Nach Auffassung unserer Verteidiger gibt es für das Verlangen des Ministers, diese von ihm vorgegebene und zu veröffentlichende Erklärung zu unterzeichnen, keine Rechtsgrundlage. Sie halten sie für überflüssig, mißverständlich und diskriminierend, da wir nicht den Anschein erweckt haben, der durch diese Erklärung nahegelegt wird, und da wir durch die Herausgabe der Dokumentation keine Dienstvergehen begangen haben. Es handelt sich um eine gesonderte politische Treueerklärung, die von der allgemeinen Treueverpflichtung des Beamten in Form und Inhalt abweicht. Damit wird der Eindruck erweckt, wir hätten uns bisher nicht "eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren". Es wird auch unterschlagen, daß wir bereits in der Dokumentation und in weiteren Stellungnahmen unsere grundsätzliche Distanz gegenüber Denkweise, politischem Selbstverständnis, Fühlen und Sprache des unbekannten Verfassers des sog. Nachrufs bekundet haben. Der Minister verstößt - so meinen unsere Verteidiger - gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber den Beamten, insbesondere gegen seine Verpflichtung, alles zu unterlassen, was eine öffentliche Diskriminierung eines Beamten zur Folge haben kann, wodurch die Erhaltung von "Achtung und Vertrauen, die sein Beruf erfordert" (§ 62 Nds.Beamtengesetz), gefährdet werden könnte.

II.

Von Seiten unserer Verteidiger ist auch energisch kritisiert worden, daß die vielen öffentlichen Erklärungen des Ministerpräsidenten Albrecht den Eindruck erweckt haben, daß beabsichtigt sei, das Verfahren entgegen dem Disziplinarrecht grundsätzlich medienöffentlich zu führen und daß das Ergebnis ohne Rücksicht auf den Ausgang der Ermittlungen von vornherein feststehe. Wir müssen darauf hinweisen, daß auch Mitglieder der Landesregierung durch ihre "politische Propaganda gegen die Professoren" (so Senator Glotz, SPIEGEL, 3.10.77) in der Öffentlichkeit den Anschein erzeugt haben, wir hätten uns mit dem 'Buback-Nachruf' identifiziert (so zuerst Minister Pestel am 27.7.), hätten "längst Partei ergriffen" (Pestel am 1.8. und zwar im Sinne "einer eindeutigen Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus"; wir seien "Lobredner des Terrors", gegen die auch "politische Mittel auszuloten" seien, um sie "von den Hochschulen zu scheuchen" (so Minister Hasselmann am 1.8.); wir würden "mit dem Terror sympathisieren", seinen "mitschuldig" und müßten dafür "zur Rechenschaft gezogen werden" (so Ministerpräsident Albrecht auf dem Landesparteitag der CDU am 11.9., in deutlicher Anspielung auf uns).

Inzwischen ist die Landesregierung offensichtlich zu dem Schluß gekommen, daß die "Hoffnung", "daß die Gerichte uns dann folgen und daß unsere Gesetze noch so sind, daß diese Konsequenzen noch möglich sind" (Albrecht laut Bremer Nachrichten vom 15.9.) trügerisch war. Sie ist nunmehr bemüht, den von ihr mit erzeugten konkreten Anschein des Verbrecherischen dadurch abzumildern, daß sie ihn durch eine verschwommeneren, rechtsstaatlich kaum überprüfbaren Anschein ersetzt. Wir sind offenbar nicht mehr eindeutige Parteigänger des verbrecherischen Terrorismus an Universitäten, "an denen, ungestört und von staatlichem Einfluß ungetrübt, terroristischer Nachwuchs gehegt, getätschelt und gepflegt wird" (Hasselmann am 1.8.), sondern wir werden jetzt als Beamte angeprangert, die ein gesondertes Loyalitätsbekenntnis ablegen müssen, weil über ihre Treue gegenüber Staat und Verfassung Zweifel verbreitet wurden. Unklar soll dabei offensichtlich bleiben, ob wir, die Landesregierung oder Dritte diese Zweifel erzeugt oder zu verantworten haben.

III.

Warum haben wir uns - werden viele fragen - nicht geweigert, diese uns diskriminierende Erklärung zu unterschreiben? Warum haben wir es nicht auf eine gerichtliche Auseinandersetzung ankommen lassen und in kauf genommen, auf unbestimmte Zeit vom Dienst suspendiert zu werden?

Wir müssen gestehen, daß wir angesichts der zunehmenden Bereitwilligkeit von Regierungen und Gerichten, sich auf übergesetzliches Ausnahmerecht oder den 'rechtfertigenden Notstand' (§ 34 StGB) zu berufen oder angesichts der Forderung des CDU-Bundesvorstandes, die Aberkennung der Grundrechte auf Meinungs- und Lehrfreiheit gemäß Art. 18 GG (gegen wen wohl, wenn nicht auch gegen uns) zu prüfen (FAZ, 28.9.), nicht mehr sicher sind, ob die gerichtliche Revision so massiver öffentlicher Vorverurteilungen und einer möglichen Suspendierung heute noch möglich ist. Die z.T. offen politisch begründete Weigerung der gesamten Anwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle, uns bei unserer Berufung gegen die einstweilige Entscheidung des Landgerichts Hannover zu unserer Klage gegen Hasselmann zu vertreten, ist für uns ein unübersehbares Zeichen für den beginnenden Verfall der 'juristischen Kultur' in diesem Lande (vgl. HAZ, 5.10.; NWZ, 7.10.). Was muß eigentlich noch geschehen, damit wenigstens Politiker wie Senator Glotz zugeben, daß man von einem 'politischen Verfolgungsklima' in der Bundesrepublik sprechen kann?

Wir wollen durch unsere Entscheidung, die Erklärung zu unterschreiben, den demokratisch-rechtsstaatlich denkenden Teilen der Öffentlichkeit verdeutlichen, daß in der gegenwärtigen Lage eine Landesregierung bereits die Macht hat, Hochschullehrern diskriminierende Treueerklärungen abzuverlangen, die nach Auffassung unserer Verteidiger die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts so einseitig und verkürzt wiedergeben, daß sie den Eindruck erwecken, die Loyalität gegenüber der staatlichen Exekutive und ihrem Verständnis von Staatsräson sei auf jeden Fall höher zu stellen als das vom Verfassungsgericht gerade auch bekräftigte Recht jedes Beamten, "an Erscheinungen dieses Staates Kritik üben zu dürfen", höher offenbar auch als die Lehrfreiheit des Hochschullehrers (Artikel 5, Abs. 3 GG) sowie die Achtung und das Vertrauen, die sein Beruf erfordert. Gerade der in der Erklärung herausgestellte Hinweis auf "Krisenzeiten und ernsthafte Konfliktsituationen", in denen "der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift", legt die Interpretation nahe, damit sei hier weniger der verfassungsrechtlich geregelte Notstand, sondern eine vom Dienstherren jeweils definierte aktuelle politische Konfliktsituation gemeint.

Wir wenden uns nicht so sehr gegen den auf den konkreten Anlaß bezogenen Teil der Erklärung. Hierzu werden in vergröberter Form nur Selbstverständlichkeiten ausgesagt, zu denen wir bereits mehrfach unmißverständliche und differenzierte Erklärungen abgegeben haben. Gegenstand einer gerichtlichen Klärung hätte vielmehr die öffentlich anprangernde und inhaltlich verkürzte und einseitige Art der besonderen Loyalitätsverpflichtung sein können, zumal diese wohl eine einschüchternde Wirkung im Sinne der proklamierten 'moralischen Isolierung' haben soll. Wir erkennen an, daß die Macht einer Landesregierung, ohne auf breiten politischen Protest zu stoßen, ihre einseitige Vorstellung von der Loyalitätspflicht und ernsthaften Konfliktsituationen durchzusetzen, bereits einer 'latenten Rechts- und Verfassungslage' entsprechen könnte. Wir müssen in dieser grauen Übergangssituation zwischen verfassungsrechtlichem Normalzustand und Ausnahmezustand lernen, sorgfältig zu differenzieren: zwischen politischen Konstellationen und Fällen, in denen verfassungsmäßige Rechte unbedingt juristisch verteidigt werden müssen, weil noch ausreichend Erfolgschancen zu bestehen scheinen, und anderen, in denen der geistige und pseudo-juristische Sumpf des Ausnahmezustandes, des rechtfertigenden Notstandes, der Aberkennung von Grundrechten - kombiniert mit z.T. vorkonstitutionellen Grundsätzen des deutschen Beamtenrechts - derartige Blüten treibt, daß ein Bestehen auf dem Rechtsweg ohne eine breite politische und publizistische Unterstützung naiv wäre. Wir befürchten, daß gar Politiker geradezu darauf warten, durch Krisen-Gerichtsurteile weitere Ausnahmemaßnahmen der Exekutive in Ausnahmerecht der Judikative verwandelt zu bekommen, um dasselbe sodann besser in Maßnahmegesetze der Legislative kleiden zu können. Man vergleiche die mit dem rechtfertigenden Notstand begründeten Maßnahmen von Justizministern, das hierzu ergangene Urteil des Bundesgerichtshofs und das darauf folgende Bundesgesetz zur sog. Kontakt-Sperre. Sind Maßnahmen, Urteile und Gesetze zur Aberkennung der Lehrfreiheit oder Einführung einer 'Lehrfreiheits-Sperre' immer noch undenkbar? Oder befinden sich Entwürfe schon in gewissen Schubladen?

VI.

Nicht wir waren es, die den Göttinger Artikel aus einer ausschließlich von Studenten (und vom Verfassungsschutz) gelesenen AStA-Zeitschrift zerstückelt und verfälscht in die Massenmedien gezerrt und einem zwangsläufig nur vorurteilhaft reagierenden Publikum provokatorisch 'vorgeknallt' haben. Wozu sollte diese Provokation dienen, wenn nicht dazu, diffuse Haß-und Gewaltimpulse in der Bevölkerung, unterstützt von veröffentlichten Gewaltphantasien von Politikern, auf eine nicht angepaßte jugendliche Minderheit zu lenken und diese als Sündenbock anzubieten. Was einige von uns meinten, dagegen tun zu können, war Folgendes: Zunächst wollten wir durch eine vollständige Information die 'Isolierung' dieser Minderheit unter den Studenten dadurch verhindern, daß wir durch die Verbreitung der Dokumentation die auch an den Hochschulen wirksam werdende Manipulation aufzudecken suchten; weiter wollten wir die Festsetzung dieses Sündenbock-Syndroms außerhalb der Hochschulen dadurch wenigstens abmildern, daß wir uns als Professoren für die Verbreitung des vollständigen Textes einsetzten - in der Hoffnung, daß sich mehr Kollegen mit uns solidarisieren und gegen die Manipulation und Diffamierung zur Wehr setzen würden. Die nicht nur von uns so nicht erwartete Eskalation des Terrors und seine sofortige Ausschlachtung zur Hetze gegen sogenannte Sympathisanten haben dies verhindert. Jedoch ist dieser Widerstand nicht ohne jede Perspektive, Gruppen der Intelligenz und vereinzelte Politiker (z.Bsp. Glotz, Rau, Berger, Coppik) scheinen allmählich zu erkennen, daß sich das zunehmende Verfolgungsklima nunmehr auch gegen sie selbst wie gegen die richtet, die wie der Mescalero denken und fühlen.

VII.

Wir glauben, daß es in Zukunft verstärkt notwendig sein wird, sich differenziert und kritisch mit Meinungen und Gefühlen wie denen des Mescalero - und besonders derjenigen, die er auf seine Weise zu überzeugen sucht - auseinandersetzen. Wir werden dies je nach unseren wissenschaftlichen Kompetenzen und pädagogischen Möglichkeiten in Lehrveranstaltungen, in der berufspraktischen Ausbildung, bei der Studentenberatung, in öffentlichen Diskussionen und Publikationen auf unsere Weise tun. Wenn, wie zahlreiche Professoren in einer Anzeige (vgl. FR 10.9.) versichern, linke und linksliberale Hochschullehrer in der gegenwärtigen Situation Grund zur Selbstkritik haben, dann nicht so sehr deshalb, weil es an einer theoretischen Auseinandersetzung mit fragwürdigen revolutionären Konzepten fehlte, sondern weil zu wenige gesellschaftskritische Hochschullehrer sich innerhalb wie außerhalb ihres Berufsfeldes politisch-praktisch engagieren und sich damit bei kritischen Studenten jenes Vertrauen erwerben, das sie als jetzt so gefragte moralisch-politische Mahner überhaupt erst glaubwürdig machen würde; weil so wenige linke Hochschullehrer politisch-pädagogische, publizistische und -organisatorische Fähigkeiten und Arbeitsformen selbst erworben haben, die sie angesichts der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Situation als notwendige Elemente einer linken 'politischen Kultur' an Studenten weitervermitteln und mit ihnen verbessern könnten.

VIII.

Ein differenzierender, nicht vor-verurteilender, pädagogisch wie politisch veranwortlicher Dialog und Lernprozeß würde jedoch fast unmöglich gemacht werden

- wenn bereits die selbstkritisch infragegestellte Äußerung anstössiger Gefühle von Jugendlichen oder sogar die Dokumentation solcher Äußerungen zum Zwecke ihrer verantwortlichen Verarbeitung kriminalisiert werden sollte;
- wenn wie vom Niedersächsischen CDU-Parteitag einstimmig beschlossen, Lehrpläne und Schulbücher von "vorwiegend problem- und konfliktorientierten Themen" gesäubert werden sollten, weil durch eine "übersteigerte Intellektualisierung der Schule ... junge Menschen dazu erzogen würden, Forderungen an Gesellschaft und Staat zu richten", die unerfüllbar bleiben müßten (FR, 12.9.

wenn wissenschaftliche und politisch-engagierte Analysen wie die unseres Kollegen Peter Brückner zur Mescalero-Affäre zum Gegenstand von Disziplinarverfahren bis hin zur Suspendierung gemacht werden sollten;

wenn die mit verfälschten und verdrehten Zitaten geführte 'aktive Aufklärungsarbeit' staatlicher Instanzen und Regierungsjournalisten zum Zwecke der 'moralischen Isolierung' von sog. Sympathisanten sich so fortsetzen sollte wie gegenüber Peter Brückner, der wie kein anderer linker Hochschullehrer in den letzten Jahren in vielen Publikationen und Vorträgen in engagierter Weise analysiert hat, warum die Moral und Strategie der sog. Stadt-Guerilla in der Bundesrepublik ein totaler Irrweg ist, aber auch, wie ihre Entstehung zu erklären ist. Offenbar soll gerade derjenige vernichtet werden, der als Linker tut, was so viel Liberale nur fordern, der ein lebender Beweis für das ist, was so viele Reaktionäre leugnen und unterdrücken: linke Kritik am Terrorismus, die es nicht gegen darf, damit eine neue Geschichtslüge in den Medien und Schulbüchern durchgesetzt werden kann.

Sollten sich diese Tendenzen bestätigen, so wird es dann geboten sein, daß zum Schutze der bedrohten pädagogischen und wissenschaftlichen Lehrfreiheit (wie auch der Freiheit der Kunst) wesentlich mehr Hochschullehrer, Intellektuelle, Künstler und andere Mitbürger die verketzerten oder verfolgten Texte als Herausgeber weiterverbreiten."

Kontaktadresse:

S. Grubitzsch
Humboldtstr. 28
28 Bremen

MESCALERO ZIEHT KREISE

BERUFSVERBOT FÜR PETER BRÜCKNER ? SOLIDARITÄT DER GEHETZTEN !

HANNOVER
Oktober 1977

Zur drohenden Suspendierung Brückners hat der ASTA Hannover am 5.10. ein Flugblatt herausgegeben, das wir hier um aktuelle Daten ergänzt im vollen Wortlaut wiedergeben. Auch die Solidaritätserklärung der ESGn drucken wir ganz ab. Von Peter Brückner erhielten wir eine Stellungnahme, die ebenfalls unverändert hier erscheint.

1. VORGESCHICHTE

„48 Professoren haben sich vor einiger Zeit entschlossen, angesichts der scharfen Angriffe auf die Studentenschaften den Artikel eines Göttinger Mescalero ‚BUBACK - EIN NACHRUF' zu veröffentlichen, um, so die Berliner Herausgeber, 'eine Schutzfunktion für den Göttinger AStA und andere ASten zu übernehmen' und um außerdem dazu beizutragen, der 'Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten'. Sie haben sich gleichzeitig dagegen gewandt, daß 'die politische Öffentlichkeit in der Gesellschaft und speziell an den Hochschulen .... weiter eingeschränkt' wird. Nachdem die Versuche, alle Herausgeber dieser Dokumentation zu kriminalisieren, gescheitert sind, soll nun Peter Brückner stellvertretend für das solidarische Verhalten aller gemaßregelt werden:

2. CHRONOLOGIE:

PROGROMHETZE GEGEN LINKE

28.7. Pestel (niedersächsischer Wissenschaftsminister) fordert die niedersächsischen Unterzeichner der Dokumentation auf, sich von der Veröffentlichung zu distanzieren. Er kündigt disziplinarische Maßnahmen an.

2.8. Pestel ordnet die Einleitung disziplinarischer Vorermittlungen gegen die Herausgeber an. Keiner hat sich distanziert!

Hasselmann ruft dazu auf, diese Professoren 'von den Hochschulen zu scheuchen'. Die Verbreitung der Dokumentation sei 'eine eindeutige Stellungnahme für den verbrecherischen Terrorismus, dessen Folgen sich in dem Mord an dem Bankier Ponto wieder gezeigt hätten'. (HAZ)
Rechtsanwalt Augstein erklärt: „Sollten die Gerichte zu dem Ergebnis kommen, daß der Tatbestand nicht verwirklicht ist (Verunglimpfung), muß dieses Gesetzeslücke schnellstens geschlossen werden." (Die WELT)

10.8. Der Hochschulverband wirft den Herausgebern der Dokumentation vor, sie hätten sich 'bewußt in eine Außenseiterrolle begeben und so einen geistigen Schlupfwinkel für umstürzlerische Umtriebe geschaffen'.

13.8. Pestel lädt die Herausgeber kurzfristig zu einer Anhörung vor, um die bereits eingeleiteten Disziplinarverfahren 'zügig voranzutreiben'.

17.8. Das Landgericht Hannover lehnt eine von den Professoren beantragte einstweilige Verfügung gegen Hasselmann (auf Unterlassung seiner Behauptungen vom 2.8.) mit der Begründung ab, der Buback-Nachruf enthalte keine Absage an politische Gewalttäter. 'Wer aber einen derartigen Denkprozeß über Terrorismus für notwendig halte und dazu noch Passagen von Rosa Luxemburg über Terrorismus zitiere, der müsse auch scharfe Kritik hinnehmen.' (HAZ)

8.9. Pestel fordert die Herausgeber ultimativ auf, eine 'unmißverständliche' Absage 'an Entführung und Mord abzugeben' und sich von bestimmten Passagen des Nachrufs sowie der eignen Erklärung zu distanzieren.

12.9. CSU-Parteitag: um Demokratie zu schützen müssen die Grundrechte weiter eingeschränkt werden!

15.9. Der Göttinger AStA wird abgesetzt, weil seine Postanschrift auf einem Artikel der Göttinger Hochschulgruppe BUF angegeben ist.

20.9. Pestels Ultimatum läuft ab. Die Herausgeber geben eine Erklärung ab: sie verurteilen Gewalt und Terror, aber der Buback-Nachruf stelle keine Verherrlichung von solchen Aktionen dar.

24.9. Die Distanzierung reicht nicht: an alle Herausgeber außer Brückner schickt Pestel eine vorformulierte Erklärung, die sie unterschreiben sollen.
Größter Polizei-Einsatz seit Bestehen der BRD: Kalkar-Demo!

26.9. Brückner bekommt auch einen Brief: sein Buch 'Die Mescalero-Affäre' sei ins Disziplinarermittlungsverfahren mit einbezogen worden.

28.9. BILD: RAUSSCHMISS IST SICHER ! .....

29.9. Die HAZ berichtet von einem Interview Brückners mit dem holländischen Rundfunk, das es nie gegeben hat. Das 'Interview' war ein vor Monaten geführtes Hintergrundgespräch über die Ursachen des Terrorismus, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt war.

4.10. Hasselmann will im Landtag die Suspendierung von Peter Brückner beantragen. Der 'Tagesordnungspunkt' wird abgesetzt. Weder FDP noch CDU, die beiden Regierungsparteien, nehmen zu dieser kurzfristigen Veränderung Stellung. Auch der ursprünglich für Freitag den 7.10. angesetzte Vernehmungstermin beim Wissenschaftsministerium wird auf Donnerstag, 13.10., verschoben. Als Grund hierfür wird der Umzug P. Brückners angegeben. Diesen hat es jedoch keineswegs gegeben, vielmehr ist P. Brückner vor einer Vielzahl von unverschämten Drohanrufen, Beschimpfungen auf der Straße für ein paar Tage 'geflüchtet'.

11.10. Das Wissenschaftsministerium läßt wissen, im 'Fall Brückner' sei alles noch offen. Während der Ministerpräsident von Niedersachsen Albrecht in BILD die

baldige Suspendierung Brückners als höchstwahrscheinlich ankündigt.

STELLUNGNAHME DES HANNOVERANER ASTA (LHV + JUSOS):

WIRD BRÜCKNER SUPENDIERT ? ? ?

'Es lassen sich subjektive und objektive Bedingungen finden, die den Entschluß, die Waffe in die Hand zu nehmen, verstehbar machen und zeigen, daß nicht etwa die Rote Armee Fraktion die staatliche Repression produziert hat, sondern die staatliche Repression hat die RAF produziert, zumindest mit produziert.' (P. Brückner nach : HAZ, 29.09.77)

Derartige Überlegungen sind ein willkommener Anlaß, längst vorbereitete Gesetzesänderungen, die Verfassungsgrundsätze weiter einschränken, unter dem Stichwort 'Austrocknung des Sympathisantensumpfes' zu beantragen - Kriminalisiert werden soll jeder, der die Ursachen des 'Terrors' untersucht: 'Verbot der Propaganda für verbotene Organisationen, auch wenn diese Propaganda *in die Form der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens und der Geschichte gekleidet ist.*' (Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach: FR, 30.09.77) Also: keine Berichterstattung mehr über wilde Streiks, keine Aufrufe mehr zu 'verbotenen' Demonstrationen (Kalkar), keine Berichte mehr über Entführung von Arbeitgeberpräsidenten ? ?

Das ist der Konsens, der von der herrschenden Klasse verordnet und gefordert wird. Terroristenhetze wird zum Vorwand, jede, auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit und die Kritik an den deutschen Verhältnissen insgesamt zu verbieten. Derjenige, der zeigt, daß Gewalt vom Staat ausgeht (Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Fahrpreiserhöhungen etc.), derjenige, der zeigt, daß an dieser Gewalt einzelne ausflippen und zum Mittel des individuellen 'Terrors' greifen, jeder, der dies kritisiert, ohne den Standpunkt der Herrschenden einzunehmen, der ist schon 'Sumpfblüte des Terrorismus, die ausgerupft gehört'. Jede Kritik wird zum Nährboden des Terrorismus verdammt, und damit ist es rechtens, 'so jemanden' wie Peter Brückner zu entlassen, weil er 'versucht, aus der *Entwicklung unserer Gesellschaft* und aus persönlichen Erfahrungen einzelner Terroristen mit dieser Gesellschaft verständlich zu machen, warum diese Menschen morden.' (HAZ, 30.09.77)

Am Anfang steht die freiheitlich-demokratische Grundordnung, sagt unsere Obrigkeit, und auf Angriffe dagegen müsse sie zum Schutz & im Namen dieser Demokratie mit Gewalt re-agieren. Aber was Angriffe sind, bestimmt sie selbst: die Klasse, die ihre Herrschaft nur gewalt-tätig sichern kann, muß jede Kritik an dieser Gewalt unterdrücken. Jeder, der diese Gewalt auch nur als Gewalt benennt, wird als 'Sympathisantensumpf' bekämpft. Damit werden die herrschenden Verhältnisse auf den Kopf gestellt: 'Gewalt-tätig' ist immer nur der, der sich gegen staatliche Gewalt auch nur zu wehren wagt. Der 'Terrorismus' der RAF dient so zum willkommenen Anlaß für das Kriminalisieren jeder linken Opposition - ohne Unterschied. Beim Verbot von Organisationen oder bei Berufsverboten gibt es bekanntlich allein taktische Differenzen.

Das Recht auf die wissenschaftliche Untersuchung der herrschenden Zustände, das Recht auf Kritik an diesen Zuständen und das Recht, diese Kritik zu veröffentlichen, um sie zu diskutieren, müssen wir uns erkämpfen und erhalten. Peter Brückner wird herausgegriffen und soll stellvertretend abgeurteilt werden.

DAS BLEIBT ABZUWARTEN, HERR HASSELMANN! NEBEN DISZIPLINARVERFAHREN UND SUPENDIERUNGS-VERSUCHEN GIBT ES AUCH NOCH DIE SOLIDARITÄT ALLER STUDENTEN MIT IHREM PROFESSOR UND DIE BEREITSCHAFT, FÜR IHN SCHUTZFUNKTIONEN ZU ÜBERNEHMEN."

SOLIDARITÄTSAKTIONEN:

Seit 5.10. läuft eine Unterschriftenkampagne mit der Forderung „Weg mit dem Berufsverbot für Peter Brückner!"

Für 21.10. ist eine Solidaritätsveranstaltung geplant. Eine Initiative aller an der UNI Hannover arbeitenden linken Gruppen (samt SHB) wird die Veranstaltung vorbereiten. Das Teach-In ist unter dem Thema:

„Haben Sie heute schon Ihren Maulkorb gelüftet ? " angekündigt. Ihre Beteiligung haben außer Peter Brückner, der suspendierte Göttinger AStA und Gert Schäfer zugesagt. Agnoli und Heide Gerstenmeier aus Berlin wurden ebenfalls eingeladen. Veranstaltungsbeginn: **19 Uhr - Ort: Audi Max Uni Hannover.**

Noch eine wichtige Meldung:

Der Hannoveranische Antirepressionsarbeitskreis - ARAK - gibt eine Broschüre zur Zeitungshetze um „Mescalero" heraus.
Bestellungen an: **ARAK**
c/o Internationaler Buchladen
Königswertherstr. 19, 3 Hannover

Am 2.10.77 schrieb die Regionalkonferenz der ESGn Niedersachsen/Bremen, **c/o ESG Hannover, über M. Menge, Lärchstr. 7,** *folgenden*

„OFFENEN BRIEF AN PETER BRÜCKNER

Lieber Peter Brückner,

wir haben mit Empörung die öffentliche Hetze gegen Dich zur Kenntnis genommen.

Wenn Du zusammen mit anderen Dozenten das Recht wahrnimmst, Texte zu veröffentlichen und der allgemeinen politischen Diskussion zugänglich zu machen, sagen sie, Ihr unterstützt 'verbrecherischen Terrorismus und erfüllt den Tatbestand der Verunglimpfung. Sie wollen Eure Distanzierung von 'Mord und Entführung' - und von Eurer eigenen Erklärung.

Ihr verurteilt Gewalt und Terror und stellt die öffentlichen Verdrehungen über den Buback-Nachruf richtig. Du bedenkst darüber hinaus öffentlich den Zustand dieser Gesellschaft, die auch bewaffnete Aktionen hervorbringt. Sie senden den anderen Mitherausgebern der Buback-Dokumentation vorgefertigte Papiere zum Schwur aufs Beamtenrecht, auf die FdGO, zur großen Abbitte. Deine Überlegungen verwenden sie für ihre Ermittlungen.

Du diskutierst Deine wissenschaftlichen Analysen mit einem holländischen Journalisten - ein normaler Gedankenaustauch. Aus diesem Hintergrundgespräch werden Zitate zusammenhanglos in die Welt gesetzt, als stammten sie aus einem Interview, und mit diesen Zitaten rechtfertigen sie ihre Ermittlungen.

Ermittelt wird gegen Dich - gemeint sind wir alle. Wir fühlen uns besonders betroffen durch diese Maßnahmen, zum einen, weil wir wie viele andere ESGn mit Dir in einem produktiven Diskussionsprozeß stehen, zum anderen, weil mit Dir exemplarisch ein Intellektueller mundtot gemacht werden soll, der in seiner politischen und wissenschaftlichen Arbeit parteilich auf der Seite der emanzipatorischen Kräfte in dieser Gesellschaft steht. Und mit Dir soll ein Dozent getroffen werden, der besonders die Studentenbewegung kritisch unterstützt hat und von dem wichtige Initiativen ausgingen.

„So jemanden" wie Dich wollen sie „von der Hochschule scheuchen" (Hasselmann; HAZ, 2.8.77), Albrecht und Pestel wünschen sich gar für Dich „eine besondere Behandlung" (Bild, 23.9.77). Herr Albrecht, der ein dickes Buch geschrieben hat, worin er die Anwendung von Folter unter bestimm-

ten Bedingungen für gerechtfertigt hält, meint: „Das eigentliche Problem des Staates sind nicht die Terroristen selbst, sondern die Sympathisanten". Hier ist auch Herr Pestel betroffen, der ja in der Kriegsforschung einen Beitrag zum Terror der USA gegen das vietnamesische Volk geleistet hat. Also, richtig gewendet, bekommt das Albrecht-Zitat seinen Sinn: bezogen auf diejenigen, die heute nach Polizeistaat und Todesstrafe schreien, die heute an blinde Rachegelüste appellieren, die Gesetzesänderungen zum Schutz ihrer Herrschaft durchpeitschen, die den Schutz des § 5, Absatz 3 nur noch für unkritische, staatskonforme Meinungen gelten lassen wollen.
Diese „schwachsinnigen Ablenkungsmanöver zugunsten der wirklichen Terroristen" (Welt, 12.9.77) werden auch dann nicht unwidersprochen bleiben, wenn in diesem Land jede marxistische Gesellschaftsanalyse als krimineller Akt diffamiert wird.
Wir werden versuchen - und auch andere dazu anregen - , in Veranstaltungen mit Dir den Disziplinierungsversuchen der niedersächsischen Behörden entgegenzutreten, damit sie nicht länger Tatsachen und die politischen Zusammenhänge dieser Tatsachen verschleiern können.
Es muß uns gelingen, und Du hast dazu einen mutigen Beitrag geleistet, Zustände zu verhindern, von denen Walter Moßmann singt:

Fragt sich bloß, was in den Köpfen
Da noch frei ist fragt sich bloß
Wenn Du mal die Wahrheit ausspuckst
Bist Du schon die Arbeit los
Keine Arbeit, keine Kohlen
Licht aus Kohldampf, Bude kalt...
Also lieber halbe Wahrheit
andre Hälfte wird bezahlt
Ach gespalten ist die Zunge
Ach verfinstert ist der Sinn
Halbe Lügen kriegen Junge
Halbe Wahrheit stirbt dahin
und ich bleibe dabei
Die Gedanken sind frei.

Mit solidarischen Grüßen
für die Regionalkonferenz der Mitarbeiterkreis
der ESG Hannover."

PERSÖNLICHE STELLUNGNAHME VON PETER BRÜCKNER (11.10.) :

„Auch der Text Buback — ein Nachruf, den ich mit anderen herausgegeben habe, wurde in der bürgerlichen Offentlichkeit benutzt, um Empörung, Abneigung, ja Haß gegen Studierende und vor Universitäten zu züchten. Der Kopf, der hier gefordert wird, ist im Grunde genommen das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft. Das politische Mandat läßt sich einerseits aus der Geschichte studentischer Politik, andererseits aus Prinzipien wissenschaftlichen Denkens und der gemeinsamen Teilnahme am Prozeß der Produktion von Forschung als Lehre herleiten. In diesem Bereich öffentlicher Aueinandersetzung liegt einer der Gründe dafür, daß eine Reihe von Hochschullehrern, darunter ich, sich in einer bestimmten Weise für den AStA der Universität in Göttingen einsetzen und, mehr oder weniger vermittelnd, damit auch den Anspruch der Studentenschaft auf ein politisches Mandat unterstützen mußten.
Auch der Sinn der nun neuerdings gegen Hochschullehrer entfachten öffentlichen Empörung ist nicht allzuschwer zu entziffern. Hochschullehrer werden, unter extensiver Auslegung des Beamtenrechts, zu einer besonderen Kaste gemacht. Sie werden in sogenannte althergebrachte Grundsätze des Beamtentums praktisch eingeschlossen. Sie sollen offensichtlich an den kritischen Prozessen bei der Herstellung von Demokratie und politischer Kultur nur noch mit einem ganz spezifischen Herschaftsauftrag teilnehmen: Sie sollen sich verhalten im Sinne der Zustimmung zu jeweils der antreffbaren Realität, die eine Gesellschaft gerade annimmt. Wo aber die partielle Abschaffung des Rechtsstaats, der Rechtsstaat sein soll, wo eine wütende Öffentlichkeit jegliche politische Kultur verliert, dort beginnt für den Hochschullehrer die Pflicht, die dem Beamten angeblich gebotene Zurückhaltung zu verletzen.
Linke Professoren sollen vom Lehrkörper isoliert, von den Fachbereichen oder Fakultäten moralisch abgetrennt, von Studierenden entfremdet, und, wie in meinem Fall, nach Möglichkeit aus dem Hochschuldienst entlassen werden. — Erneut eingeschlossen auch in eine größtmöglichste Distanz zur Bevölkerung, zu den arbeitenden und abhängigen Klassen. Wir sollen isoliert und nach Möglichkeit aus dem Hochschuldienst entlassen werden, weil wir das politische System der BRD, die Marktökonomie und viele soziale Ereignisse kritisch als ein Produkt, daher als ein Problem und nicht etwa als ewige Lösung ansehen, als Interessenabhängiges und Veränderbares, und nicht als Klassengegenseitiges und Ewiges. Wir werden gehaßt, weil wir an die historische Alternative erinnern.
Ich glaubte daß wir auch die Angriffe gegen mich, „den Versuch, mich aus dem Hochschuldienst zu entlassen, alle in diesem Zusammenhang interpretieren können."

ZEHN TAGE ARREST FÜR FUNKER KLEIN

KOBLENZ
Oktober 1977

Am 5.Sept. 1977 wurde gegen den Funker Daniel Klein, stationiert in Koblenz, Falckensteinkaserne 4./Fm Btl 330, 10 Tage Disziplinararrest verhängt. Er hatte in Frankfurt am Main an Demonstration und Kundgebung zum 1. Mai 1977 in Uniform teilgenommen, um als Wehrpflichtiger und Gewerkschaftsmitglied für die Forderungen "Lohnfortzahlung für alle Wehrpflichtigen, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten" und "freie gewerkschaftliche und politische Betätigung beim Bund" einzutreten.

Und obwohl an diesem 1. Mai in Frankfurt lediglich fünf Soldaten in Uniform mitdemonstrierten, kann man davon ausgehen, daß in den Kasernen, wo die Unterdrückung besonders groß ist, für solche und weitere Forderungen - wie "eine Mannschaftsversammlung während der Dienstzeit pro Monat" - eine ziemlich breite Zustimmung besteht.

Für uns, als fortschrittliche Gewerkschaftler, Schüler usw. besteht nun die Aufgabe, diese Zustimmung während unserer Wehrdienstzeit Schritt für Schritt in Aktionen und Gegenwehr gegen die Unterdrückungsmaschine Bundeswehr umzusetzen und gleichzeitig eine möglichst breite Information über Rolle und Aufgaben dieser Armee (Bürgerkriegstruppe, Einsatz in Südafrika - wozu braucht der Bund Tropenuniformen ? usw.usw.) an die Kameraden und die Öffentlichkeit weiterzugeben. Man kann heute auf keinen Fall von einer Soldatenbewegung reden, aber man muß versuchen, den vereinzelten Widerstand und die breite Unzufriedenheit in der Armee zum Aufbau einer solchen Bewegung zu benutzen.

P.S. Am 6.9.77 legte Funker Klein Beschwerde gegen die 10 Tage Arrest ein und verschob noch einmal die Vollstreckung. Es wird sich jetzt zeigen, ob die Bundeswehr-Führung in der Lage ist, mittels ihrer Befehle das Auftreten auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen in Uniform unter Strafe zu stellen.

„DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION SPIELT KEINE ROLLE"

FRANKFURT 13.Oktober

Am 12.Oktober 77 verurteilte die 23.Strafkammer (Staatsschutzkammer) des Landgerichts Frankfurt einen wissenschaftlichen Mitarbeiter aus Berlin wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (RAF) zu 2 Jahren und 3 Monaten Freiheitsstrafe; erließ Haftbefehl und sorgte für die sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Das Gericht folgte in seinem Urteil in jedem wichtigen Punkt der Darstellung des Angeklagten: er hatte im Frühjahr 1972 für sich (und nicht für die RAF) eine Wohnung gemietet und darin 2 mal eine Frau empfangen, von der er erst nach ihrer Verhaftung aus der Tagesschau erfuhr, daß sie Gudrun Ensslin war. Für die Staatsschutzkammer liegt die Unterstützung darin, daß sich der Angeklagte danach mit der Kündigung seiner Wohnung noch 6 Wochen Zeit ließ statt sofort zu kündigen.

Wie der Vorsitzende Richter Schäfer zum Strafmaß erklärte, habe die gegenwärtige Situation keine Rolle spielen dürfen. Schäfer versicherte, „die Kammer ist frei von solchen Überlegungen". („Unterstützer", die wegen Handlungen aus dem Jahr 1972 in den Jahren 73/74 von derselben Staatsschutzkammer verurteilt wurden, haben nie mehr als 6 - 9 Monate auf Bewährung bekommen!)

Der Haftbefehl wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit der Begründung in Kraft gesetzt, der Angeklagte wäre österreichischer Staatsbürger und es bestehe nunmehr Fluchtgefahr.

13. TAG IM „PRINZ-KARL-PROZESS"

TÜBINGEN Oktober 1977

Vor der III. großen Strafkammer in Tübingen wird weiter gegen zehn Faschisten und drei Antifaschisten verhandelt (siehe ID 195 bis 197). Anlaß der Prozesse war ein Angriff der faschistischen Schlägertruppe um Karl-Heinz Hoffmann auf Demonstranten, die vor der Mensa Prinz Karl gegen eine Rhodesienveranstaltung des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS) protestierten. Den Demonstranten gelang es damals nach einer Schlägerei, Hoffmann zu entwaffnen. Ein Prozeßbeobachter schreibt:

„Schon von der Stimmung her drängt es sich auf, daß die „Linken" im Prozeß nicht ernstgenommen werden. Man kann den einzelnen Antifaschisten zwar nichts nachweisen, gedenkt sie aber anscheinend für die Kollektiv-„Schuld" von 200 Demonstranten wegen Nötigung zu verurteilen.

Hoffmann spielt den coolen Typ , bieder, ruhig, freundich, ganz und gar unpolitisch; er wird nur säuerlich, wenn ihm einer der Zeugen oder Antifaschisten nationalsozialistische Ideologie nachweisen will. „Wenn ich mir das nochmal anhören muß, werde ich Anzeige erstatten un d das Gericht (!) zum Zeugen aufrufen."

Ein Zeuge, der die Wehrsportgruppe und speziell Hoffmann belastet hatte, wurde von dessen Anwalt ohne Eingreifen des Gerichts befragt, ob er „Mitglied der KPD/ML sei?" Zur Begründung dieser Frage gab er an: „Denn falls das so wäre, kann der Zeuge die Unwahrheit gesagt haben, weil die Wahrheit vielleicht nicht ins Konzept der KPD/ML paßt." — Krach und vereinzelte Zwischenrufe im Saal bringen den Richter aus seinem Halbschlaf, und er droht mit Räumung. Da die Frage nichts mit dem Prozeß zu tun hat und ähnliche Fragen von seiten der Antifaschisten immer abgelehnt worden waren, kommt es zum Hin und Her, bis der Zeuge erklärt: „Ich bin nicht Mitglied irgendeiner politischen Gruppierung." Und auf insistierende Rückfragen der Vorsitzenden: „Selbstverständlich nicht".

Wie überhaupt Hoffmann und Heinzmann vom Gericht ungehindert den Prozeß bestimmen können, wann immer es ihnen nötig erscheint. Heinzmann ergreift das Wort: „Sie haben aber Flugblätter der KPD/ML und auch den Roten Morgen verteilt!?" Der Richter wartet gespannt. Der Zeuge weigert sich. Richter: „Sie müssen es nicht zugeben, wenn Sie sich dadurch selbst einer strafbaren Handlung beschuldigen." Das ZUGEBEN, das bedeutet doch schon Parteilichkeit. Richter: „Ja oder Nein?" „Ich verweigere die Auskunft." Richter: „Auch nach der Belehrung?" „Ja." Rechtsanwalt Mußgnug (NPD):„Ja oder Nein?" Richter: „Wollen Sie nicht doch? Ist Ihre Wahrheitsliebe unabhängig von Ihrer politischen Einstellung?" „Ich habe alles gesagt." Richter: „Lassen wir das, es ist doch bereits alles klar." Rechtsanwalt von Hoffmann: „Mir ist es noch nicht klar genug." Richter: „Aber mir reicht es!" Gelächter im Saal.
Zuhörer werden willkürlich aus dem Saal geschmissen! Richter und Staatsanwalt spielen Emporung.

Ein total politischer Prozeß also: eine Anwältin der Antifaschisten versucht, dem Zeugen zu Hilfe zu kommen: „Im Angesicht der von der Stuttgarter Landesregierung erhobenen Verbotsanträge gegen die K-Gruppen braucht der Zeuge nicht zu antworten, weil es sich 1956 beim KPD-Verbot gezeigt hat, daß Mitglieder auch für Aktivitäten bestraft wurden, die vor dem Verbot lagen.

Der 2. Vorsitzende unterbricht, weil dies doch nun offensichtlich nichts mit dem Tübinger Prozeß zu tun habe. Ebenso wird der Beweisantrag eines Nebenklägers vom Staatsanwalt abgelehnt; er hatte die Verlesung des Nürnberger Hoffmann-Urteils und diverser HTS-Flugblätter gefordert, um die Hintergründe der Demonstration klarzustellen. Der Staatsanwalt (verkürzt): „Hier geht es um die Feststellung von Straftaten wie Nötigung, Landesfriedensbruch, aber um nichts Politisches." Ein Antifaschist beantragt Pause und gibt dann eine Erklärung ab: er stelle keinen Befangenheitsantrag, weil er keine Lust habe, daß die Beweisaufnahme vonvorne beginne, doch stelle er klar, daß „die Zulassung von Fragen tendenziös sei und man „mich hier in einer ganz bestimmte Ecke stellt mit Untersützung von Heinzmann und Rechtsanwalt Mußgnug."

Daß der Richter dieses Denken verinnerlicht hat, zeigt schon seine Frage: „Sie willen wohl hier so etwas wie in Stuttgart daraus machen?"

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern - Walter Spruck

IM „RCDS-PROZESS" 3mal 7 Monate und 4mal 6 Monate ohne Bewährung

FREIBURG
Oktober 1977

Diese Urteile waren der Auftakt zur einer „Woche ohne Bewährung". (Freiburg/RDCS-Prozeß; Heidelberg/KBW – Presserechtlich Verantwortliche wegen Buback-Nachruf zu 6 Monaten ohne Bewährung; Essen/Geschäftsführer vom Gegendruck, Schnepel, zu 2 Jahren ohne Bewährung). Über den „RCDS-Prozeß" kam folgender Bericht aus Freiburg:

„Der RCDS hat einen Prozeß angestrengt gegen 10 Leute, die vor zwei Jahren dessen Veranstaltung über „sogenannte" Berufsverbote gesprengt haben sollen. Inzwischen sind die Urteile gefallen: dreimal 7 Monate, viermal 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung, einmal 600,-- DM wegen Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung, Nötigung usw. Zwei mußten freigesprochen werden, da ihnen nicht einmal die Anwesenheit auf der Veranstaltung nachgewiesen werden konnte.

Zum Verlauf der damaligen Veranstaltung

Die RCDS-Veranstaltung (über „sogenannte"Berufsverbote) war in die Aktionswoche gegen den Schießerlaß im Juni 1975 gelegt worden und war schon dadurch eine klare Provokation. Zudem sollte es eine Podiumsdiskussion werden, von rechts bis GEW geführt. Das wollten sich mehrere hundert Studenten im Saal nicht gefallen lassen: sie verlangten die Wahl eines Diskussionsleiters (ist schon kriminell) und als dem nicht stattgegeben wurde, entstand ein Tumult, Sprechchöre kamen auf, das Podium wurde besetzt. Plötzlich lag der RCDS-Obermacker Erös auf dem Boden, und bevor man das hinten im Saal hatte erkennen können, wurde ebenfalls hinten die „Schreckensnachricht" verbreitet, Erös sei niedergeschlagen worden. Der Verdacht einer abgesprochenen Inszenierung (Erös ist als Einzelkämpfer ausgebildet) drängte sich schnell auf.

Zum Prozeß

Erös behauptete, bewußtlos gewesen zu sein und sich mehrmals erbrochen zu haben. Das hatte aber leider keiner gesehen, auch keiner der ihn beschützenden Getreuen konnte dies bezeugen, aber so der Staatsanwalt, „manchmal sehen viele etwas nicht, was stimmt, und einer sieht was die vielen nicht sehen." Das gilt auch für die Behauptung, der RCDS Landesvorsitzende Reckers sei samt Pult vom Podium „geflogen – gesegelt, geschwebt und dies gleich mehrmals". Der Zeuge Kanzler Siburg erfindet weiteres: Erös sei „aus dem Saal geschleift worden." Davon weiß der Geschleifte selbst leider nichts. Kanzler Siburg hat sich unter Berufung seiner Autorität zudem erlaubt, den Hausmeistern, seinen Untergebenen, Aussageverbot zu erteilen. Es sollte nicht zu peinlichen Widersprüchen kommen können.

Ein RCDSler vom „Lande" erzählte peinlicherweise, daß nach der Veranstaltung ein Treffen im RCDS-Büro gewesen sei. Was da gesprochen wurde, ist ihm jedoch nicht mehr „erinnerlich". Das aber Namen der möglichen Zeugen aufgeschrieben wurden, was von anderen entschieden geleugnet wurde, weiß er immerhin noch. Außerdem berichtet er, wie die Auswahl der Angeklagten überhaupt zustande kam: ihm wurden auf dem Polizeibüro Wahlzeitungen zur Studentenwahl vorgelegt, aus denen er sich einige Photos aussuchte.

Das alles vorher abgesprochen war, hätte auch ein RCDSler bezeugen können. Die Verteidigung hatte neun Punkte zu seiner Befragung aufgestellt. Die eine Hälfte davon wollte der Staatsanwalt verbieten, die restlichen Punkte, bis auf einen, strich die Richterin, die schon wußte, wie gefährlich solche Aussagen werden könnten. Daß Zeugen „ausgesucht", Anklagen gezimmert wurden, Vermutungen als Tatsachen hingestellt werden sollten – das alles wurde verboten, dem Gericht mitzuteilen.

Ähnlich im ganzen Prozeß: Tausend Fragen der Verteidung werden als „nicht zur Sache gehörend" abgelehnt. Zum Beispiel durfte man nicht nach Erös' Einzelkämpferausbildung fragen und nicht nach seiner paramilitärischen Studentenorganisation. Hingegen werden Aussagen wie „die Linken erkennt man doch schon an ihrer Kleidung" nicht abgewiesen. Wenn nach einem zwölfstündigen Verhandlungstag die Verteidigung ihrer Erklärung erst am nächsten Morgen abgeben wollen, haben sie ihr Recht dazu schon verwirkt.

Im Plädoyer schließlich wird „objektiv" abgewogen: steht Aussage gegen Aussage, so ist der eine (Ex-RCDSler) ein Gro-ßsprecher, der erstaun lich viel zu wissen vorgibt – zu viel! Der andere „gibt dagegen schon ein ganz anderes Persönlichkeitsbild ab" (Reckers). Erös, der sich in eine Menge von Widersprüchen verwickelte, wirkt gerade deshalb glaubwürdig: daß es nicht so glatt zusammenpaßt, was er sagt, spricht dafür, daß es nicht konstruiert und abgesprochen war. Sein behauptetes Erbrechen erscheint nur noch als subjektive sinnestäuschung." Genau dieselben Sachen (Widersprüchlichkeit und Subjektivität des Eindrucks) stempeln einen anderen Zeugen zur Unglaubwürdigkeit. Also: wer den RCDS unterstützt, ist glaubwürdig. Verurteilt wurden die Ausgesuchten, denen nur nachgewiesen wurde, daß sie an Sprechchören teilgenommen hatten (auf Stühlen stehend, damit man sie besser sehen kann, sollten sie diese dirigiert haben). Die Rädelsführerideologie mußte mal wieder herhalten.

Die Urteilsbildung stand natürlich im Schatten der Schleyer-Entführung. Schließlich hatte man hier ein Stück Sumpf vor sich. Da es den Persönlichkeiten der Angeklagten zuzutrauen sei, daß sie sich z. B. an solchen Entführungen beteiligen – da sie aus guten Familien kommen, da sie ausgesprochen intelligent seien (und also zwischen gut und böse unterscheiden können müßten) und da sie vor allem keine Reue zeigen und keine Einsicht in das damals begangene Unrecht, werden die Strafen ohne Bewährung ausgesetzt. Es ist klar, daß dies außerdem Berufsverbot für die Betroffenen bedeutet, womit sich der Kreis wieder schließt!"

FASCHISTEN – UND WAS MAN DAGEGEN TUN KANN

Osnabrück,
im September 1977

Zum Widerstand gegen den Bundeskongreß der Faschisten in Osnabrück, der am 23./24. September stattfand, hatten Osnabrücker Antifaschisten aufgerufen (siehe ID 194). Diese Aktion verlief so erfolgreich, daß wir sie unseren Lesern trotz der mittlerweile verstrichenen Zeit nicht vorenthalten wollen. Nachstehend der Bericht:

„Chronologie:

3.9.77: Erste, mehr spontane Demonstration mit ca. 100 Leuten gegen einen Info-Stand der Nazis auf der Osnabrücker Einkaufsstraße. Wir umstellen den Stand, singen antifaschistische Lieder und fordern die Nazis auf, ihren Stand zu räumen. Die Nazis fühlen sich offensichtlich bedroht, ergreifen Eisenstangen und entfachen eine Prügelei. Eine Einsatzmannschaft der Polizei geht brutal knüppelnd dazwischen, nimmt einige Antifaschisten fest, entreißt uns Transparente und Megaphon und gibt den Nazis ihre Eisenstangen, die wir ihnen abgenommen hatten, zurück. Die scharfen Polizeihunde können in der allgemeinen Verwirrung von ihren Führern kaum gehalten werden, sie beißen Demonstranten, aber auch den Einsatzleiter der Polizei. Wir bilden erneut eine Kette um den Stand. Die Nazis sind isoliert, sie können ihr Material nicht verteilen. Gegen 12 Uhr räumen sie unter Polizeischutz ab (ihr Fahrzeug hat das Kennzeichen von Winsen a. d. Luhe, dort wurden laut ‚Konkret' im Juli dieses Jahres jüdische Gedenkstätten geschändet).

10.9.77: Nach unseren Vermutungen wollen die Nazis erneut einen Info-Tisch machen. Wir sind vorbereitet, aber die Nazis erscheinen nicht. Wir nutzen die Zeit zu Straßenagitationen.

11. - 16.9.77: Vorbereitungen zur Verhinderung der Nazi-Kundgebungen und des Faschisten-Kongresses:
- Erstes Flugblatt ‚Rechtsradikalismus nicht herbeireden' wird herausgegeben.

- Zweites Flugblatt berichtet über die Nazi-Provokationen vom 3.9. und kommt über einen groß angelegten Verteiler heraus, außerdem in einer Briefkastenaktion hauptsächlich in den Osnabrücker Randbezirk ‚Schinkel', wo der Nazi-Kongreß stattfinden soll.

- Ein drittes Flugblatt wird ein spezielles Schülerflugblatt (die Jungnazis rekrutieren sich größtenteils aus Schülern), das hauptsächlich die ‚pädagogischen Vorstellungen' der Faschisten beinhaltet, und an vielen Osnabrücker Schulen verteilt wird.

Kontaktaufnahme mit den Medien:

- Es wird eine Presseerklärung bei verschiedenen Zeitungen abgegeben.

- Es gehen Leserbriefe heraus (eine Woche später werden fünf abgedruckt).

- Der NDR erklärt sich bereit, über die Aktion einen Bericht zu erstatten.

- Das Filmteam des Kommunikationszentrums ‚Lagerhalle' will eine Aufzeichnung erstellen.

Konkrete Demonstrationsvorbereitung:

Man ist sich in der Aktionseinheit (AE) einig, über ein friedfertiges Verhalten bei der Durchführung der antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen. Man will der Polizei (es sind 11 Hundertschaften zusammengezogen) keinen Anlaß zu Knüppeleinsätzen geben.

Unsere Überlegungen dazu waren:

Nicht die Polizei ist Objekt unseres Angriffes, sondern die Faschisten. Eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei wäre ein gefundenes Fressen für die Medien und die allgemeine Linkenhatz und würde ablenken von unserem eigentlichen Ziel: die faschistischen Aktionen unmöglich zu machen.

- Es soll kein Anlaß gegeben werden zu der (von Gewerkschaften und Parteien) gerngemachten Aussage: Linksextremisten prügeln sich mit Rechtsextremisten.

- Unser Hauptangriffspunkt sind nicht die Handvoll Faschisten, sondern ihre Ideologie und die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese wieder zulassen, unterstützen oder sogar durch Staatsgewalt schützen.

- Der einzelne Polizist kann nicht pauschal als faschistisch abgestempelt werden, auch er muß Ziel unserer antifaschistischen Agitationsarbeit sein.

Man ist sich in der AE aber auch klar darüber, daß gewaltsame Auseinandersetzungen nicht unbedingt nur von unserem Verhalten abhängen. Daher folgende gründlichen technischen Vorbereitungen:

- Erstellung eines ‚Verhaltensflugblattes'

- Aufstellung einer ‚Schutztruppe' mit Helmen

- Aufstellung einer gekennzeichneten Ordnerkette

- Kuriere mit Handfunkgeräten

- Einrichtung einer Notrufzentrale

- Einrichtung eines Sanitäterdienstes

- Wahl einer dreiköpfigen Demonstrationsleitung, die für die Koordinierung der Vorbereitungsarbeiten und für die Durchführung der Demonstration selbst (vor allem bei schnellen Entscheidungen) verantwortlich ist.

Freitag, 17.15 Uhr: Beginn der Kundgebung am Ledenhof. Für die Kundgebung und die weiteren Aktionen stehen nur zwei Handmegaphone zur Verfügung, da der Lautsprecherwagen auf der Autobahn in einen Stau geraten ist.

17.30 Uhr: Polizei marschiert am Ledenhof auf. Eine Hundertschaft steht in Kampfausrüstung am Rande der Kundgebung. (Der Einsatzleiter erklärt, man wolle uns vor Störern schützen.)

Es wird eine Ansprache der AE gehalten, eine weitere inhaltliche Rede über Faschismus von einem Pastor aus Osnabrück , sowie zum Schluß Hinweise auf die geplanten Aktionen gegeben.

18.20 Uhr: Die Kundgebung wird offiziell aufgelöst (sie ist von der Evangelischen Studentengemeinde angemeldet und vom Ordnungsamt genehmigt worden). Die ca. 500 Leute beschließen einstimmig, eine spontane Demonstration auf die Große Straße zum Ort der Nazi-Kundgebung durchzuführen. Das geschieht geschlossen und ohne Behinderung durch die Polizei.

18.30 Uhr: Wir sind am Jürgensort. Wirh halten erneut eine Kundgebung ab und singen antifaschistische Lieder.
In den Redebeiträgen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Faschisten die offenste terroristische Form der Herrschaft des Großkapitals sind, daß auch heute wieder der Faschismus von der herrschenden Klasse bereit gehalten wird, um in einer verschärften Krisensituation des Kapitalismus, immer dann, wenn der Sozialismus auf der Tagesordnung steht, die bestehenden Verhältnisse (Eigentum an Produktionsmittel) zu sichern.

19 Uhr: Ein kleiner Trupp Faschisten kämpft sich in Begleitung zum Jürgensort durch. Dort steht eine geschlossene Reihe Demonstranten. Die Nazis bauen vor dieser Kette unter Polizeischutz ihre Megaphone auf und beginnen ihre Kundgebung. Hier gibt es die erste Rangelei mit den Polizisten. Wir beschränken uns dann auf das Singen antifaschistischer Lieder, Sprechchöre und das Übertönen der Nazis durch anhaltendes Pfeifen.

19.15 Uhr: Die Faschisten geraten durch näherrückende Demonstationsketten in Bedrängnis. Zirka 50 Bereitschaftspolizisten gehen mit einem Knüppeleinsatz brutal in die Menge.. Es gibt drei verletzte Demonstanten, die ärztlich behandelt werden müssen. Während dieses Vorfalls gibt es eine starke Verunsicherung auf der Seite der Demonstanten. Schließlich schlossen sich die Reihen aber wieder und wir bauten uns vor der errichteten Polizeikette auf. Erst als die Nazis abrückten, gehen auch wir zum Ledenhof zurück. Dort wird eine Abschlußkundgebung mit etwa 800 Leuten gehalten. Die Stimmung unter den Demonstanten ist sehr gelöst und der Einschätzung der Leitung der Demonstration, daß die Aktion eine Erfolg gewesen sei, wird unter Beifall zugestimmt.

Samstag, 9 Uhr: Auf unserem Kundgebungsplatz haben sich etwa 30 Faschisten versammelt. Sie versuchen die Kundgebung zu stören. Wir vertreiben sie nach zwei Seiten vom Platz. Erst, nachdem sie weg sind, taucht die Polizei auf und geht hinter ihnen her.
Während wir die Kundgebung fortsetzen, machen die Nazis einen Demonstrationszug durch die Stadt, terrorisieren dort Informationsstände, wie zum Beispiel amnesty international und greifen einen KBW-Stand an. Sie prügeln auf einige KBW-Genossen ein, einer von ihnen muß mit Verdacht auf Schädelbasisbruch ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei geht dazwischen, verhaftet aber keinen Angreifer. (In einem über

dpa verbreiteten Bericht der Polizeieinsatzleitung heißt es später: „Nach Angaben der Einsatzleitung der Polizei griffen Anhänger des KBW einen Stand der Jungen Nationaldemokraten an. Die sich dabei entwickelnden Handgreiflichkeiten wurden von etwa 60 Beamten gestoppt."

10.20 Uhr: Die Nazis kehren nach ihrem Streifzug durch die Innenstadt mit Verstärkung (etwa 100) zum Ledenhof zurück. Sie versuchen erneut unsere Kundgebung zu stören. Wir brechen die Kundgebung ab und gehen ihnen mit ungefähr 500 Menschen geschlossen entgegen. Ein wildgewordener Nazi rammt einem Demonstranten in vorderster Reihe seine Fahnenstange in den Bauch. Die Polizei greift nicht ein. Einer der älteren Nazi-Demonstranten pfeifft die Angreifer zurück, die Faschisten rücken wieder ab.
Wir formieren unsere Demonstration und gehen zum Jürgensort (Einkaufsstraße); die Demonstration war nicht angemeldet. Auf dem Jürgensort hielten wir unsere Gegenkundgebung ab - hier hätten die Nazis jetzt gestanden, wären wir nicht da.

11.30 Uhr: Um diese Zeit steht der wesentliche Erfolg unserer Gegendemonstration fest: die Faschisten hatten es nicht gewagt, ihre angemeldete und genehmigte Kundgebung auf dem Jürgensort abzuhalten..Sie waren mit ihrer Demonstration zum Ledenhof zurückgekehrt und begannen dort mit den Vorbereitungen für ihre „Großkundgebung".

Dank unseres Informationssystems mit Handmegaphonen und Autofunk sind wir ganz gut über die Bewegungen der Faschisten und der Polizei informiert. Die Kundgebungsteilnehmer, es sind inzwischen über 1.000, beschließen, in einer Demonstration zum Ledenhof zu marschieren und die Kundgebung der Faschisten zu verhindern.

12 Uhr: Ankunft unserer Demonstration mit etwa 1.000 Teilnehmern am Ledenhof. Wir werden mit Beifall von den Passanten begrüßt, die schon seit Beginn der Nazikundgebung am Ledenhof waren. Hier gelingt es uns noch einmal, eine Gegenkundgebung abzuhalten. Unsere Lieder, Sprechchöre und Trillerpfeiffen isolieren die Handvoll Nazis vollends. Außer ein paar Farbbeuteln, Eiern und Stinkbomben kommt es zu keinen größeren „Zwischenfällen".
Wir registrieren mit Befriedigung das Abrücken der Nazis, sie machen einen sehr frustrierten Eindruck, brüllten sie doch eben noch durchs Megaphon, sich Osnabrücks Strassen zurückerkämpfen zu wollen.
Am Ende der Kundgebung gegen 14 Uhr wird die Lage dann so eingeschätzt:

- Die Faschisten sind isoliert worden und haben eine Niederlage erlitten. Ein Ziel unserer Aktion ist erreicht.
- Die an unseren Kundgebungen Beteiligten sind größtenteils seit neun Uhr auf den Beinen und werden zu diesem Zeitpunkt nicht bereit sein, zum Beispiel noch gegen den Nazikongreß zu demonstrieren.
- Der Kongreßort liegt soweit außerhalb der Stadt, daß die Nazis dort unter sich sind.
- Am selben Nachmittag und Abend gibt es noch zwei weitere antifaschistische Kundgebungen: eine von Gewerkschaften und Parteien und eine vom „antifaschistischen Arbeitskreis", wo wir es für richtig hielten, auch dort entsprechend aufzutreten."



GIM ZUR VERBOTSDROHUNG GEGEN K–GRUPPEN

FRANKFURT
11. Oktober

Zum Verbotsantrag gegen die 'K-gruppen' veröffentlichen wir auszugsweise die Stellungnahme der 'GIM':

Im Rahmen einer Reihe von Maßnahmen des weiteren Abbaus demokratischer Rechte (Zentralisierung und Ausbau des Polizeiapparates, Konsens der parlamentarischen Parteien über die Überwachung von Verteidigergesprächen und die Beschleunigung von Strafprozessen, Angriff auf das politische Mandat der Verfassten Studentenschaften, Kontaktsperrengesetz usw.) hat der CDU - Parteivorstand einen Vorstoß zu einer Verbotsklage gegen KPD,KPD/ML, KBW sowie für ein administratives Verbot des KB unternommen.

Gegenwärtig scheint mit der tatsächlichen Erhebung einer Verbotsklage nicht zu rechnen zu sein. Eine Reihe von Umständen deuten darauf hin, daß die Initiatoren eine konkrete Durchsetzung nicht beabsichtigen. Der CDU-Bundesvorstand bindet eine Verbotsklage an eine Bundesratmehrheit in dieser Frage, die aufgrund des Widerstandes der FDP und des rechten Flügels der CDU/CSU nicht erreicht werden kann. Die taktische Begründung für eine solche Ablehnung - daß eine Verbotsklage auf die DKP ausgeweitet werden müsse - halten wir nicht für eine ausreichende Erklärung. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß ein solcher Schritt Reaktionen in der demokratischen Öffentlichkeit und der Arbeiterbewegung des In-und Auslandes hervorrufen könnte, die dieser Staat gegenwärtig nicht voreilig herraufbeschwört.

Trotzdem halten wir es für falsch, diesen Vorstoß lediglich als eine "propagandistische" oder "ideologische" Offensive gegen linke Gewerkschaftskritik zu betrachten. Die Verbotsdrohung hat zunächst ihre Funktion als eine Absicherung des gesamten repressiven Instrumentariums, mit dem der bürgerliche Staat heute schon flexibel jede linke Aktivität kriminalisieren kann. Während über das Für und Wider des Verbots gestritten wird, stehen ständige Eingriffe in die Presse-und Versammlungsfreiheit, wie zuletzt in der Behinderung der Massendemonstration in Kalkar, unglaublich hohe Strafen in Prozessen wie dem Freiburger Verfahren gegen angebliche „Rädelsführer" einer Protestaktion gegen eine RCDS-Veranstaltung, überhaupt die vielfältigen Formen teilweiser Kriminalisierung linker Organisationen oder Massenbewegungen schon gar nicht mehr zur Diskussion. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeit auf die völlige Illegalisierung der Linken vorbereitet, so daß deren Durchsetzung nur noch als ein taktisch richtig abzustimmender Schritt erscheint. Wir halten es für notwendig, diesen Zusammenhang zwischen der Verbotsdrohung und dem allgemeinen Abbau demokratischer Rechte offensiv aufzuzeigen und hervorzuheben, daß das Zurückweichen oder das Schweigen der demokratischen Öffentlichkeit und der kritischen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie zu dieser Entwicklung auch deren Äußerungsmöglichkeiten infragestellen wird.

Der Bedeutung der Verbotsdrohung für die gesamte Linke und die Arbeiterbewegung wird die Antwort der „unmittelbar Betroffenen" KPD, KPD/ML, KBW in keiner Weise gerecht. Diese Organisationen führen kurzfristig eine Mobilisierung nach Bonn (zum 8. Oktober) durch - auf Basis eines Aufrufs, der die DKP (immerhin selbst eine möglicherweise betroffene Organisation und Teil der Arbeiterbewegung) als Agentur der westdeutschen Bourgeoisie und des Sozialimperialismus denunziert. Die Beschränkung der Mobilisierung auf im wesentlichen die genannten Organisationen - mit höchst selektiver Einladung des KB (ebenfalls direkt bedroht), des SB, des KABD und des Münchener Arbeiterbundes - drückt

die Vorstellung aus, bedroht sei nur die „marxistisch-leninistische" Strömung, die das drohende Verbot selbst zu einem Instrument im „Aufbau der kommunistischen Partei" gegen seine Urheber wenden könne. Dieses Vorgehen macht es nicht nur den gar nicht erst angesprochenen Organisationen, sondern überhaupt allen organisierten oder nichtorganisierten sozialisitshcen Kräften in den Gewerkschaften, an den Hochschulen, in der Anti-AKW-Bewegung usw. unmöglich, auf die Bedrohung auch ihrer eigenen Arbeit zu antworten..."

Zur Diskussion von Gegenmaßnahmen sowie der Herstellung einer überregionalen Einheit schlägt der MSB - Spartakus ein Treffen am 15.10.77 in Frankfurt vor, auf dem folgende Punkte besprochen werden sollen:

ausnahmslose Verteidigung aller politisch Verfolgten gegen den bürgerlichen Staat, ohne politische Voraussetzungen oder Auflagen irgendwelcher Art;
- die Organisierung eines Solidaritätsfonds bei politischen Pro-
- zessen;
- die Erstellung von, bzw. die Werbung für Dokumentationsmaterial;
- gemeinsames Vorgehen gegen die innergewerkschaftliche Repression;
- den Schutz von Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch einen gemeinsamen Ordnerdienst;
- gemeinsame Anstrengungen zur Zerschlagung faschistischer Organisationen;

u.a.m.

Kontaktadresse: Politisches Büro, Speicherstraße 4/5 6000 Frankfurt/m. ,Tel.: 0611/231012, Postfach: 119266 (GIM)
J.Stibor, Spessartstraße10, 6oooFrankfurt/M.
Tel.: 0611/445694 (Spartakus)



ARBEITER KRITISIEREN FERNSEHEN – WDR SETZT SENDUNG AB

BREMEN
13.Oktober

Zur Absetzung der Glashaus–Sendung vom 9. Oktober haben auch betroffene Betriebsräte und Vertrauensleute des Weser-Kuriers an den Westdeutschen Rundfunk geschrieben:

An die Chefredaktion Fersehen des WDR
Durchschlag an Redaktion Medienkritik
5ooo Köln 1
Postfach

Bremen, den 4.Oktober 77

Betr.: Glashaus-Sendung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Empörung haben Betriebsräte und Vertrauensleute des Weser-Kuriers in Bremen erneut festellen müssen, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Deutschen Fernsehen nicht oder nur völlig unzureichend berücksichtigt werden. Der letzte Fall eines bereits langen Sündenregisters: eine für Sonntag, den 9.Oktober angesetzte Glashaus-Sendung über das Medium Fernsehen aus der Sicht des Arbeitnehmers und dessen Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung, die seinen Belangen und seiner Bedeutung in der Gesellschaft gerecht wird, wurde von den Programmverantwortlichen des WDR kurzfristig abgesagt. Wie man hört mit der Begründung: Der Autor der Sendung habe die betroffenen Arbeitnehmervertreter zu Wort kommen lassen, ohne korrigierend einzugreifen und ihre Meinung zu kommentieren.

Die Bremer Diskussionsteilnehmer hatten an der Programmgestaltung des Fernsehens vor allem bemängelt, daß zu wenig über die Arbeitswelt berichtet wird, zu wenig auf die Interessen vor allem der Arbeiter eingegangen wird, und daß diese große Bevölkerungsgruppe so gut wie nie selbst zu Wort kommt.

Im Gegenteil! Den Arbeitnehmersprechern wurde anhand einer beispielhaften Wirtschaftsmagazin-Sendung (die in die Glashaus-Sendung eingebaut war) klar, daß den Interessen des Kapitals nicht nur übermäßig viel Raum gegeben wird, sondern zu ihren Gunsten überdies auch noch unzulässig aber wirksam manipuliert wird, wenn beispielsweise Bürgerinitiativen in Verbindung gebracht werden mit Arbeitsplatzvernichtung.

Durch die Absetzung des Beitrags sehen die Betriebsräte und Vertrauensleute ihre in der Sendung vorgebrachte Kritik an der arbeitnehmerfeindlichen Haltung des Fernsehens in erschreckender Weise bestätigt. Offenbar ist es unerträglich für die Fernsehgewaltigen, daß in ihrem Medium Arbeitnehmer von der Basis kritisch zu Wort kommen und ihre Probleme ohne Verfälschung darstellen können.

Hier zeigt sich wie bei dem skandalösen Gerangel um die Ausstrahlung der Betriebsräte-Serie, daß die Arbeitnehmer nicht in die Lage versetzt werden sollen, ihre Situation zu erkennen, ihre Probleme zu artikulieren und ihre Interessen zu vertreten.

Die Bremer Betriebsräte und Vertrauensleute fordern den WDR mit allem Nachdruck auf, die Glashaus-Sendung ungekürzt auszustrahlen, damit sich die Fernsehzuschauer selbst ein Urteil darüber bilden können, ob die Kritik an der arbeitnehmerfeindlichen Programmgestaltung im Fernsehen richtig ist oder nicht.

Für die Diskussionsteilnehmer: Kurt Müller"

NACHTRAG ZUM ,WESER-KURIER'–Streik

Am 2.Juni 77 sperrte Verleger Meyer, Besitzer der beiden Tageszeitungen ,Weser-Kurier' und ,Bremer-Nachrichten' die etwa 1000 Beschäftigten für drei Tage aus, weil diese nicht bereit waren, widerstandslos erneute Gehaltskürzungen hinzunehmen. Danach erfolgte ein fast dreiwöchiger Streik, der mit der Arbeitsaufnahme am 23.Juni 77 beendet wurde.

Mit Beginn des Streiks filmte ein Fernsehteam des WDR den Streikablauf. Es entstand ein etwa 30-minütiger Film, der ursprünglich im Fernsehen gesendet werden sollte, aber der bürgerlich rechten Anstaltszensur zum Opfer fiel.

Aber – auch der Hauptvorstand der IG Druck und Papier weigert sich, den Film aufzukaufen, angeblich aus Kostengründen. Somit schließt sich die Gewerkschaftsführung der Zensur der Fernsehanstalten an und schließt damit aus, daß die Kollegen aus den Gewerkschaften, vermittelt über das Medium Film, mehr über den recht gut geführten Streik, wenn auch nicht mit allzu erfolgreichen materiellen Abschluß, erfahren.

Während des Streiks bildete sich eine 30 bis 35 Frauen starke Gruppe in Bremen aus betroffenen Frauen, Ehefrauen ... die noch heute aktiv ist.

P.S. Spendenaufkommen betrug über 200.000 DM.

ZUR LAGE DER ARBEITER BEI DEN STAHLWERKEN RÖCHLINGEN—BURBACH

VÖLKLINGEN
8. Oktober

Der ARBED-Konzern hat in Bayern ein hochmodernes Hüttenwerk aufgekauft, das Massenstahl produziert. In Völklingen und Burbach wird diese Produktion dichtgemacht. Dahinter steckt eine Strategie! Spätestens 1969, als in ganz Westeuropa die Kollegen der Stahlindustrie gegen die zunehmende Arbeitshetze im Betrieb wehrten und mehr Lohn forderten, tüftelten die Konzerne einen Plan aus, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Das sah bei den Stahlwerken Röchlingen—Burbach wie folgt aus:

1971 schlossen sich Röchling Völklingen und die dem ARBED-Konzern gehörende Burbacher Hütte zu den Stahlwerken Röchling—Burbach zusammen. Was mit diesem Zusammenschluß beabsichtigt wurde, formulierte der Präsident der ARBED, Neumann, unter anderem so: Das Unternehmen RB soll auf eine zeitgemäße Größe gebracht und in Verwaltung und Produktion solle mehr gespart werden.
1973 stieg der Umsatz des Unternehmens um 30%, 1974 war das absolute Spitzenjahr. 1974 begann man auch schon an einzelnen Anlagen die Belegschaft abzubauen. So mußten auf der Kokerei pro Schicht und Batterie 35 Kollegen die Arbeit machen, die früher von 50 verrichtet wurde. Genau zu jener Zeit kam auch Krackow als neuer Geschäftsführer nach Völklingen, um, wie es hieß, das Werk weiter hochzubringen.
Wie sah das aus?

Stillegungen

In Burbach wurden 3 Walzstraßen stillgelegt, die Produktion nach Völklingen auf Hochleistungsstraßen verlegt, die um ca. 100 DM pro Tonne gewalztes Gut billiger sind. Es handelte sich um die Fein- und Mittelstraßen.
Schon hier zeigte sich, daß bei Röchling—Burbach immer weniger Leute arbeiten werden, die Produktion auf einzelne Anlagen konzentriert wird und die Arbeiter nicht nur die Arbeit verrichten müssen, die sie früher mit größerer Belegschaft erledigt hatten, sondern noch mehr. Das bedeutet für die Anteilseigner von Röchling und ARBED mehr Profit, da weniger Löhne zu zahlen sind. Um dies zu gewähren, wurden nach Krackows Plänen Arbeiter, die in Pension gingen, nicht mehr ersetzt. Ein weiterer Schritt im Rahmen der Strategie der Konzerne war die Einführung der Kurzarbeit.

Kurzarbeit

Die Auswirkungen: Die Kollegen waren froh, die Arbeit zu behalten, nicht entlassen zu werden. Sie ließen es mit sich geschehen, noch mehr und noch schneller zu arbeiten. Es ist bekannt, daß die Leistung bei Röchling—Burbach an den Tagen, an denen gefahren wird, gestiegen ist.
Fast unbemerkt haben die Stahlkonzerne in der EG Rationalisierungsgruppen gebildet. In diesen sprechen sich die Kapitalisten ab, wo wer was produziert. So ist es zu verstehen, daß Röchling—Burbach auf die Produktion von Massenstahl verzichtet.
Diese Produktion wird in einem anderen Werk (siehe oben!) übernommen. Und hier wird dann auch die Strategie der Konzerne überdeutlich: Jedes einzelne Werk in Europa wird auf eine bestimmte Produktion spezialisiert. Aus den anderen Werken wird diese Produktion abgezogen und man erzählt den Arbeitern dort, man befinde sich in einer Krise. Produziert wird auf Hochleistungsstraßen (in Burbach etwa die 4-adrige Drahtstraße, in Völklingen im Edelstahlbereich).
Die ARbeiter vor Ort haben nicht die Möglichkeit der Kapitalisten, zu sehen, was wo in Europa und überhaupt auf der Erde produziert wird. Sie sind nur an einem Ort, während die Konzerne weltweit strukturiert sind. So der ARBED-Konzern, der Anlagen in Deutschland, Luxemburg, Holland und Belgien hat. Überall dort finden derzeit Entlassungen statt. Es wird sogar zugegeben, daß umstrukturiert wird. Nur kann sich darunter fast niemand etwas vorstellen.

Verlagerung

Ein weiteres Mittel, die Profite zu erhöhen, ist die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer. So sind die Stahlkonzerne Klöckner und Hösch gemeinsam an einem 2,5-Milliardenprojekt in Südafrika beteiligt. Zahlreiche Riesenprojekte, an denen DEMAG, Thyssen, Flick und Krupp beteiligt sind, sind in Persien in Arbeit. Einzelne Hüttenwerke, die von deutschen Konzernen im Nahen Osten errichtet wurden, sind bereits in Betrieb.
An Krupp und Klöckner sind wiederum Röchling und ARBED beteiligt. Und hier in Völklingen und Burbach erzählt uns dann ein Krackow, diese Scheißländer der 3. Welt würden uns kaputtmachen.

Statt Kampf für gute Sozialpläne, Kampf gegen Entlassungen!

Die Gewerkschaftsvertreter und die Betriebsräte scheinen den Argumenten der Unternehmer schon aufgesessen zu sein: Entlassungen sind halt unumgänglich, alles was noch erreicht werden kann, ist ein möglichst guter Sozialplan.
Doch die Kollegen, die am 10.3. in Völklingen und am 16.3. in Saarbrücken demonstriert haben, sind nicht auf die Straße gegangen, um für einen "guten" Sozialplan zu demonstrieren.
Ein Kollege hat das in der Betriebsversammlung in VK klar gesagt: "Der einzige Sozialplan, der für uns annehmbar ist, heißt: keine Entlassungen."
Aber die Gewerkschaft und der Betriebsrat haben der Betriebsleitung durch die Vorlage von 14 "Modellen" schon signalisiert, daß sie die Entlassungen schlucken werden, wenn ein für sie "akzeptabler" Sozialplan rausspringt.
Anscheinend schwebt der IGM dabei ein Modell mit Abfindungen vor, ähnlich, wie es bei VW präktiziert wurde.
Das geschieht dann mit Hilfe sogenannter "Aufhebungsverträge". Damit wird versucht, den brutalen Entlassungsaktionen ein soziales Deckmäntelchen umzuhängen. Ablaufen tut das Ganze folgendermaßen: Wer "freiwillig" ausscheidet, erhält eine Abfindung. Doch meist erweist sich dies als tückische Falle. Denn erstens erhält wer freiwillig kündigt 4 Wochen lang kein Arbeitslosengeld. Außerdem wird die Abfindung auf die Höhe des dann gezahlten AL-Geldes angerechnet. Dazu kommt noch, daß auf lange Sicht mit keinem neuen Arbeitsplatz zu rechnen ist. Im Ganzen also bringt die "freiwillige" Kündigung längerfristig — auch finanziell — nur Nachteile.
1300 Kollegen werden bei Röchling—Burbach entlassen. Mit weniger Arbeitern, die mehr schuften müssen, brauchen sie weniger zu zahlen. Das Getöse um die 20 Mio. DM für den Sozialplan kann darüber nicht hinwegtäuschen. Denn längerfristig ist das für die Röchlings und ARBEDs doch günstiger, als wenn sie die Kollegen weiterbeschäftigen. Dann müßten sie für die 500 Kollegen, die mit 58 Jahren jetzt pensioniert werden, noch 7 Jahre lang jeweils 20 Mio. DM, also insgesamt 140 Mio. DM ausgeben: 20 Mio. DM macht gerade den Jahresverdienst von 500 Arbeitern aus, wobei Lohnerhöhungen noch nicht einmal berücksichtigt sind. 400 Kollegen sollen nach Arbeitsdirektor Ludwig wegen angeblich "schlechten Arbeitsbildes" auf die Straße gesetzt werden.
Diese beleidigende Herabsetzung ist unverschämt!
Dadurch, daß sie über Zeitung, Funk und Fernsehen in der BRD verbreitet wurde, wird es den Kollegen unmöglich gemacht, einen neuen Arbeitsplatz zu finden!
Wer nimmt bei fast 10% Arbeitslosigkeit schon jemanden "mit schlechtem Arbeitsbild"?
Außerdem bekommen die 400 betroffenen Kollegen keine "Abfindung". Bereits 1973 stieg auf Grund der vielen Arbeit die Anzahl der Kollegen, die Krankenschein machten, um 10,3%. Deshalb wurde auf einer Betriebsversammlung damit gedroht, daß diejenigen, die am häufigsten krank waren, bei Entlassungen die ersten sein würden. Die beabsichtigte Wirkung: Die Arbeiter

kommen zu Röchling schuften, selbst wenn sie krank sind. Hinter Ludwigs Märchen vom "schlechten Arbeitsbild" steckt noch eine andere Absicht: Die Uneinigkeit unter den Arbeitern soll geschürt werden. Der Arbeiter frißt das Märchen vom "schlechten Arbeitsbild" und spricht selbst von den "Faulenzern, denen das recht geschieht. Wären die Arbeiter untereinander solidarisch, gäbe es eine geschlossene Arbeiterfront, so könnte Röchling die Entlassungen nicht durchsetzen!

Auf Betriebsversammlungen in Völklingen und Burbach versicherte Krackow, daß eine qualifizierte Stammbelegschaft gehalten würde.
Kollegen, laßt euch dadurch nicht täuschen!
Die finden auch bei den nächsten Entlassungen genügend Arbeiter, deren "Arbeitsbild" nicht gut ist. Und die nächsten Entlassungen sind bereits angekündigt. Da sollen die Graugießereien und die Kalkgrube Auersmacher drankommen.
Und wenn das neue Stahlwerk in Völklingen fertig ist, werden weitere Arbeiter auf die Straße gesetzt. Wenn Ludwig uns heute auch weismachen will, dass das LDAC-Stahlwerk Arbeitsplätze sichere, so hatten die Röchlings letztes Jahr doch offen zugegeben, daß man rationalisieren wolle und daß sie dabei Arbeitsplätze vernichten würden (so stands am 3. und 5. April 76 in der SZ). Und bei der Fusion der Saarhütten werden noch 10.000 Hüttenarbeiter zu spüren bekommen, daß sie nicht qualifiziert genug sind, daß ihre Arbeitsleistung nicht befriedigend ist.
Und wenn die uns erzählen wollen, sie müssten die Kollegen entlassen, weil es ihnen so furchtbar dreckig geht, so ist das gelogen. Die Gruppe Rheinmetall, eine Tochtergesellschaft der Röchlings, hat letztes Jahr ihren Umsatz um 9% gesteigert. Der Auftragseingang stieg um 35%.

Und man sollte nicht vergessen, daß die Gewinne der Röchling–Burbach Weiterverarbeitung in dieselben Taschen fließen wie die von Röchling–Burbach. Die Ausgliederung der Weiterverarbeitung diente lediglich dazu, die von Röchling gemachten Profite zu verschleiern. Damit verschwanden 400 Mill. DM aus den Bilanzen von Röchling–Burbach.
Warum unternimmt die Gewerkschaft nichts gegen die Entlassungen? Die DGB-Geschäftsstelle Völklingen wußte bereits seit Oktober 1976 von den geplanten Entlassungen bei Röchling–Burbach. Sie hat aber geschwiegen, bis die Konzernleitung ihre Pläne veröffentlichte. Sie hoffte, wie ihre Vertreter sagten, "daß das Ganze nicht Wirklichkeit werde." Sind diese Leute wirklich so naiv, oder ziehen sie privaten Nutzen daraus?
Entlassungen in der Schmiede?
Schafft Atomenergie Arbeitsplätze?

Ohne den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken drohten in der Schmiede Entlassungen, so Dr. Altmeyer und P. Hartz von der Geschäftsführung der RBW.
Mit der Behauptung: Mehr Strom gleich mehr Arbeitsplätze, gehen die Atomkraftwerksbetriebe auf Dummenfang. In der Industrie wird elektrische Energie fast immer nur dazu benutzt, Betriebe zu rationalisieren, zu automatisieren. D.h. die menschliche Arbeitskraft wird durch stromgetriebene Maschinen ersetzt. Bestes Beispiel sind die Röchlings selbst.
Die derzeit laufenden Entlassungen sind dadurch zustandegekommen, daß die Produktion auf Hochleistungsstraßen, auf hochautomatisierte Straßen also, verlagert wird. Deshalb werden am 1. Juli in Burbach die Mittelstraßen 16/17 endgültig dichtgemacht.
Auch der an Röchling–Burbach mit 50% beteiligte ARBED-Konzern zeigt, was man mit Strom alles machen kann. Seine Tochtergesellschaft Felten & Guillaume entläßt auf Grund von Rationalisierungen dieses Jahr 1200 Arbeiter (bei gleichbleibender Produktionshöhe).
Der Hauptbetreiber von Atomkraftwerken (AKWs) in der BRD,

die Kraftwerksunion ist eine Tochtergesellschaft der Siemens. Auch bei ihnen kann man sehen, wie verlogen die Parole "Kernenergie schafft Arbeitsplätze" ist. 1974/75 wurden in der BRD 14.000 Arbeitsplätze dieses Konzerns vernichtet. Der offen zugegebene Gewinn für den gleichen Zeitraum betrug 362 Millionen DM, steigt aber auf 2,6 Milliarden an, wenn man die unter anderen Posten versteckten Gewinne hinzugerechnet hat. 1976 hat Siemens weitere 12.000 Arbeiter entlassen und auch dieses Jahr geht es so weiter. Erinnern wir uns nur, daß das Werk Gersweiler einmal 1700 Menschen beschäftigte. Inzwischen sollen von den noch verbliebenen 700 Arbeiter(innen) 300 weitere entlassen werden. Die Arbeiter bei Siemens werden nicht auf die Straße geworfen, weil es noch keine AKWs gibt. Hier stehen handfeste Profitinteressen im Vordergrund. Als Vorwand dient etwa der Rückgang der Aufträge, wobei gleichzeitig die Produktion ins Ausland verlagert wird bzw. auf Grund von Automatisierung menschliche Arbeitskraft eingespart wird.

Die Arbeiter schaffen, indem sie den Konzernen riesige Profite erwirtschaften, die Voraussetzungen für ihre eigenen Entlassungen, denn die Investitionen von heute sind die Entlassungen von morgen.
In diesem Zusammenhang ist es eine Frechheit, wenn Altmeyer und Hartz behaupten: "Es ist aus unserer Sicht unzumutbar, daß dafür (daß keine AKWs mehr gebaut werden) unsere (P.) Arbeitnehmer in der Sparte Schmiede mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze haftbar gemacht werden sollen".
Es sind die Röchlings, ARBEDs und Siemens, die mit Investitionen Arbeitsplätze vernichten.

Wieso betreiben die Röchlings derlei Werbung für AKW's? Nicht nur im Hüttenmann (Nr. 1 und 2/77) machten Röchlings Werbung für AKW's, auch im Betrieb, in Umkleideräumen, hingen Werbeplakate. Aus Furcht vor Vernichtung ihrer Arbeitsplätze sollen die Kollegen sich für Atomkraftwerke einsetzen. Gehen wir von der Behauptung Altmeyers und Hartz aus, da in der Schmiede Maschinen für AKW's hergestellt würden, wären die Arbeitsplätze gefährdet, wenn ein generelles Verbot für den Ausbau von AKW's erlassen würde: Ihr kann man entgegenhalten, daß solche Maschinen ebenso gut auch für Kohle- und Ölkraftwerke produziert werden können.
Man muß einfach sehen, daß Röchlings nicht aus Mildtätigkeit, aus Angst um die Arbeitsplätze "ihrer lieben Mitarbeiter" Werbung macht. Röchling hat noch nie Wert auf das Leben von Menschen gelegt. Entlassungen der "geliebten Mitarbeiter" und immer mehr steigende Arbeitshetze sind hierfür ebenso ein Beweis, wie die Tatsache, daß bei Röchling Waffen produziert werden, mit denen Menschen, Arbeiter in anderen Ländern getötet werden. So hat die Rheinmetall, Tochtergesellschaft von Röchling, Munition und Waffen im Werte von 900 Millionen DM an die Amerikaner für den Vietnamkrieg geliefert. Ebenso wurden für den Nahostkrieg Waffen geliefert.

Auch ARBED's sind keinen Deut besser. Sie produzierten Stacheldraht für die DDR.
Heute werden in Völkling in der Schmiede Rohlinge für Geschützrohre hergestellt. Ebenso werden in Völklingen Turbinenteile für den MRCA-Bomber hergestellt.
Und genau auf dieser menschenfeindlichen Ebene liegen auch die Interessen der Röchlings beim Atomkraftwerksbau.
Zum ersten handelt es sich um Beistand der Kapitalisten untereinander. Ebenso wie Siemens hatte es Röchling seit 1969 mit Arbeitern zu tun, die es nicht einsahen, mitanzusehen, wie sich die Unternehmer dumm und dämlich verdienten. Letztes Zeugnis dafür war der Streik der Kollegen im Sommer 73 um eine Hitzezulage. Da die Unternehmer Angst hatten, daß die Arbeiter aus ihren Kämpfen Folgerungen ziehen und noch mehr fordern würden, setzten sie eine Waffe ein: die Krise. Mit Kurzarbeit und Entlassungen erzeugten sie Angst unter den Arbeitern. Aus dieser Angst heraus trauen sich die Kollegen heute kaum noch, sich gegen die Unternehmerwillkür zur Wehr zu setzen, obwohl ihre Lage immer beschissener wird (etwa die steigende Arbeitshetze, Lohnsenkungen im Hammerwerk). Zu einem Zeitpunkt, zu dem man fast wieder Friedhofsruhe in Deutschland hatte, wurde der Widerstand gegen AKW's immer heftiger. Wie-

der gibt es eine Bewegung, die die Profitinteressen der Kapitalisten gefährdet.

Ein weiterer interessanter Punkt ist, daß nach einem Plan der Kernforschungszentrale Jülich über 150 mögliche Standorte für AKW's Völklingen als Standort für einen sog. "Schnellen Brüter" vorgesehen ist. Dieser Reaktortyp ist noch gefährlicher als ein normales AKW (zu dessen Gefährlichkeit siehe weiter unten). Der "Schnelle Brüter" kann viel leichter in die Luft fliegen. Wenn man bedenkt, daß Röchlings nicht nur am Stahlgeschäft beteiligt sind, sondern auch am Energiegeschäft (so halten sie 33% des Kapitals des Kraftwerks Wehrden) kann man sich denken, wohin der Hase läuft.
60 km von Völklingen: 2 Atomkraftwerke.
Auch wenn es in Völklingen noch kein AKW gibt, sollte man nicht meinen, wir hätten mit diesen Problemen nichts zu tun. Bei Remerschen in Luxemburg und in Cattenom in Lothringen sollen AKW's mit einer Gesamtleistung von 7.000 Megawatt gebaut werden. Die Standorte liegen etwa 60 km nordwestlich von Völklingen, so daß bei einem Unfall die freigesetzte Radioaktivität durch die häufigen Westwinde genau nach Völklingen geweht werden.

aus: "Wespe"
Kontaktadresse: Sozialistische Basisgruppe Völklingen, c/o Frank Kramer, 6620 Völklingen, Postfach 1643.

„NEBENWIDERSPRÜCHLICHES"

TÜBINGEN, den 10.10.77 *Die Unifrauengruppe Tübingen schickte uns folgende Meldung.*

„Die Unifrauengruppe des Frauenzentrums Tübingen eröffnete am 8.10.77 ihre Ausstellung „Nebenwidersprüchliches" (wir befinden uns im Garderoben-Abseits in der Neuen Aula, Wilhelmstr. 26, Öffnungszeiten Mo - Sa 10-17 Uhr).

Zu Anfang war diese Ausstellung Teil einer offiziellen Anti-Ausstellung (anläßlich der 500-Jahr-„Feier" der Universität), von der wir uns aufgrund inhaltlicher und formaler Widersprüche distanzierten. „Nebenwidersprüchliches" – das bezeichnet das Spektrum unserer alltäglichen Schizophrenie an der Universität: Ein Zweifrontenkrieg, einmal gegen das internalisierte Frauenbild, zum anderen gegen männlich Uni-Normen. Ein Weg, den jede Frau an der Uni durchläuft, führt an verschiedenen Exponaten vorbei, die nicht nur zum Konsumieren, sondern auch zum Nachdenken und Spielen gedacht sind. Das Ende der Ausstellung ist ein „Cafe", in dem theoretische Texte liegen, die die Grundlage für eine Analyse der Situation von Frauen an der Uni sind.

Die Ausstellung dauert bis zum 28.10.77, wir freuen uns über Euren Besuch.

Kontaktadresse: Petra Ilg, Tel.: 07073/7291

EDITIONS DES FEMMES:
DIESES JAHR NICHT AUF DER BUCHMESSE

FRANKFURT 13. Oktober Die Frauen – Arbeiterinnen, Lohnabhängige, Kämpfende, Autorinnen, Übersetzerinnen der „editions des femmes" nehmen in diesem Jahr an der internationalen Buchmesse in Frankfurt nicht teil. Die augenblickliche Situation juristischer und diplomatischer Kollaboration der französischen und deutschen Regierungen (Verhaftungen, Auslieferungen, Beschuldigung des Terrorismus, Gleichsetzung der „Terroristen" und ihrer Anwälte) ist ein Symptom für die Faschisierung der europäischen Politik,

In Paris haben französische Intellektuelle und bestimmte Frauen ihren Namen benutzt für Unterschriftlisten, die dagegen protestieren.
In Frankfurt werden ihre Texte - Geisel - in einem stets unveränderten kapitalistischen, patriarchalischem System zum Verkauf angeboten.

Wir haben uns die Möglichkeiten geschaffen, derartige Kompromisse nicht mitzumachen. Wir werden in Frankfurt weder mit Körpern noch mit Texten noch mit Namen anwesend sein: politischer, analytischer, realer Akt.
Praxis politique et psychanalyse, mouvement de liberation des femmes

RASSISTISCHE GEWALT IN SRI LANKA UND DER FREIHEITSKAMPF DER TAMILISCHEN MINDERHEIT

FRANKFURT 12.Oktober **Zum Lagebericht über Sri Lanka (Ceylon) in ID 195 ergänzende Information**

Die tamilische Minderheit in Sri Lanka ist seit der Unabhängigkeit zweimal das Opfer schwerer rassistischer Unruhen geworden, erstmals 1958 und das zweite Mal im August 1977. Während der Unruhen von 1958 verloren tausende von Tamilen Wohnungen, Eigentum, und hunderte wurden von Singhalesen, der Mehrheitsnationalität, ermordet.

Im August 1977 fand ein Karnevalfest statt im St. Patricks College, einem katholischen Institut in Jaffnaxin in Nordceylon. Zwölf singhalesiche Polizisten versuchten in ihrer dienstfreien Zeit, sich zu diesem Fest Zutritt zu verschaffen, ohne eine Eintrittskarte zu kaufen. Als sie schließlich nach einer Debatte eingelassen wurden, begannen sie in volltrunkenem Zustand unter der Menge Panik zu verbreiten. Als sie sich gegenüber Frauen Zudringlichkeiten erlaubten, wurden sie von erregten tamilischen Jugendlichen zur Ordnung gebracht. Daraufhin überfiel die Polizei das Fest, tötete vier tamilische Jugendliche und verwundete zahlreiche andere.

Amirthalingam, der Generalsekretär der Tamil United Liberation Front und Oppositionsführer im Parlament, ging zur Polizeistation, um die Vorfälle zu untersuchen und wurde dort ebenfalls mißhandelt. Wütende Polizeibeamte begannen Geschäfts zentren und Marktplätze in Jaffna niederzubrennen. Zur selben Zeit begannen singhalesische Rassisten das Gerücht zu verbreiten, daß die singhalesischen buddhistischen Mönche in den Tamilen-Gebieten getötet würden, was zum Massaker an Tamilen im ganzen Land führte. Am 18. August wurden nahezu sämtliche Geschäfte und Häuser in den singhalesischen Gebieten, die Tamilen gehörten, geplündert und angezündet, vor allem in der nördlichen Zentral-Provinz, deren Hauptstadt Anuradhapura ist. In der sogenannten "Heiligen Hauptstadt" Anuradhapura, wo der " BO - Baum" steht, der ein Setzling jenes Baumes sein soll, unter dem Buddha, der die Liebe lehrte, seine Erleuchtung hatte, ereigneten sich die schlimmsten Massaker. Einer der Fälle betraf den Bahnhofsvorsteher von Anuradhapura - ein Tamile - , der an seinem Arbeitsplatz brutal erschlagen wurde.

Die Unruhen, die in Anuradhapura begannen, breiteten sich auf alle anderen singhalesischen Städte der Nördlichen Zentral-Provinz aus. Nicht ein einziges tamilisches Geschäft oder Haus blieb ungeplündert oder ungebranntschatzt. Tamilische Reisende, die auf dem Weg von Colombo nach Jaffna oder umgekehrt waren, wurden in den singhalesischen Gebieten aus den Zügen gezerrt, niedergeschlagen, beraubt, vergewaltigt. Als die in den singhalesischen Gebieten wohnenden Tamilen die Gefahr begriffen, der sie ausgesetzt waren, setzte eine Fluchtbewegung in die Nordprovinzen ein, doch selbst auf ihrer Flucht wurde ihnen nachgestellt. Die Polizeikräfte, statt ihrer

standen, auf deren Schultern die Hauptlast der ceylonesischen Wirtschaft liegt. Am 25. August verließen 3 großSchiffe den Hafen von Colombo, die viele Tausend Flüchtlinge auf dem Seeweg nach Jaffna in die mehrheitlich von Tamilen bewohnten Gegenden brachte. Ebenso begann die ceylonesische Fluggesellschaft Pendelflüge zur Evakuierung von Flüchtlingen nach Jaffna. Auch Züge, begleitet von bewaffneten Kräften, verließen Colombo jeden Morgen.

Die inselweite Ausgangssperre blieb 10 Tage in Kraft. Die tamilischen Beamten, die als Flüchtlinge in Jaffna leben, wagen sich nicht, zu ihren Arbeitsorten zurückzukehren. Einige, die es versuchten, machten bittere Erfahrungen mit ihren singhalesichen Arbeitskollegen. Sogar tamilische Ärzte und Ingenieure, die eine Säule der Gesellschaft waren, weigern sich, zu ihren Arbeitsplätzen zurückzugehen, da es keinerlei Sicherheitsvorkehrungen gibt-und auch aus Protest gegen die einäugige Politik der Regierung, die ihre in langen Jahren erworbenen Verdienste um die Nation nicht anerkennt.

Der "Schwarze August" für die Tamilen hat ihren Kampf für einen eigenen Staat, "Tamil Eelam", neue Stoßkraft verliehen.

Vor kurzem unternahm der Vizepräsident der Tamil United Liberation Front (TULF), der auch Parlamentsmitglied ist, V.N. Navaratnam, eine Reise durch Europa, um in der westlichen Welt Unterstützung für die Forderungen der Tamilen zu gewinnen. Er war auch für kurze Zeit in Frankfurt. Er wurde am Flughafen mit den Worten empfangen: " Lang lebe Tamil EElam"!

grammes gearbeitet

- Die Fertigstellung des Atomkraftwerkes Zwentendorf
- Bodenuntersuchungen für eine Endlagerstätte des Mülls
- Anlieferung der Brennelemente.

In den nächsten Wochen sollen die Brennelemente aus Hanau BI i über OÖ nach NÖ (Oberöstereich - Niederöstereich) auf der Straße angeliefert werden. Sind die Brennelemente einmal im Werk kann mit dem Betrieb begonnen werden. Die Profitinteressen der Wirtschaft sind zu eng mit der Politik, die Gewerkschaften zu eng mit der Regierung verflochten. Keiner von Ihnen wird uns helfen. Wenn wir die ungeheure Bedrohung durch Atomkraftwerke von uns abwenden wollen, müssen wir weiter aktiv werden.

Alle österreichischen Atomkraftwerksgegner haben beschlossen:
Großer nationaler Aktionstag in Wien am

26. Okt. Demonstration vor das Parlament (siehe ID 186)

An diesem Tag werden wir von den Politikern (Parlament, Bundesregierung, Bundespräsident) Rechenschaft über ihre Vorgehensweise und ihre wahren Absichten verlangen.
Wer gegen den Willen des Volkes entscheidet, kann kein Volksvertreter sien.
Die österreichische Bevölkerung duldet keine Atomkraftwerke.
Unsere gemeinsame Lösung wird sein:

AKW NEIN - KEIN PARLAMENTSENTSCHEID DARF ANDERS SEIN!



8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-608
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 – 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.